

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis: vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelnnummer 6 Pf., Sonntag- und Feiertagsnummer 10 Pf., Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-Abonnements: 1.10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.00 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Quartal. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die schlaggebendsten Anzeigen über deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt die ersten 10 Zeilen des ersten Wortes, jedes weitere Wort 10 Pf., die folgenden 10 Zeilen des ersten Wortes, jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für drei Worte. Rabatte für die nächste Nummer zahlen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 18. September 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Homerule und Bürgerkrieg.

London, 14. September 1913. (Eig. Ber.)

Weniger als 12 Monate trennen uns von dem Zeitpunkt, an dem die irische Selbstverwaltungsvorlage über die Köpfe der Lords hinweg gesetzt werden soll, was nach den Drohungen der irischen Protestanten in Nordirland zum offenen Bürgerkrieg führen wird. Ueber Nacht ist die irische Frage wieder zur aktuellsten Frage der englischen Politik geworden. Zwei Ereignisse waren es, die in den letzten Tagen die Diskussion wieder angeregt haben: Eine Rede des früheren konservativen Führers Balfour und ein langes Schreiben, das Lord Loreburn, der bis vor kurzem liberaler Lordkanzler war, in der „Times“ veröffentlicht hat. Herr Balfour forderte in seiner Rede, daß vor der endgültigen Annahme der Selbstverwaltungsvorlage die Parlamentsauflösung und Neuwahlen stattfinden müßten. Aus seiner Rede sprach die Furcht der englischen Konservativen, daß die liberale Regierung die Neuwahlen nach der Annahme des Gesetzes, aber vor der Errichtung eines Parlaments in Dublin vornehmen lassen könnte. Dann wären die Konservativen, sollten sie bei den Wahlen den Sieg davontragen, in einem schönen Dilemma. Entweder müßten sie das Gesetz wieder rückgängig machen und dadurch die Nationalisten zum offenen Widerstand reizen, oder sie müßten (und dies ist der wahrscheinlichere Fall) die Ausführung des Gesetzes übernehmen und die angebotenen Gewalttätigkeiten der Nordirländer verhindern, die sie heute gutheissen. Aber wie die liberale Regierung zwingen, das Parlament aufzulösen, ehe noch die irische Vorlage unter Dach und Fach gebracht ist? Herr Balfour erklärt, daß es unmoralisch sei, die Vorlage durchzudrücken, ehe noch die Wähler wieder befragt worden sind, und erinnert die Minister daran, daß sie doch englische Gentleman sind, die in den Traditionen der englischen Staatskunst aufgewachsen. Die störrischen Elemente der konservativen Partei gehen einen Schritt weiter. Sie verlangen nichts weniger, als daß die Krone selbst, ohne die Minister zu befragen, das Parlament vorher auflösen sollte: sie haben sich eine neue Verfassungstheorie zurechtgemacht, die sie der Theorie von dem „automatischen“ Handeln der Krone entgegenstellen. Diesen loyalen Monarchisten läge gar nichts daran, wenn die Krone in dem Kampf der Parteien in Stille ginge, wenn sie nur ihren Kopf durchsetzen können.

Wichtiger als die Rede Balfours ist das Schreiben Lord Loreburns. Die Ausführungen dieses alten unentwegten liberalen Parteigängers sind wie eine Bombe im liberalen Lager geplatzt. Er zeigt in sehr einleuchtender Weise, wie es keiner der streitenden Parteien dienlich sein kann, wie die eine von ihnen mit Gewalt bezwungen wird. Lassen es die Ministerleute auf den Bürgerkrieg oder große Straßentumulte ankommen, so wird ihre blühende Industrie schwer zu leiden haben: große Menschenmengen werden arbeitslos werden, die Industrien Nordirlands werden zum Stillstand gebracht werden. Und Herr Redmond, dem Führer der Nationalisten und dem künftigen Premierminister Irlands kann es doch auch nicht gleichgültig sein, daß in den schwierigsten Zeiten des jungen Irlands fast ein Viertel der Bevölkerung offen gegen ihn rebelliert. Weshalb nicht einen Versuch machen, fragt Lord Loreburn, eine Konferenz abzuhalten, um die Parteien zusammenzubringen und ein Regierungssystem für Irland auszuarbeiten, das die Zustimmung aller findet?

Alle, die den religiösen und nationalen Hader satt haben, würden mit dankbarem Herzen diesem Plane zustimmen, wenn er nur ausführbar wäre. Um ein Kompromiß zustande zu bringen, ist vor allen Dingen notwendig, daß sich die handelnden Parteien im wesentlichen einig sind. Das ist aber hier nicht der Fall. Der Kernpunkt der ganzen Frage ist, daß die Unionisten Irlands von der Selbstverwaltung Irlands überhaupt nichts wissen wollen. Unter keinen Umständen wollen sie einem Parlament in Dublin untertänig sein. Sie erklären gerad heraus: Auch wenn sich die Wähler zwanzigmal für Homerule aussprechen, werden wir uns nicht fügen. Sie haben kein Recht, uns aus dem Reiche hinauszujagen und uns unter das Joch einer Mehrheit zu bringen, deren Religion und politische Ansichten wir hassen und verachten. Wir werden der Regierung in Dublin mit Waffengewalt entgegenzutreten und in Belfast eine provisorische Regierung errichten, wenn uns unsere englischen Religions- und Stammesgenossen austöfen. Homerule ist für uns eine Frage, die wir nicht diskutieren können.

Die liberale Regierung hat es an Versuchen nicht fehlen lassen, die Nordirländer zu versöhnen. Mehr als ein Minister hat diese starkköpfigen Leute ersucht, doch wenigstens einen Gegenorschlag zu machen, damit man wisse, wie man den Ministerleuten entgegenkommen könne. Aber vergebens. Die Gegenorschläge bestanden darin, daß man feierlichst ein Gelübde unterschrieb, nie und nimmer einer Dubliner Regierung zu gehorchen; daß man sich militärisch organisierte und exerzierte; daß man selbst Waffen für die kommende Revolution aufkaufte, um die Regierung zu erschrecken. Wahrscheinlich wäre das jetzt wieder von Lord Loreburn angeregte Kompromißwort vor drei Jahren zustande gekommen, wenn eben dieser Widerstand in Ulster nicht vorhanden wäre. Wie erinnerlich

sein wird, kamen die liberalen und konservativen Parteiführer Großbritanniens im Jahre 1910 zu einer mehrere Wochen dauernden Konferenz zusammen, um zu versuchen, den durch die Verwerfung des Budgets entstandenen Verfassungskonflikt auf gültigem Wege zu schlichten. Was diese Konferenz zur Unfruchtbarkeit verdammt, war eben diese Hartnäckigkeit der irischen Unionisten, die von keiner Art Homerule etwas wissen wollten. Die englischen Unionisten sollen auf dieser Konferenz für die allgemeine Selbstverwaltung, für die Politik der „Abwälzung“ eingetreten sein, nach der nicht allein in Irland, sondern auch in Schottland, Wales, Nordengland und anderen Landesteilen ein lokales Parlament errichtet werden sollte, um das Reichsparlament zu entlasten. Ulster sollte sein eigenes Parlament erhalten. Der Gedanke wurde damals von den einflussreichsten Schriftstellern der konservativen Partei eifrig propagiert. Die Ministerleute stemmten sich dagegen. Sie konnten den Gedanken nicht ertragen, daß sie ihre Vorzugsstellung in Irland verlieren sollten. Unter diesen Umständen ist es nicht wahrscheinlich, daß eine neue Konferenz irgendwelche Erfolge zeitigen wird.

Die irische Frage, eine so fruchtbare Quelle der liberal-konservativen Parteikämpfe und Intrigen, in denen nie das Recht der Nation auf Selbstverwaltung klar zu Worte gekommen ist und die Situation beherrscht hat, ist in erster Linie eine bürgerliche Frage. Aber sie ist auch eine Arbeiterfrage, besonders in dem Sinne, daß die Arbeiter bei allen ersten Kämpfen die blutigen Köpfe davontragen werden. In der traurigen Geschichte der Insel waren es stets die Bauern und die Arbeiter, die die von Aristokraten und Bourgeois eingebrachte Suppe ausstießen mußten. So wird es wahrscheinlich auch in Ulster kommen, wenn die irische Vorlage Gesetz geworden ist. Die reichen Advokaten und Berufspolitiker, die heute in Ulster noch hochverräterische Reden führen, werden wohl nicht in der ersten Linie anzutreffen sein, wenn die Ministerleute ihre hölzernen Klinten, mit denen sie jetzt exerzieren, gegen ordentliche Schlägeprügel ausgetauscht haben werden. Sonst würde ein merkwürdiger Umschwung in der Geschichte Irlands stattgefunden haben.

In Großbritannien, wo im allgemeinen die irische Frage unter dem Volke nur noch wenig Interesse erweckt, ist man geneigt, über die Drohungen der irischen unionistischen Führer zu lachen; man erwartet höchstens Straßentravalle in Belfast und anderen Städten. Man trifft aber auch Personen, die die Provinz Ulster kennen und die Situation als sehr ernst schildern. Wohl das häßlichste an den Zuständen in Ulster ist, daß viele protestantische Arbeiter im Kampf gegen die Homerule eine bevorzugte wirtschaftliche Stellung verteidigen. Es gibt große Betriebe in Belfast, zu denen sie keine katholischen Arbeiter zulassen. Dies scheint ein Ueberbleibsel aus der Zeit zu sein, als den Katholiken in Irland die Ausübung gewisser Berufe untersagt war.

Ueber die nächste Entwicklung der Dinge in Nordirland gehen die Ansichten unserer Genossen weit auseinander. Drei erfahrene sozialistische Gewerkschaftsbeamte äußerten sich darüber wie folgt. Der erste, der in England tätig ist, aber aus Ulster stammt und seine Landsleute gut kennt, glaubt, daß die Protestanten Ulsters ihre Drohungen ausführen werden. Der zweite, ein Engländer, der häufig auf Agitationsreisen in Nordirland ist, hält die Drohungen für Bluff; er erklärt, daß die unionistischen Arbeitgeber die Arbeiter zwingen, den Regimenten der Rebellen beizutreten; auf den Marschen gehe es meist lustig zu und es werde viel Freibier konsumiert. Der dritte, ein Südirländer, der in Belfast wohnt, glaubt, daß mit ersten Unruhen zu rechnen ist, bis sich die protestantischen Arbeiter an die neue Lage gewöhnt und gesehen haben, daß all die schrecklichen Folgen der Selbstverwaltung, von denen man ihnen seit Jahr und Tag erzählt, ausgeblieben sind. Es ist somit äußerst schwer, zu sagen, ob etwas aus dem angebotenen Bürgerkrieg in Ulster werden wird oder nicht.

## Der parlamentarische Bericht.

H. St. Jena, 17. September.

Nach den in der Form zwar durchaus sachlichen, aber doch von verhaltener Leidenschaft durchzitterten Auseinandersetzungen über den Massenstreik lehrte am Dienstagvormittag die Debatte in ruhigeren Bahnen zurück. Zwar stand der Fraktionsbericht auf der Tagesordnung, doch war aus der Diskussion gerade der Teil zu späterer Erörterung herausgelöst worden, der die lebhaftesten Kontroversen verspricht: die Stellung der Fraktion zur Steuerfrage. Da nun aber die Wehrvorlage und ihre Dedung die ganze letzte Reichstagsession übergehend beherrscht hat, ist es begreiflich, daß die Hauptdebatte über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion erst bei der Verhandlung über die Steuerfrage einsetzen wird.

Genosse Heinrich Schulz konnte sich deshalb als Berichterstatter der Fraktion auf kürzere Bemerkungen beschränken, zumal er in dem schriftlich erstatteten Bericht ein scharfes Bild der fleißigen, eindringlichen und vielseitigen Tätigkeit unserer Reichstagsfraktion gegeben hatte. Eingehend behandelte der Redner vor allem die Anträge, die ihre Mißbilligung über die nicht vollzählige Anwesenheit der Mitglieder der Reichstagsfraktion aussprachen und energische Vorlesungen gegen eine Wiederholung

solcher Vorkommnisse forderten. Er verwahrte die Fraktion lebhaft gegen den Verdacht mangelnden Pflichtgefühls; gelegentliche Nichtanwesenheit eines kleinen Prozentsatzes der Fraktion bei nicht voranzufühenden Abstimmungen sei zu entschuldigen und niemals völlig zu vermeiden. — Wenn man bei der Beratung der Wehrvorlage einen Mangel an Energie vermehrt habe, so sei dies Empfinden zum guten Teile auf ungenaue Kenntnis des parlamentarischen Geschäftsganges zurückzuführen. Daß es die Fraktion in der zweiten Lesung an „Wucht und Großzügigkeit“ nicht habe fehlen lassen, sei ihr doch selbst von der sehr kritischen „Gleichheit“ bestätigt worden. Auch die intensive Tätigkeit der Fraktionsmitglieder in den Kommissionen gelange durch die knappen Berichte nur zu höchst ungenügendem Ausdruck. Leider nur habe es an der starken Resonanz der sozialdemokratischen Redner im Lande gefehlt.

Die Fraktion verdenke den Genossen wahrhaftig nicht ihre Kritik und habe zweifellos selbst das Gefühl, daß manches noch besser zu machen gewesen sei, allein manche Kritik treffe doch total daneben. So die in einem Blatt ausgesprochene seltsame Ansicht, daß es nicht die Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion sei, „Schönheitsfehler“ des heutigen Militarismus zu bekämpfen, deren Ausmerzung wesentlich nur im Interesse des Bürgerthums liege. Wer die Bekämpfung z. B. des Einjährigprivilegs und der Ungefeuerlichkeiten der Militärjustiz für dem Proletariat gleichgültige Dinge hält, verkenne doch völlig den Standpunkt und die Aufgaben sozialdemokratischer Parlamentstätigkeit dem Militarismus gegenüber.

In der Debatte wandte sich eine Reihe von Rednern gegen die Entschuldigung der bei wichtigen Abstimmungen fehlenden Abgeordneten. Wer ins Parlament geschickt werde, habe dort auch jederzeit auf dem Posten zu sein. Scharfen Widerspruch fand auch die Ansicht, daß es Schuld der Massen im Lande gewesen sei, daß eine Erschlaffung der Demonstrationen gegen die Wehrvorlage eingetreten sei. Die Fraktion als berufliche Führerin habe eben durch ihre Tätigkeit die Erregung im Fluße halten müssen. Genosse Heilmann, Chemiker, mißbilligte die Taktik der Fraktion, einer Verabschiedung der Wehrvorlage zuzustimmen, bevor die Dedungsfrage erledigt war, und Ledebour erklärte sich darin mit ihm einverstanden. — Neben mancherlei anderen Anregungen verteilte namentlich Genossin Fieß bereit jene Resolution, die den Ausbau des Kinderzuschusses der besonderen Aufmerksamkeit der Fraktion empfahl. — Die scharfste Brandmarke erhielt auch von mehreren Rednern das derzeitige Diätengesetz, das zum Quell der schlimmsten Korruption geworden sei, weil es geradezu eine Prämie auf die stumpfsinnige parlamentarische Schwärzerei setze. Die Fraktion möge deshalb alles daran setzen, dies unwürdige und volkschädliche Gesetz zu beseitigen.

In passenden Worten begründete schließlich Genosse Grumbach eine gebarnichte Protestresolution gegen die infame chauvinistische Verbeugung zwischen Deutschland und Frankreich. Der Größenwahn deutscher Redaktionspolitiker rase sich nachgerade in so gemeingefährlichen Orgien aus, daß selbst ernstzunehmende französische Politiker, wie George Clemenceau, der tolen Wohnortstellung lebten, daß das deutsche Volk geradezu nach Niederrettung und Vernichtung Frankreichs lechze. Und leider bestärke die unsinnige, gemeingefährliche Verfolgungspolitik in Elsass-Lothringen die französischen Gespenserverfeher in ihren Angeldirrien. Darum sei es doppelt am Platze, daß der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, als Vertreter der ganzen 4½-Millionen-Partei, erneut auf das energische bestünde, daß das deutsche Proletariat gleich Nebel auf der Berner Konferenz einmütig jede Völkerverbeugung und jede Bedrohung der nationalen Rechte der Auslandsstaaten verabscheue und bekämpfe.

Auch der größte Teil der Nachmittagsagung war noch der Besprechung des parlamentarischen Berichts gewidmet, teils in Form von Kritik, teils in Gestalt von Anregungen für die künftige parlamentarische Arbeit. In zu Herzen gehender Weise schilderte Genosse Knieriem die Kinderkinder und den gesundheitszerstörenden Frontdienst der zaristischen Jugendlichen am Bodensee, von denen Hunderte jährlich zu Krüppeln werden. Und das Zentrum, statt selbst diese Schande kapitalistischer Ausbeutung zu bekämpfen, denunziert noch die Sozialdemokratie wegen ihrer Kinderkinderbeschreibungen bei den Bauern. Frau! versprach ein entschiedenes Eintreten der Fraktion für die Forderung des gesundheitslichen und sittlichen Kinderzuschusses, wie er denn überhaupt die Hoffnung aussprach, daß es endlich einmal in der nächsten Reichstagsession möglich sein werde, ernsthaft auf die Durchsetzung sozialdemokratischer Reformen zu dringen, ohne von neuem durch maßlose Forderungen des Militarismus gestört zu werden. Der Redner erbat dazu die tatkräftige Unterstützung der Genossen im Lande.

Nachdem Genosse Cohen die Reichstagsfraktion gegen die von anderer Seite erhobenen Vorwürfe verteidigt hatte, ging Genosse Heinrich Schulz in seinem Schlußwort noch einmal auf die vielfachen Beschwerden ein. Eine Obstruktion sei absolut unmöglich gewesen, und auch der Standpunkt der Genossen Heilmann und Ledebour, die sozialdemokratische Mitwirkung zur Vorwegnahme der Wehrvorlage vor der Lösung der Dedungsvorlage sei ein Fehler gewesen, sei nur

von einer unbeträchtlichen Minderheit der Fraktion geteilt worden. Die Anwesenheit der Abgeordneten im Reichstag sei eine selbstverständliche Pflicht. Allein es gebe auch Umstände, wo anderweitige Parteipflichten und besonders geartete Privatverhältnisse eine Nichtanwesenheit triftig entschuldigen. Zudem sei die Anwesenheit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Verhältnis zur Fraktionszahl sehr viel größer als bei irgendeiner der bürgerlichen Parteien.

Der Punkt der Tagesordnung fand schließlich seine Erledigung dadurch, daß man die Resolutionen sozialpolitischen Inhalts der Fraktion zur Verächtlichmachung überwiegen und einen Antrag annahm, der die Teilnahme an den Reichstagsverhandlungen sämtlicher Abgeordneten nachdrücklich zur Pflicht macht.

Eine lebhafte Debatte führten zuletzt die Anträge herbei, entgegen einem Beschluß des Parteiausschusses auch im Jahre 1914 einen Frauentag zu veranstalten. Mehrere Redner wandten sich gegen die Anträge. Aber die zündende Verehrtheit und die guten Gründe, die von den Genossinnen Keige-Brandenburg, Luise Zieg, Klara Zetlin und anderen ins Feld geführt wurden, veranlaßten den Parteitag, dem Wunsche der Genossinnen zu willfahren. Der Parteitag beschloß, sich im Prinzip für die Abhaltung des Frauentages auszusprechen, jedoch Zeitpunkt und Art der Veranstaltung dem Parteivorstand und Parteiausschuss zu überlassen.

Eine formale Unrichtigkeit unseres gestrigen Entschlusses sei auch an dieser Stelle zu erwähnen. Es wurde am Dienstagabend nämlich nicht die Resolution des Parteivorstandes mit 338 gegen 142 Stimmen angenommen, sondern die Gegenresolution mit 333 gegen 142 Stimmen abgelehnt, was in der Sache freilich auf dasselbe hinausläuft. Am Mittwoch früh wurde dann die Resolution des Parteivorstandes gegen einige Stimmenenthaltungen angenommen.

## Politische Uebersicht.

### Das Verteuerungskartell als Scharfmacherkartell.

Ein Teil der linksliberalen Mätter befindet sich schon wieder im Zustand schönster Hoffnungen, und zwar — weil die Herren Köpfer und Schweighoffer in der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller vor einigen Tagen in verklausulierter Form erklärt haben, daß sie einer weiteren Erhöhung der Lebensmittelzölle nicht zustimmen vermöchten. Mit dem bekannnten, bei den Freimüthigen ganz besonders ausgeprägten naiven Optimismus sehen diese Blätter bereits den völligen Zusammenbruch des Lebensmittelverteuerungskartells vor sich. Das ist wirklich eine kuriose Uebersehung der auf der zentralverbändlerischen Tagung gefallenen Beschlüsse. Sicherlich sind die Macher des Zentralverbandes deutscher Industrieller einige Schritte zurückgegriffen, aber nur aus rein taktischen Gründen. Unter den Mitgliedern des Zentralverbandes hat das schöne großindustriell-agrarisch-mittelstandsretterische Zollblindnis nicht überall Zustimmung gefunden, besonders ein Teil der in beträchtlichem Maße exportierenden Industriezweige hat Bedenken gegen eine weitere Erhöhung der Agrarzölle. Diese Bedenken zu beschwichtigen und irgendwelcher Opposition in den eigenen Reihen von vornherein die Spitze abzubrechen, das ist das Motiv, weshalb die Strategen des Zentralverbandes der Delegiertenversammlung ihre schon gedrechselte Erklärung vorlegten. Es hat ja noch viel Zeit bis zur Beratung des neuen Zolltarifs im Reichstage — und bis dahin hofft man mit den Agrariern einig zu werden.

Zudem aber handelt es sich bei dem Kartell gar nicht allein um die Aufrechterhaltung und sogenannten Ergänzung des heutigen Schutzsystems, sondern zugleich um den Kampf gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung und gegen die freien Gewerkschaften, wie es denn auch zum Schluß der in Leipzig beschlossenen Erklärung heißt:

„In gleicher Weise hält es der Zentralverband für seine Pflicht, auf dem Gebiete der Sozialpolitik gemeinsame Arbeit zu leisten mit allen Kreisen, die für Aufrechterhaltung der Autorität des Arbeitgebers und wirksamen Schutz der Arbeitswilligen einzutreten gewillt sind.“

Ein deutliches der Absichten der großindustriellen Scharfmacher vertratender Beschluß, der überdies später noch durch folgende zweite Resolution prächtig ergänzt wurde:

„Der Zentralverband deutscher Industrieller gibt im Hinblick auf die diesjährige Arbeiterversammlung in Bern der Erwartung Ausdruck, daß die Verbündeten Regierungen den Anträgen der Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz auf Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, sowie auf gesetzlicher Einschränkung der Ueberarbeit für Frauen und junge Leute im Alter bis zu 18 Jahren ihre Zustimmung versagen werden.“

Und in bezug auf die Niederhaltung der Arbeiterbestrebungen gibt es zwischen den am Kartell beteiligten Großindustriellen, Agrariern und Künstlern keine Meinungsverschiedenheiten. In diesem Punkte ist, wie die „Deutsche Tageszeitung“ gestern mit Recht betonte, „die Interessengemeinschaft lückenlos und restlos“. Deshalb würde es auch ein großer politischer Fehler sein, mit einer baldigen Auflösung des sogenannten „Kartells der schaffenden Arbeit“ zu rechnen. Die Leipziger Erklärung bedeutet nichts anderes, als daß man die Verständigung über die Erhöhung des Zolltarifs auf später verschiebt und zunächst den gemeinsamen Kampf für den Schutz der Arbeitswilligen sowie gegen jegliche weitere Ausgestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung in den Vordergrund schiebt.

In diesem Kampf aber rechnen die Scharfmacher auf mancherlei Unterstützungen, hat doch Friedrich August von Sachsen im Leipziger Rathhaus die schönen Forderungen der Zentralverbändler gebilligt und öffentlich verkündet:

„Ich spreche meinen besten Dank aus für die soeben gehörten Ausführungen, die mich lebhaft interessiert haben. Es gereicht mir zur großen Freude, durch diese Rede die Ziele des Zentralverbandes kennen gelernt zu haben, und ich hoffe zuversichtlich, als Herrscher eines so werthvollen Landes, das auf die Industrie angewiesen ist, daß die Ziele des Zentralverbandes stets mit Tatkraft durchgeführt werden.“

Außerdem haben auch die großindustriellen Scharfmacher sich in letzter Zeit redlich bemüht, die Nationalliberalen für ihre Pläne zu bearbeiten, und die Anzeichen mehrten sich, daß die Nationalliberalen in ihrer Haltung zum verstärkten Arbeiterschutz eine Schwankung vorbereiten. Die „Kölnische Zeitung“ widmet den Forderungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller auf seiner Leipziger Tagung folgende Ausführungen:

„Die Wünsche und Forderungen dieser Interessengruppe haben sich durchaus im Rahmen des Möglichen und nach unserer Ueberzeugung auch Verechtigten gehalten. Das Gefühl beherrscht heute weitest Kreise des Volkes, daß unsere Sozialpolitik so sehr grundtätig ihr Augenmerk zuwenden werden muß, allmählich einen Umfang und einen Charakter angenommen hat, der die ihr innewohnenden Schattenseiten, namentlich ihren bürokratischen Zuschnitt und ihre Verminderung des Willens zur Selbsthilfe so stark und drückend hervorzuheben läßt, daß man wenigstens einmal eine Pause wünscht, um sich über den Weg der Weiterentwicklung klar zu werden. Und wenn der Sprecher des Zentralverbandes die Forderung des Schutzes der Arbeitswilligen und der Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben von neuem erhebt, so befinden wir uns darin völlig mit ihm in Uebereinstimmung und hoffen, daß seine überzeugenden Ausführungen ihre Wirkung auch auf andere maßgebende Kreise nicht verfehlen werden.“

Trügt nicht alles, so müssen wir mit harten Kämpfen um ein Gesetz gegen das Streikpostenstehen und zum Streikbrecherstraf im nächsten Reichstag rechnen.

### Liberaler Augustmeierei.

Das „Verl. Tagebl.“ verleiht dem Beschluß des Parteitags über den Massenstreik eine Deutung zu geben, die dem klaren Wortlaut der Resolution des Parteivorstandes ebenso widerspricht, wie den Erklärungen Scheidemanns, besonders in seiner Schlußrede. Der Kampf ums preussische Wahlrecht ist für den politischen Fortschritt Deutschlands das wichtigste Problem. Er ist die unerlässliche Vorbedingung jeder weiteren demokratischen Entwicklung. Und daß in diesem Kampfe alle Mittel anzuwenden seien, auch, wenn es die Situation erfordert und ermöglicht, den Massenstreik, darüber gab es auf dem Parteitag keine Meinungsverschiedenheit. Das „Verl. Tageblatt“ aber möchte es so darstellen, als ob der Massenstreik ganz außer Betracht käme und nur mehr die Kateridee von dem Vloz von Friedberg bis Liebnecht die politische Taktik im preussischen Wahlrechtskampfe bestimmen dürfe. Von dieser Einbildung ist das „Tageblatt“ sehr entsetzt und wir könnten ihm seine Freude lassen, wenn es nicht weiterhin ausführte:

„Man möchte absichtlich die Augen verschließen, um nicht zu geben zu wollen, daß die Stellung des sozialdemokratischen Parteitag zum Massenstreik ein Zusammengehen aller reformfreundlichen Elemente in Preußen zur Erreichung eines freien Wahlrechts erleichtern muß. Das liberale Bürgertum wird niemals mit dem Gedanken des Massenstreiks auch nur spielen können. Mit einer Partei, die den Verfassungskampf auf die Straße trägt, wäre eine Verständigung kaum möglich. Wohl aber ist die Durchsetzung des freien Wahlrechts in Preußen für das liberale Bürgertum nicht minder wichtig und dringender als für die Arbeiter. So muß sich auch die Grundlage zu einer gemeinsamen Taktik der Linken finden lassen, die zunächst nur den einen Punkt des Wahlrechts ins Auge zu fassen hätte, die aber auf diesen Punkt auch alle verfügbaren Kräfte konzentriert. Und der Volkswille ist doch schließlich zu einem so mächtigen Faktor im Staat geworden, daß er sich schließlich auch durchsetzen wird.“

Das ist wieder einmal echt liberal, genauer gesagt, preussisch-liberal. Wir wollen gar nicht davon reden, daß die preussischen Nationalliberalen zu den erbittertesten Feinden des gleichen Wahlrechts gehören und daß ihre preussische Fraktion mehr als je völlig abhängig ist vom Band der Industrialen, dem Bundesgenossen des Bundes der Landwirte, dem erbittertesten Feinde jedes sozialen und politischen Fortschritts. Es ist daher gänzlich ausföhllos, selbst vorausgesetzt, daß die Fortschrittspartei in der Wahlrechtsfrage absolut zuverlässig wäre, auf rein parlamentarischen Wege etwas zu erreichen, einfach deswegen, weil das Dreiklassenwahlrecht schon dafür gesorgt hat, daß eine konservativ-liberale und konservativ-national-liberale Majorität stets vorhanden ist. Wirkliche Demokraten, wie Herr v. Gerlach oder Herr Gäßle zum Beispiel, erklären es deshalb auch als die wichtigste Aufgabe der bürgerlichen Demokratie, dem Bürgertum klarzumachen, daß es mit allen Mitteln den außerparlamentarischen Kampf der Arbeiterklasse unterstützen müsse. Auch die belgischen Liberalen brachten zwar nicht den Mut auf, offen die Anwendung des Massenstreiks durch die Arbeiterklasse zu billigen, aber sie haben wenigstens in ihrer Presse und zum Teil auch materiell den Kampf der Arbeiter unterstützt. Das „Verl. Tagebl.“ aber, das sich stets selbstgefällig seiner „Entschiedenheit“ rühmt, schandert vor dem Gedanken des Massenstreiks zurück, obwohl es sich bei den preussischen Junkern um Gegner handelt, die vor den schönsten liberalen Reden und Artikeln noch lange nicht zusammenknicken. In dem Kampfe ums preussische Wahlrecht ist diese liberale Feigheit, die vor jeder energischen Tat auch der anderen — denn vom Liberalismus erwartet ja niemand mehr Taten — ängstlich zurückzuckt, mit eines der schlimmsten Hindernisse.

### Zur braunschweigischen Thronfolge

berichtet die halboffizielle Korrespondenz Woth:

Zurzeit finden zwischen der preussischen Krone und den Vertretern des Hauses Cumberland die Schlussverhandlungen statt über die Bedingungen, unter denen das Haus Cumberland die Regierung in Braunschweig antreten soll. Diese Verhandlungen werden streng vertraulich geführt. Gesagt darf aber werden, daß die Verhandlungen vor dem Abschlusse stehen, der allgemein befriedigen wird. Prinz Ernst August wird einen förmlichen Verzicht auf Hannover aussprechen, da andernfalls ein einstimmiger Beschluß im Bundesrat über die Aufhebung der Entschliegung vom 2. Juli 1885 und vom 28. Februar 1907 nicht zu erwarten ist und ein solcher unbedingt herbeigeführt werden muß. Das Schreiben des Prinzen Ernst August an den Reichsforsänger vom 20. April d. J. verpflichtet den Thronanwärter staatsrechtlich zu nichts.

Nach dem Stande der Angelegenheit ist anzunehmen, daß der Verzicht des Prinzen bald erfolgt und der Bundesrat im Oktober der Angelegenheit näher treten kann. Die Uebernahme der Regierung in Braunschweig kann alsdann erfolgen. — Gesagt kann auch werden, daß bis zum gegenwärtigen Stande der Angelegenheit zahlreiche Schwierigkeiten zu überwinden waren, die zum Teil durch die weisliche Agitation bedingt waren.

### Altonaer Wahlrechtskampf.

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Der Kampf gegen den geplanten Wahlrechtsraub in Altona hat jetzt mit voller Schärfe eingesetzt. Am vorigen Donnerstag schon stand die Vorlage, die erst vor einer halben Woche eingebracht war, auf der Tagesordnung der städtischen Kollegien. Unsere Genossen hatten beschloffen, alle Mittel, welche die Geschäftsordnung an die Hand gibt, auszunützen, um die Verhandlung zu verzögern und damit gegen die schnelle Ueberwindung zu protestieren. Sie hatten daher einen Duzend Interpellationen eingebracht. Nach der Geschäftsordnung muß zu diesen vor der Tagesordnung das Wort zur Begründung erteilt werden. Die Mehrheit jedoch trat sofort in die Beratung der Wahlvorlage ein. Da sie zum Rechts-

raub entschlossen ist, kam es ihr auf einen Rechtsbruch auch nicht mehr an. Die Verhandlung mußte aber schließlich vertagt werden.

Gegen den Rechtsbruch, der sich zum Rechtsraub gesellt, protestierten die Altonaer Arbeiter am Dienstag in zwei gutbesuchten Versammlungen, in denen die Genossen Herz und Kürbis sprachen. Folgende Resolution wurde in beiden Versammlungen unter großen Beifall einstimmig angenommen:

Die Versammlung ist tief empört über das Vorgehen des Magistrats und der bürgerlichen Mehrheit der Stadtverordneten. Sie verurteilt die vom Magistrat vorgeschlagene Bezirkseinteilung, die nur von dem einen Zwecke diktiert ist, die Sozialdemokratie zu schädigen und damit die Arbeiterschaft noch weiter zu entrechteten. Zugleich verurteilt sie den offenen Bruch der Geschäftsordnung und die damit verbundene Vergewaltigung der Minderheit. Der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion spricht die Versammlung ihre Anerkennung für die entschiedene Verfechtung der Wählerinteressen aus; sie fordert sie auf, den Kampf mit allen geeigneten Mitteln weiter zu führen und gelobt, alles zu tun, um die Pläne der Wahlrechtsräuber zu vereiteln.

### Kerikales Liebeswerben.

Das Zentrum empfindet es recht bitter, daß es mit den Konservativen im Reichstag keine Mehrheit zu bilden vermag und versucht deshalb immer wieder, den rechten Flügel der Nationalliberalen zum Anschluß an den blau-schwarzen Vloz zu bewegen. Das „Kartell der schaffenden Arbeit“ und die Tagung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller haben nur im Zentrum neue Hoffnungen auf eine Sammlungspolitik genährt, die bei den künftigen Zolltarifikämpfen die bisherige „bewährte Wirtschaftspolitik“ gegen Freihändler und Sozialdemokraten schützen soll. Das Verben um die Gunst der Rechtsnationalliberalen setzt deshalb mit neuen Kräften ein. Die Kerikale Presse des Westens („Trompete“, „Essener Volkszeitung“ usw.) druckt einen Artikel der Erzbergerischen Korrespondenz aus, worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Mehrheit der nationalliberalen Fraktion zur Verständigung mit dem Zentrum und der Rechten sich entschließen werde; die jüngste Steuerreform habe ja schon in diesem Sinne vorgebereitet. Es heißt wörtlich:

„Alle Maßnahmen des Hansabundes und der sonstigen Vlozpolitiker werden doch kaum soviel Gewicht erlangen können, daß sie die verfohlne Wirkung der jüngsten Steuerreform aufzuheben vermöchten. Dabei hat freilich die konservative Partei abseits gestanden.“

Aber die nationalliberale Partei hat doch in den Steuerfragen erfolgreich mit dem Zentrum zusammengearbeitet und es liegt kein sachlicher Grund vor, daß diese Zusammenarbeit nicht auf dem zollpolitischen Gebiete fortgesetzt werden sollte. Die Herangebung der konservativen Partei wird sich schon von selbst ergeben, wenn nur an die Erhaltung eines angemessenen Zollschutzes für die Landwirtschaft als selbstverständliches Korrelat der Industriezölle von vornherein festgehalten wird.“

Und schließlich führt die Korrespondenz aus:

„Diese Sammlung ist bei der jüngsten Finanzreform eingeleitet worden. Ist nur erst der allseitig gute Wille zur Verständigung da, so wird sich über die Einzelheiten des Zolltarifs der Ausgleich schon finden lassen. Wir vertrauen also trotz aller Quertreibern auf das Kartell der schaffenden Arbeit und der positiven Parteien.“

Der „allseitig gute Wille zur Verständigung“ zum Zweck der weiteren Absperrung der breiten Volksmassen durch das jetzige Schützsystem — das ist das Ziel dieser glorreichen „Sammlung“.

### Frankreich.

#### Kommunarde und Diplomat.

Paris, 14. September. (Fig. Ver.) Der französische Votschafter in Rom, Camille Barrère, der Herr Paul Cambon in London ersehen wird, blüht — vermutlich mit einiger Befangenheit — auf eine Jugendzeit zurück, deren Wege von der gewöhnlichen Bahn diplomatischer Debitanten etwas fern lagen. Barrère war nämlich ein sehr hitziger Teilnehmer am Kommuneraufstand. Besonders lebhaft hat er sich damals für die Niederlegung der Vendôme-Säule eingesetzt. In seinem Ueberleber ließ er sogar schon am 10. Mai im revolutionären Blatt „La Sociale“ einen Artikel los, der mit den Worten anbot: „Die Säule ist getwesen“, während die Niederlegung erst am 16. erfolgte. Als Hauptverantwortlicher dieses symbolischen Protestes gegen die Eroberungspolitik des Kaiserreichs ist bekanntlich der Delegierte der schönen Künste, der große Maler Courbet zum Schadenerfah verurteilt worden. Courbet bekam auch in der Folge — sogar noch nach seinem Tod bei der Anbringung seines Hauptwerks in einem der dunkelsten Säle des Louvre — die Lüge der Reaktion zu spüren. Herr Barrère aber fand merkwürdig rasch Vergebung seiner Sünden und Zugang zur Karriere, deren höchste Stufen er nun erklimmt. So jah wie etwa Briand hat er den Uebergang zur offiziellen Welt der Bourgeoisrepublik wohl nicht vollzogen, wenn aber einmal die zu Staatsstützen gewordenen „alten Herrn“ der Revolution eine festliche Zusammenkunft veranstalten sollten, dürfte Herr Barrère schon einen Ehrenplatz beanspruchen.

### Dänemark.

#### Die Wahlrechtsreform.

Dem dänischen Abgeordnetenhause wurde am Mittwoch die im Vorjahre bereits eingebrachte Verfassungsänderungsvorlage wieder unterbreitet. Der Ministerpräsident führte aus, daß an dem Befehlentwurf nichts geändert worden sei. Das Volk wünsche, daß ihm der Freiheitsbrief von 1849 wiedergegeben werde, und die Regierung werde diesen Wunsch des Volkes erfüllen. Er ermahnte die Rechte, ihren Widerstand gegen die Vorlage aufzugeben, der zwecklos sei.

### Holland.

#### Troelstra Vizepäsident.

Haag, 17. September. Die Kammer hat als ersten Kandidaten für die Präsidentschaft Vorgesius, Führer der Liberalen Vereinigung, als zweiten Kandidaten Troelstra, Führer der Sozialistenpartei, und als dritten den Katholiken van Nijpen tot Sebenaer, früheren Präsidenten der Kammer, gewählt.

### China.

#### Keine neuen Forderungen.

Tokio, 17. September. Die japanische Regierung hat keine neuen Forderungen an die chinesische Regierung gestellt. Das Gerücht, Japan habe die Verlängerung des Pachtvertrages der Halbinsel Kwangtung verlangt, wurde von der Opposition in der Hoffnung ausgebreitet, das gegenwärtige Kabinett durch Straßendemonstrationen zu stürzen.

# Schweizerischer Gewerkschaftskongress.

Zürich, 15. September.

Die Verhandlungen beginnen mit dem Referat der Genossin Frau Zuni (Wolter) über:

**Die Förderung der Organisation bei den schlechtesten Arbeitern und in solchen Industriezweigen, für die zurzeit noch keine Zentralverbände bestehen.**

Die Referentin betont einleitend die große Bedeutung des Solidaritätsgedankens in der Arbeiterschaft in der Welt des Kapitalismus, mit ihrer kümmerlichkeit und Unsicherheit der Existenz, wobei die Lage der Arbeiter von heute schlimmer ist als die der Sklaven usw. Darüber müssen die Massen aufgeklärt werden, um sie für die Organisation und für Verbesserung ihrer Verhältnisse zu gewinnen. Die Stärkung der Organisation ist um so notwendiger, als die Unternehmerorganisationen aller Formen den weiteren Fortschritt, auch auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung zu verhindern suchen. Die Referentin zeigte und würdigte sodann die große Masse der ungelerten männlichen Arbeiter, der Frauen, Jugendlichen und Heimarbeiter und wies die bezüglichen Verhältnisse in den einzelnen Gewerben und Industrien (Textilindustrie, Schneiderei, Lebens- und Genussmittel, Handel, Verleher, Wirtschaftsgewerbe) nach, in denen vielfach die Männerarbeit, die besser entlohnte qualifizierte Arbeiterschaft ausgeschaltet wird. So wird der Fortschritt und Aufstieg der Fortgeschrittenen gehemmt. Es ist dringend notwendig und unerlässlich, die Schlechtesten, die Zurückgebliebenen, für die Organisation zu gewinnen. Mehr als 20000 solcher sollen noch organisiert werden. Dazu sind auch mehr Kräfte für die Agitation notwendig. So z. B. ist eine einzige Arbeiterinnensekretärin zu wenig und sollte der Gewerkschaftsbund die Mittel dafür aufbringen, daß hier mehr geschehen kann. Es sollte auch ein eigener Verband für die Schlechtesten geschaffen werden, was Aufgabe des Bundeskomitees sein wird. Es ist alles zu tun, um erfolgreich für eine bessere Zukunft des Proletariats kämpfen zu können. Eine ihren Ausführungen entsprechende Resolution empfahl sie zur Annahme.

Nach eingehender Debatte wurde die Resolution angenommen. Ueber:

**„Wesen und Bedeutung der Tarifverträge“**

referierte Schläumpf, Bern, Sekretär des Typographenbundes. Er empfahl die Annahme folgender Resolution:

„Die Gewerkschaftsorganisation betrachtet es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter zu wirken. Je härter die Organisation ist, desto besser wird sie diese Aufgabe zu lösen vermögen. Im Abschluß von Tarifverträgen, in denen die Arbeits- und Lohnverhältnisse festgelegt sind, darf ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles erblickt werden. Tarifliche Vereinbarungen gelten als Beweis der Anerkennung der Gleichberechtigung der Tarifkontrahenten. Sie verpflichten dieselben, die im Tarife getroffenen Abmachungen gegenständig zu halten. Bestimmte Normen für die Form der Tarifverträge lassen sich der Verschiedenheit der in Betracht fallenden Verhältnisse und Umstände wegen nicht zum voraus für alle Berufe aufstellen, dagegen erscheint es als zweckmäßig, wo die nötigen Voraussetzungen dazu da sind, Tarifverträge nicht nur für einzelne Firmen und Orte, sondern gemeinsam für gewisse Landesteile oder das ganze Land zu vereinbaren.“

Unter Ablehnung der Debatte wegen Mangel an Zeit wird die Resolution angenommen.

Run folgt das Referat Schneebegerers über:

**„Die Revision des Fabrikgesetzes.“**

Der Referent empfiehlt die Annahme folgender Resolution: „Der am 13., 14. und 15. September 1913 im Volkshaus“ in Zürich tagende Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes stellt mit Bedauern fest, daß der sogenannte Verständigungsentwurf für das neue Fabrikgesetz den wichtigsten und berechtigtesten Forderungen, wie sie zeitweilig dem Schweizerischen Arbeiterbund und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund aufgestellt und begründet wurden, gar keine oder in ganz ungenügender Weise Rechnung trägt.“

Der Kongress ersucht die Arbeitervertreter in der Bundesverwaltung, auf eine Verbesserung der sogenannten Verständigungsvorlage zu dringen.

Der Gewerkschaftsbund behält sich vor, nach Festigberatung des Entwurfes durch die Bundesversammlung zu dem Ergebnis der Beratungen Stellung zu nehmen.“

Die Resolution wird ohne Debatte einstimmig angenommen. Als letztes Referat folgt nun dasjenige Dugglers über:

**„Der Generalstreik.“**

Einleitend erinnert er daran, daß sich schon im Jahre 1910 der Gewerkschaftsausschuss auf Antrag der Vater mit der Frage des Generalstreiks beschäftigte, und er gibt sodann eine Uebersicht über die seitherige weitere Behandlung der Frage durch den genannten Ausschuss. In bezug auf das Verhältnis zur Partei ist er der Meinung, daß in dieser Sache die Partei vorangehen und der Gewerkschaftskongress dann dazu Stellung nehmen soll. Abgelehnt wird von uns der syndikalistische Generalstreik und abgelehnt wird auch, allgemeine Berufs- oder Solidaritätsstreiks als Generalstreiks anzuerkennen. Anerkannt werden Massenstreiks als Notwehr- und Protestaktionen, wenn es sich darum handelt, Maßnahmen der Behörden gegen die Arbeiter zu verhindern oder gegen solche zu protestieren. Generalstreiks zur Eroberung politischer Rechte kommen in der Schweiz nicht in Betracht, die als Demokratie bereits die Institutionen besitzt, um deren Erringung die Arbeiter anderer Länder erst heftige Kämpfe führen müssen. Ein schwerer Mangel ist für uns in der Schweiz nur die politische Rechlosigkeit der Hunderttausende von Ausländern, dem durch die Erleichterung der Einbürgerung abgeholfen werden muß. Eventuell müßte der Gewerkschaftsbund zur Beratung und Beschlußfassung zugelassen werden, wenn die Partei Massenstreiks zur Verteidigung verfassungsmäßiger Rechte anwenden wollte. Unter allen Umständen muß aber an der Heberzeugung festgehalten werden, daß sich die Arbeiterschaft erst dann wirksam für ihre Interessen wehren kann, wenn sie möglichst vollständig organisiert ist. Duggler empfiehlt zum Schluß die Annahme der bezüglichen mit der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei vereinbarten Resolution.

Sie und stellt derselben seine Resolution gegenüber, die er in der Sitzung des Gewerkschaftsausschusses vom 22. Dezember 1912 einbrachte, die aber damals nicht erledigt wurde. Diese Resolution geht davon aus, daß die wirtschaftliche Entwicklung die Kämpfe der Arbeiter zu Massenaktionen drängt und daß es in konkreten Fällen Pflicht der gewerkschaftlichen Leitungen ist, sich mit der Frage der Massenaktionen zu befassen. Pflicht der Verbände ist es dann, sie durchzuführen.

Wurm - Zürich weist unter anderem auf das Antistressgesetz im Kanton Zürich hin und findet, daß unsere gewöhnlichen Kampfmittel nicht mehr ausreichen und daher die Massenaktion ebenfalls als Kampfmittel angewendet werden muß.

Grulich wendet sich gegen die Ausführungen der beiden Vorredner, insbesondere Staudes, der noch immer von einem syndikalistischen Weltbild behaftet ist, dessen Spuren wir aber nicht folgen können. Der Gewerkschaftskongress soll durch seine Stellungnahme den Spielereien mit dem Generalstreik einmal ein Ende machen. Massenaktionen werden gewiß nicht ausbleiben und diese bedürftig die vorgelegte Resolution.

Reichmann - Zürich empfiehlt eine schärfere Form der Beschlußfassung, anderenfalls sollte man eine solche ganz unterlassen. Der Züricher Generalstreik hat das Klassenbewußtsein der Gegner sehr gehärtet, es gilt nun, auch das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu stärken.

Vang - Zürich führt u. a. aus, daß an einer Abwehr-Massenaktion, bei der es sich um die Erhaltung unserer Verbände handelt, wahrscheinlich auch die Ionierwollen Buchdrucker mitmachen würden. Viel wichtiger als die Frage der Massenaktion ist übrigens die der Massenorganisation.

Durr - Bern beschäftigt sich u. a. auch mit dem Züricher Generalstreik, der eigentlich ein solcher gar nicht war, sondern nur eine allgemeine Demonstration der Arbeiterschaft. Im übrigen befriedigen ihn beide Resolutionen nicht, ebensowenig die des deutschen Parteivorstandes, die nur ein Verlegenheitsprodukt ist. Er konstatiert dabei auch, daß man in Deutschland den Massenstreik bisher immer nur in Verbindung mit der Eroberung des Wahlrechts (allerdings auch zur Abwehr eventueller gesetzgeberischer Rechtsmaßnahmen der Arbeiter) erörtert habe, noch nicht aber als Demonstrationsmittel. Er empfiehlt die Ablehnung beider Resolutionen und Unterlassung jeder Beschlußfassung.

Sod - Basel erklärt sich für die Resolution Staudes, während in seinem Schlusswort Duggler seine Resolution aufrecht erhält und zur Annahme empfiehlt. Diese Resolution ist ein Werk des Kompromisses, das den verschiedenen Organisationsrichtungen Rechnung trägt.

In der Abstimmung erhält zuerst (Eventualabstimmung) die Resolution Duggler 46, die Staudes 33, in der Hauptabstimmung 41 gegen 33 Stimmen, die der Antrag Durr erhielt, gar keinen Beschluß zu fassen. Die Resolution Duggler ist also mit einer Mehrheit von 8 Stimmen angenommen.

Schneebegerer gibt noch bekannt, daß die Beitragserhöhung mit dem 1. Januar 1914 in Kraft treten soll.

Damit sind die Verhandlungen des Kongresses beendet.

## Konferenz der Arbeitnehmerbeisitzer der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Leipzig, 16. September.

Dem Gewerbegerichtstag geht immer eine Konferenz der Arbeitnehmerbeisitzer voraus, die von der Generalkommission einberufen wird. Die diesmalige wurde heute vormittag von dem Leiter der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission, Reichstagsabgeordneter Rob. Schmidt, eröffnet. An der von 100 Personen besuchten Tagung nahmen außer den 88 Delegierten zum Verbandstag der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auch Vertreter einzelner Gewerkschaften teil.

Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten berichtete Rob. Schmidt über:

**„Die Tätigkeit der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission.“**

Die sozialpolitische Abteilung gibt Auskunft in allen Rechtsfragen. Dem Wunsch der letzten Konferenz, eine bessere Verfolgung der Rechtsprechung, ist die sozialpolitische Abteilung durch Herausgabe der Rechtsbeilage zum Korrespondenzblatt nachgekommen. Der Redaktion ist ersucht, noch mehr Mitarbeiter zu bekommen. Die Herausgabe eines Handbuchs für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ist in Vorbereitung, es wird nächstes Jahr zum Abschluß kommen. Vom Ausschuss des Verbandes der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte wurde die Generalkommission ersucht, für einzelne Verhandlungspunkte des Gewerbegerichtstages Referenten zu bestimmen; dem wurde nachgegeben. Schmidt bespricht die Tagesordnung der Gewerbegerichtstagung und behandelt dann einige wichtige sozialpolitische Fragen, die in den letzten Jahren von der sozialpolitischen Abteilung verfolgt wurden. Er ging dabei auf Petitionen und Anträge der Gewerbegerichte an die Gesetzgebung ein. Zum Schluß betonte der Redner, die sozialpolitische Abteilung sei gerne bereit, den Beisitzern für die Entfaltung ihrer Tätigkeit noch mehr an die Hand zu geben und sei in theoretischer und praktischer Beziehung mit allen Fragen vertraut zu machen.

In der Debatte vermißte Holz - Dresden die Herausgabe eines Musterbuchs für die Gewerbegerichte durch die sozialpolitische Abteilung. Von anderer Seite wurde die Frage: Zwei Beisitzer oder vier Beisitzer bei den Spruchsituationen der Gerichte? aufgeworfen. Unter Zustimmung wurde betont, die Erfahrungen zeigten, daß es besser sei, wenn vier Beisitzer (zwei Arbeitnehmer und zwei Arbeitgeber) an den Gerichtssitzungen teilnehmen. Starke - Dresden begrüßte die beabsichtigte Herausgabe des Handbuchs für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und äußerte Wünsche für diese Ausgestaltung. Die Kommentare sollten nicht zu ausführlich sein.

Im Schlusswort sicherte Schmidt die Ausarbeitung eines Musterbuchs zu. Den Wünschen von Starke wurde nachgegeben. Das Handbuch solle sich nur auf das notwendigste beschränken, die einzelnen Fragen nicht zu breit behandeln, unter Ausschaltung schwieriger juristischer Deduktionen.

Starke - Dresden berichtete nun als Mitglied des Ausschusses des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte über dessen Tätigkeit. Aus seinen Ausführungen ist hervorzuheben, daß im Ausschuss ein Vorstoß unternommen wurde, das Reizelement zu verharren, derartige Anregungen seien jedoch abgelehnt worden. — Die Konferenz erklärte sich mit der Tätigkeit Starkes im Ausschuss einverstanden.

Ueber den zweiten Punkt:

**„Die Rechtsprechung der Gewerbegerichte.“**

seit der letzten Konferenz referierte Arbeiterschreiber Lüttich - Leipzig. Die gewerbliche Rechtsprechung sei einer der wichtigsten Faktoren im Wirtschaftsleben. Es sei notwendig, zeitweise diese Einrichtungen einer Betrachtung zu unterziehen. Die Rechtsprechung hätte eine große Ausdehnung genommen. In den wichtigsten Fragen des gewerblichen Lebens sei aber die Rechtsprechung sehr verschieden, was vielfach eine große Schädigung der Arbeiter bedeute. In der Unterrichtung der sozialen Rechtsprechung sei noch viel zu wünschen. Es gebe nur langsam vorwärts. Heberall seien Kräfte am Werke, die versuchen, Rückschritte zu erreichen. In bezug auf die Zuständigkeit der Gewerbegerichte erweise eine dringende Neuregelung notwendig. Bei Betrachtung der Statistik der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte erweise auffällig, daß die Vergleiche außerordentlich ungenügend seien.

Diese Zunahme stehe nicht im Einklang mit der Zunahme der gewerblichen Streitigkeiten überhaupt. Ein großer Teil von Arbeitern würde sich zu einem Vergleich bereit erklären, obwohl das Recht auf ihrer Seite sei. Bemerkenswert sei auch, daß die Kaufmannsgerichte nur von den Arbeitern, nicht auch von den Arbeitgebern als Einigungsamt angerufen worden seien. Auch die Gutachten hätten abgenommen. Den gesetzlichen Bestimmungen für die Errichtung von Gewerbegerichten werde vielfach nicht entsprochen, es werde nicht immer den Bedürfnissen entsprochen und ein Gewerbegericht gegründet. Auch schenken die Regierungen den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zu wenig Beachtung. Diese würden oft als nebensächliche Einrichtung, als notwendiges Übel betrachtet. Redner fordert einen weiteren Ausbau der Gewerbegerichte. Wenn alle Faktoren zusammenswirkten, wäre es möglich, eine Rechtsprechung herbeizuführen, die besonders die wirtschaftlich Schwachen schützt.

In der längeren Aussprache, die sich an dieses Referat schloß, wurde sehr ausführlich die Zulassung von Arbeiterschreibern als Vertreter vor den Gewerbegerichten erörtert und diese allgemein befangen. betont wurde aber auch dabei, die Beisitzer müßten so gekühlt sein, daß sie die Rechte der Arbeiter schützen könnten. Die reduzierte Anrufung der Gewerbegerichte als Einigungsamt lasse sich dadurch erklären, daß durch die Tarifverträge besondere Schiedsinstanzen festgelegt sind. Ein Redner meinte, die Presse würde die Verdrängung über die Rechtsprechung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte vernachlässigen. Die Berichte dürften nicht nur rein referierend, sondern müßten kritisch und belehrend gehalten sein.

Nach dem Schlusswort des Referenten wurden die Verhandlungen auf morgen vertagt.

## Aus der Partei.

**Garry Duclach gestorben.**

Nach längerem Krankenlager ist am Mittwoch in London der Führer der sozialistischen Föderation Englands, der Genosse

Garry Duclach verstorben. Genosse Duclach ist auch den deutschen Genossen nicht unbekannt geblieben, war er doch auf zahlreichen deutschen Parteitagungen anwesend. Eine besondere Ehrung erfuhr der Verstorbene, als er im Jahre 1907 von der württembergischen Regierung ausgewiesen wurde, weil er auf dem Internationalen Kongress in Stuttgart eine Bemerkung gemacht hatte, die der württembergischen Regierung unangenehm war. Er bezeichnete nämlich den Haager Friedenskongress als „a thiel's supper“. Die Worte überlegte die württembergische Regierung als „eine Abendgesellschaft von Dieben“. Duclach erklärte, er habe niemandem verlegen wollen; seine Worte bedeuten nur: „eine Versammlung kapitalistischer Interessenvertreter“. Die Ausweisung Duclachs erfolgte trotz dieser loyalen Erklärung. Die englischen Delegierten hielten auf den Platz des ausgewiesenen Genossen einen Zettel mit der Aufschrift: „Hier sah Garry Duclach, der gestern von der württembergischen Regierung ausgewiesen wurde.“ — Der Verstorbene hat bis zu seinem letzten Atemzuge für die Sache des internationalen Proletariats gekämpft. Sein Andenken werden ihm auch die deutschen Genossen bewahren.

**Keine Todesstrafe für den Mörder.**

Der oberste Gerichtshof in Wien hat die Todesstrafe, die über den Mörder unseres Genossen Schummeier, den Christlich-sozialen Kuntschal, ausgesprochen worden ist, bestätigt. Daraus hat die Witwe Schummeiers beim Justizminister den Antrag gestellt, die Todesstrafe an dem Mörder Kuntschal nicht zu vollziehen, weil ihr ermordeter Gatte als Sozialdemokrat stets ein Gegner der Todesstrafe gewesen sei.

Hat man schon je davon gehört, daß in den Kreisen, die mit ihrem Christentum sich laut brüsten, eine solche Tat wahrhaft christlicher Bestimmung begangen worden ist, wie sie „gottlose“ Sozialdemokraten, denen der teure Führer, der Gatte und Vater durch Mordmord vernichtet wurde, an dem verbrecherischen Feinde bewahren?

Das Gnadengesuch lautet:

**Eure Erzellenz!**

Am 20. Mai d. J. wurde vom hiesigen Schwurgericht Paul Kuntschal wegen Verbrechens des Mordmordes, begangen an meinem mir unangelegentlichem, geliebtem Gatten Franz Schummeier, nach einstimmiger Schuldspredung durch die Geschworenen zum Tode durch den Strang verurteilt. Infolge der Verweigerung der Richtigkeit, Beschwerde des Verurteilten ist dieses Urteil am 9. September d. J. in Rechtskraft erwachsen und es nicht vollstreckt worden, wenn die über Paul Kuntschal verhängte Strafe nicht in eine Freiheitsstrafe umgewandelt wird.

Ich bitte nun Sie, Herr Minister, von Ihrem verfassungsmäßigen Rechte, die Umwandlung der über einen Verbrecher ausgesprochenen Todesstrafe zu erwirken, Gebrauch zu machen. Würden Sie das nicht tun und würde die vom Wiener Schwurgericht angelegene und jetzt rechtskräftige Strafe wirklich vollzogen werden, so würde mir und meinen drei Kindern der unsägliche Schmerz, den das Verbrechen des Paul Kuntschal über uns gebracht hat, noch größer werden und alle die Hunderttausende, die das Andenken meines teuren Mannes in Ehren halten, würden die Hinrichtung seines Mörders als Verneinung des Andenkens an den Toten empfinden.

Getreu dem Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, das die Abschaffung der Todesstrafe fordert, ist mein Mann die ganze Zeit seines öffentlichen Wirkens hindurch in Wort und Schrift für die Beseitigung der Todesstrafe eingetreten und die Anträge der sozialdemokratischen Partei im Abgeordnetenhaus, in denen die Beseitigung Österreichs vor dieser barbarischen Straftat gefordert wird, tragen auch seine Unterschrift. Wenn er auch als Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft das Ziel seiner Anträge nicht erreichen konnte, so soll doch wenigstens nicht das, was er verabsichtete und zu befehlen sich bemühte, um seinetwillen geschehen.

Diese Trauer hat das Verbrechen, dessen Opfer mein geliebter Gatte geworden ist, bei allen Sozialdemokraten Österreichs hervorgerufen, aber schon in der Stunde des allergrößten Schmerzes, am frühen Grabe, hat der Vertreter der vielen Hunderttausende gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Österreichs ausgesprochen, daß der Mord, jebiel Schmerz und Trauer er auch gebracht hat, nicht mit neuem Mord vergolten werden solle. In meinem Auftrage hat in der Schwurgerichtsverhandlung gegen Paul Kuntschal mein Anwalt erklärt, daß mir und meinen Kindern nichts fernere liege, als den dahingewollten Ruf nach Rache und Vergeltung zu erheben, und daß wir, wenn das Gericht gesprochen hat, beweisen werden, daß uns auch dem Mörder gegenüber menschliches Empfinden nicht fremd ist.

Im Einverständnis mit dem Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratischen Partei Österreichs, dem auch mein Mann durch zwei Jahrzehnte bis zu seinem Tode angehört hat, und in Uebereinstimmung mit der Ansicht aller Sozialdemokraten ersuche ich Sie, Herr Justizminister, zu veranlassen, daß die Todesstrafe an Paul Kuntschal nicht vollzogen werde.

Schachstungsboll

Cäcilie Schummeier.

## Letzte Nachrichten.

**Italienische Verluste in Tripolis.**

Rom, 17. September. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Suara von gestern: Die italienischen Truppen unter dem Befehl des Generals Torelli rücken am Morgen vor, um die Aufständischen anzugreifen und zu zerstreuen, die am Tage zuvor ihre Stellungen bei Gsur verlassen hatten. Der Feind versuchte, zum Angriff vorzugehen, wurde aber nach einem heftigen Feuergefecht geschlagen. Die Italiener erlitten sehr schmerzliche Verluste. General Torelli, der sich in der vordersten Linie befand, starb den Heldentod, ebenso zwei Offiziere und 23 Mann, darunter sieben Italiener. Drei Offiziere und sechzig Mann wurden verwundet, darunter 19 Italiener. Die Aufständischen hatten ebenfalls beträchtliche Verluste, auch einige Häuptlinge fielen.

**Die Hamburger Betrugsaffäre.**

Hamburg, 17. September. (D. T.) Die Betrugsaffäre bei der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft nimmt einen gewaltigen Umfang an. Wie bereits mitgeteilt wurde, sind der Oberinspektor, Kapitän Silbers und ein weiterer Angestellter der Reederei Jonny Steh verhaftet worden. Soweit die eingeleitete Untersuchung ergeben hat, über die die Polizeibehörden jede Auskunft verweigern, sind amtierend 80 erste Offiziere, Kapitane und Maschinisten der Gesellschaft in die Angelegenheit verwickelt. Die Höhe der Veruntreuungen beträgt nicht, wie zuerst angegeben wurde, 500 000 M., sondern soll weit die erste Million übersteigen.

**Gine zu realistische Kinoaufnahme.**

Klausenburg, 17. September. (D. T. B.) Eine Filmgesellschaft ließ hier heute eine Kinmaufnahme von einem ungarischen Volkstanz machen, in der bei einer Ueberfahrt über einen Fluß das Umkippen eines Bootes vorgeführt wurde. Diese Szene wurde in Gegenwart von vielen Tausenden von Zuschauern vor der Bühnenschleuse des Szamosflusses aufgeführt, plötzlich wurden die auf dem umgestürzten Boot im Wasser gefallen zehn Schauspieler gegen die Bühnenränder geschleudert. Weberge Zuschauer sprangen hinzu und retteten alle, doch wurden mehrere schwer verletzt, eine Schauspielerin ist gestorben.

**Theater.**

Donnerstag, 18. Septbr. 1913.

Anfang 7 Uhr.

Sessing. Peer Gynt.

Anfang 7 1/2 Uhr.

**Rgl. Czernhaus.** Frau Diavolo. **Rgl. Schauspielhaus.** Die Neuenmächten. Der zerbrochene Krug. **Deutsches Künstlertheater.** Wilhelm Tell.

Anfang 7 Uhr.

**Urania.** Mit der Kaiserin nach New York.

**Kammertheater.** Franziska.

**Komödienhaus.** Das Paar nach der Mode.

**Kleines.** In Ewigkeit Amen. Paul und Paula. Der Barbier von Serravallo.

**Berliner.** Filmzauber.

**Königgrätzer Straße.** Das vierte Gebot.

**Deutsches Schauspielhaus.** Sieben tolle Tage.

**Deutsches Czernhaus.** Jar und Zimmermann.

**Montis Czeretten.** Der lachende Ehemann.

**Schiller O.** Am Tage des Gerichts.

**Schiller Charlottenburg.** Freiwild.

**Thalia.** Puppen.

**Theater am Nollendorfsplatz.** Die Kino-Königin.

**Metropol.** Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

**Kasino.** Der Affentenor oder Caruso auf Teilung.

**Trionon.** Der abgerissene Glockenzug. Untreu.

**Herrfeld.** Liebesprobe. Schonzeit.

**Wintergarten.** Spezialitäten.

**Reichshallen.** Stettiner Sänger.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Neues Volks-Theater.** Die Siebzigjährigen.

Anfang 9 Uhr.

**Admiralspalast.** Fußball: Blitz in St. Moritz.

**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-62.

**Schiller-Theater O.** Baller-Theater.

Donnerstag, abends 8 Uhr: **Am Tage des Gerichts.**

Freitag, abends 8 Uhr: **Cyrano von Bergerac.**

Sonnabend, abends 8 Uhr: **Freiwild.**

**Schiller-Theater** Charlottenburg.

Donnerstag, abends 8 Uhr: **Freiwild.**

Freitag, abends 8 Uhr: **Die Stützen der Gesellschaft.**

Sonnabend, abends 8 Uhr: **Am Tage des Gerichts.**

**Berliner Theater.**

8 Uhr: **Filmzauber.**

**Theater in der Königgrätzer Straße**

8 Uhr: **Das vierte Gebot.**

**Komödienhaus.**

8 Uhr: **Das Paar nach der Mode.**

**Theater des Westens.**

Beginn der Spielzeit: **Sonnabend, den 20. September: Gräfin Pitt.**

**Theater am Nollendorfsplatz.**

**Ensemble-Gastspiel des Berliner Metropol-Theaters: Die Kino-Königin!**

Anfang 8 Uhr.

**Montis Operetten-Theater** Schiffbauerdamm 4a. (fr. Neues Th.)

Abends 8 Uhr: **Gastspiel**

**Der lachende Ehemann.**

**Deutsches Künstlertheater** Sozietät

Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.

7 1/2 Uhr:

**Wilhelm Tell.**

Freitag 8 Uhr: **John Gabriel Borkmann.**

8 1/2 Uhr: **Residenz-Theater**

**Die Frau Präsidentin.**

(Madame la Présidente.)

Schwank in 3 Akt. v. M. Honnequin und P. Veber.

Morgen u. folgende Tage: **Die Frau Präsidentin.**

**Reichshallen-Theater**

**Stettiner Sänger**

Anfang 8 Uhr.

Sonnabend nachm. 3 Uhr:

**Familien-Vorstg.** mit herri. Progr. zu ermäßig. Preisen

Log. 13. Ballton

75 Pf. Entree (am die Billetsteuer zu sparen) 30 Pf.

Berantio, Redakt.: Alfred Dielepp, Neukölln, Infanteriepl. vorantio. 2

**Deutsches Schauspielhaus**

Abends 8 Uhr: **Sieben tolle Tage.**

**Lessing-Theater.**

**Peer Gynt.** Von Ibsen. Musik von Grieg.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: **Peer Gynt.**

Freitag: **Und das Licht scheint in der Finsternis.**

Sonnabendmittag: **Magdalena.**

Vorverkauf an der Theaterkasse von 10-2 Uhr, bei Herrn Metz, Leipziger Straße, Alexanderpl., Frankfurt-Allee und im Invalidendamt.

**ROSE-THEATER**

Große Frankfurter Str. 132.

Täglich 8 1/2 Uhr:

**Die Schiffbrüchigen.**

Theaterstück in 3 Akten v. Brieux.

Sonnabend nachm. 3 Uhr: **Maria Stuart.**

**ZOOLOG**

**ischer Garten**

Täglich: **Militär-Doppel-Konzert.**

Eintrittspreise:

Zoo: 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf. Aquar.: 1 M. v. d. Straß., 50 Pf. v. Zoo

Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

Neu! Neu! **AQUARIUM**

9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

**Casino-Theater**

Lothring. Str. 27. Täglich 8 Uhr.

**Gingig. Varietätst. 1. Rang.**

Neu! der phänomenale Jules Chery, Maggagno Truppe. Der rote Domino.

**Der Aktien-Tenor**

oder **Caruso auf Teilung.**

Sonnabend, den 21. nachm. 4 Uhr:

**Ein toller Ehemann.**

**Passage-Panoptikum**

**Der Mann mit der eisernen Faust**

d. größt. Kraftphän. aller Zeiten

lebend zu sehen! **Die Offenbarungen der Traumalerin**

**Frau Assmann.**

d. Aufseh. d. wissensch. Kreise.

**AGA die schweb. Jungfrau.**

**Buddha die geheimnisvolle Tafel.**

Alles ohne Extra-Entree!

**Metropol-Theater**

Abends 8 Uhr.

**Die Reise um die Erde in 40 Tagen.**

(Gr. Ausstattungsst. m. Gef. u. Lang in 19 Bild. m. vollständig. freier Benutzung des Jules Verne'schen Romanes von

**Julius Freund.**

Musik von Jean Gilbert.

In Szene geföhrt vom Direktor **Richard Schultz.**

**Karl Bachmann. Joseph Giampietro.**

**Guido Thielscher. Alfred Schmasow.**

**Leopold Wolf. Ludwig Wolf.**

**Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.**

**Voigt-Theater**

Babstraße 38.

Donnerstag, den 18. Septemb. 1913:

**Gastspiel im Berliner Prater-Theater, Kastanienallee 7/9.**

**Wohltäter**

**der Menschheit.**

Schauspiel in 3 Akt. v. Felix Philipp.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

**Freie Volksbühne**

Sonntag, 21. September, 3 Uhr:

**Künstler-Theater**

Nürnberg. Straße 70/71. (19. Abteilung):

**Das Prinzip.** Komödie von Hermann Bahr.

Gastkarten zu dieser Extravorstellung sind beim Obmann im Theater von 2 Uhr ab zu haben.

Zu dem Konzert in der Hochschule für Musik

am Sonntag, den 28. September, **Schubert-Abend.** sind Einlaßkarten a 60 Pf. (inkl. Programm) nur in folgenden Zahlstellen zu haben:

Norden: 1. Beyer, Veteranenstr. 11.

Südost: 11. Horsch, Engelufer 15.

Osten: 13. Dunst, Cadiner Str. 15.

Süden: 20. G. Schulz, Admiralstr. 40a.

Nordwest: 28. Göbel, Putzitzer Str. 10.

Charlottenburg: 33. Schmidt, Wilmersdorfer Str. 130

Zentrum: 63. Hahn, Alexander-Platz.

Neukölln: 64. Konrad, Hermannstr. 50.

Die Zahlstelle 21, früher Charitéstraße, befindet sich jetzt bei F. Freitag, Restaurant, Luisenstr. 26.

Für neue Mitglieder sind noch in den Abteilungen 16-20 in den bekannten Zahlstellen Groß-Berlins Mitgliedskarten zu haben.

Thalia-Theater: Ibsen: **Die Wildente.**

Schillertheater-Charlottenburg: **Der Pfarrer von Kirchfeld.**

Herrfeld-Theater: Neues Volkstheater: **Familie Selicke. Mudder Mews.**

243/8 Die Geschäftsstelle: **G. Winkler.**

**Werbet Mitglieder!**

**Vereinigte Berliner Volksbühnen.**

**Luisen-Theater.** **Walhalla-Theater.**

8 1/2 Uhr: **Die Intrigantin.** Täglich 8 1/2 Uhr: **Der Liebesonkel.**

Freitag: **Die Allwörden.** Sonnabend: **Die Intrigantin.** Poffe m. Gesang u. Lang in 3 Akten.

**Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse**

Sonntag, den 21. September, nachm. 4 Uhr, im **Blüthner-Saal, Lützowstr. 76:**

**Erstes Konzert** Werke von **Joh. Seb. Bach.**

Mitwirkende: Frau **Theresa Schnabel-Bohr** (Gesang); Herr Professor **Karl Flesch** (Violine); kgl. Musikdirektor Herr **Bernhard Irgang** (Orgel); Herr **Marix Loewensohn** (Violoncello). Am Klavier: Herr **Artur Schnabel.**

Billetts a 60 Pf. zu haben bei Horsch, Gewerkschaftshaus, Engelufer 15; Schulz, Admiralstraße 40, in den Zahlstellen des Vereins und an der Kasse. 53/14

**„Clou“** :: Berliner :: **Konzerthaus**

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

**Großes Doppel-Konzert!**

**Berliner Konzerthaus-Orchester!** Leitung: Komponist **Frz. v. Blon** und als Gastdirigent: **Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs.**

Musikkorps des 2. Niederschl. Feld-Artillerie-Regiments No. 41 aus Glogau. Leitung: **Oberm. W. Baarz.**

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

**Brauerei Friedrichshain**

Am Königstor. Def.: **Ernst Liebing.**

Dienstag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr:

**Populäres Konzert des Blüthner-Orchester** (60 Künstler)

und des Männerchors **Fichte-Georgia 1879** (Mitglied des D. A. S. B.)

Dirigiert für Chor und Orchester **Th. Gervais.**

Abendkasse 75 Pf., Billetts im Vorverkauf a 30 Pf. sind bei den „Vorwärts“-Spezialverkäufern Zucht, Immannelstraße 12 und Hanisch, Adlerstr. 174, zu haben.

**Deutscher Holzarbeiterverband** Zahlstelle: Berlin:

Sonnabend, den 20. September, im gr. Saale der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114:

**21. Stiftungs-Fest**

**Volklieder-Abend**

Mitwirkende:

**Männerchor Fichte-Georgia** (M. d. D. A. S. B.), Dirig. Herr **Th. Gervais.**

Konzertsängerin **Frau Paula Weinbaum** (Alt) und das **Kestenber-Trio.**

Klavier: Herr **Leo Kestenber.** Violine: Herr **Louis van der Laar.**

Violoncello: Herr **Marix Loewensohn.** — **Konzertflügel Ibach.** —

Nach dem Konzert: **Ball** bei zwei Orchestern.

Anfang 8 1/2 Uhr. Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Eintrittskarten sind auf allen Zahlstellen, beim Gastwirt **Kollegen Greive,** Rungestr. 30, und im Bureau zu haben. 88/13

**Zirkus Alb. Schumann**

Heute Donnerstag, den 18. Septbr., abends 8 Uhr:

**II. Große Gala-Vorstellung.**

U. a.:

**10 Bengalische Riesen-Tiger 10**

vorgeführt von Herrn **Sawade**

und weitere 17 Attraktionen.

**City-Park**

Am Bahnhof Friedrichstraße.

**Größt. Volksschau Berlins**

**50 Schaugeschäfte 50**

**Höhns Gr. Hippodrom-Noblesse**

und 10 Attraktionen.

Geöffnet: täglich nachm. 4 Uhr

Sonn- und Feiertage nachm. 3 Uhr

bis 11 Uhr abends.

Eintritt frei.

**Concordia-Festsäle.**

Inh.: **M. Wendt & A. Schütze.**

**64 Andreasstr. 64.**

Donnerstag, den 18. Septbr. 1913

**Eröffnungs-Soiree**

der allgemein beliebten u. bekannten

**Hoffmanns Sänger**

mit vollständigem

neuem Programm.

Anf. 8 Uhr. Nach der Soiree:

**Frei-Tanz.**

Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Jeden Sonntag:

**Gr. Militär-Streichkonz. Hoffmanns Säng. u. Ball**

**Nible's Festsäle**

Dennewitzstraße 13. Fernsprecher: **Kurfürst 2994.**

Jeden Donnerstag und Sonntag: **Großer Ball.**

Die Säle sind noch für Dufftag, Totensonntag, 1. Weihnachtstierstag und

Sonnabend, 29. November, 6. und 13. Dezember frei! 22916\*

**Bebel-Porträt**

Nach einem Gemälde von **Tronnier-Hannover**

**Kunstvoll in fünf Farben ausgeführt**

**Preis 1.— Mark**

Diese Bilder sind auch g e r a h m t zum Preise von

**2.—, 2.75, 3.— und 3.25 Mark**

vorrätig

**Buchhandlung Vorwärts**

Lindenstraße 69

**Los nur 50 Pfg.**

Ziehung am 23. Septbr.

**Lotterie**

Schneidemühler Automobil- und Pferd-

**3500 Gewinne i. Wert v. Mark**

**100000**

1. Hauptgew.: 1 Automobil Wert M.

**15000**

2. Hauptgew.: 1 Viererzu Wert M.

**10000**

11 Lose aus verschied. Tausenden

Porto u. Liste 30 Pf. extra durch das **General-Debit**

**H. C. Kröger**

Berlin W 8, Friedrichstr. 193 a

sowie alle durch Plakate kenntlichen Verkaufsstell.

**Reuters Werke**

3 Bände 4 Mark

**Buchhandlung Vorwärts**

**Zirkus Busch.**

Heute Donnerstag, 18. September, abends 8 Uhr:

**Debut! Debut!**

Zum 1. Male in dieser höchsten

# Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Dritter Verhandlungstag.

Jena, Mittwoch, den 17. September 1913.

Vormittags-sitzung.

Ebert eröffnet die Verhandlungen um 9 Uhr mit der Verlesung eines Begrüßungsgramms vom Komitee der Auslandsorganisation Russlands in Paris.

Hierauf wird das Ergebnis der gestrigen namentlichen Abstimmung über den Antrag 100 mitgeteilt. Der Antrag wurde mit 333 gegen 142 Stimmen abgelehnt.

Die Resolution des Parteivorstandes zum Massenstreik gelangte gegen zwei Stimmen zur Annahme.

Zur Geschäftsordnung erklärt Cammel: Eine Anzahl meiner Kollegen haben nicht für die Resolution gestimmt, aber auch nicht dagegen, weil die Resolution von Niederbarnim noch ausstand, die wichtiger war.

Durch diese Abstimmung sind die Anträge 11, 12 und 88 erledigt. Ebenso sind die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung erledigt. Es folgt der

## Bericht der Reichstagsfraktion.

Auf Vorschlag von Vosk wird die Deckungsfrage aus der Diskussion ausgeschlossen und später mit der Steuerfrage verbunden. Die zu diesem Punkt vorliegenden Anträge 27-35 und 37 werden genügend unterstützt.)

Berichterstatter Heinrich Schulz:

Die Stellung des Berichterstatters der Reichstagsfraktion unterscheidet sich von der des Berichterstatters des Parteivorstandes oder des Berichterstatters über eine bestimmte Frage insofern, als es sich bei der Reichstagsfraktion nicht um eine geschlossene Gemeinschaft handelt, die einmütige Beschlüsse faßt, und für die der Berichterstatter einzutreten hat. Die Fraktion bestimmt wohl die Redner für die einzelnen Fragen, aber sie schreibt keinem Redner vor, wie er sie zu behandeln hat. Es gibt natürlich auch Fragen der Fraktion, bei denen die Meinung der Mehrheit als die Meinung der Fraktion im Plenum des Reichstages vertreten wird. Sie wissen, daß eine dieser Fragen gerade die Deckungsfrage ist. Aber gerade bei solchen Fragen, bei denen es sich um Differenzen innerhalb der Fraktion handelt, bei denen eine Mehrheit einer kleineren oder größeren Minderheit gegenübersteht, hat der Referent der Reichstagsfraktion in der Tat ein Amt aber keine Meinung als Referent. Sie

\*) 27. Breslau: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, unerbittlich die Regierung zu veranlassen, Maßnahmen gegen die kapitalistischen Manipulationen zu ergreifen, die Heilmittel (wie neuerdings Resothorium) für Volkstanztheatern erheblich verteuern.

28. Hamburg I: Die Parteigenossen des I. Hamburger Wahlkreises sehen in dem Fehlen unserer Abgeordneten bei der Abstimmung über den von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage eingebrachten Antrag betreffs Einführung des Proportionalwahlrechts eine schwere Schädigung des parlamentarischen Ansehens der Partei.

Es bleibt den Parteigenossen unverständlich, daß auch bei der notwendigen gewordenen zweiten Abstimmung die Genossen in der Fraktion abermals ihre Pflicht nicht erfüllen. Die Parteigenossen des I. Hamburger Wahlkreises verlangen vom Parteitag, daß derselbe die fehlenden Abgeordneten zur Rechenschaft zieht.

29. Hamburg II: In Anbetracht der Weisheitsfähigkeit des Reichstages und der darauf erfolgten Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der Proportionalwahl zum Reichstage verurteilt der Parteitag auf das entschiedenste die Nachlässigkeit derjenigen Abgeordneten, die aus nicht erklärlichen Gründen der Abstimmung ferngeblieben sind.

Gleichzeitig spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß in Zukunft bei allen prinzipiellen Abstimmungen im Reichstage die Fraktion möglichst in ihrer vollen Stärke vertreten sein muß, um dadurch den Interessen ihrer Mandatgeber mehr Rechnung zu tragen.

30. Schwarzburg-Sondershausen: Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, bei wichtigen Abstimmungen im Reichstage und bei Beratung von Anträgen, die von unserer Fraktion gestellt sind, möglichst vollständig anwesend zu sein.

31. Schwarzburg-Rudolstadt: Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben während der Tagung des Reichstages, wenn nicht durch Krankheit verhindert, vollständig zur Stelle zu sein, damit nicht, wie geschehen, bei sehr wichtigen Abstimmungen durch das Fehlen unserer Vertreter die Vorlage zu Fall kommt.

32. Eisen: Der deutsche Parteitag möge beschließen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beauftragt wird, einen Antrag auf Aufhebung der Zwangsimpfung im Reichstage einzubringen.

33. München I und II: Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Laufe der nächsten Reichstagsession einen Antrag auf Verbesserung und Ausdehnung des Kinderzuschusses einzubringen.

Es wolle beantragt werden, daß jede Erwerbstätigkeit der Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, ohne Unterschied, ob diese eigene oder fremde Kinder sind, verboten ist. Es soll unbedingte Güter, oder die Beschäftigung der Kinder im Gewerbe, in der Heimindustrie oder im Volontariat verboten sein.

Das verbesserte, eventuell das bestehende Gesetz wird auf die in der Land- und Forstwirtschaft, sowie die im Votens- und Gesundheitsdienst beschäftigten Kinder ausgedehnt.

34. Kolmar i. El.: Der Parteitag spricht seine Freude über das Zustandekommen der Berner Konferenz deutscher und französischer Parlamentarier aus, in der er den ersten Schritt zu einer systematischen und direkten Verständigung zwischen den europäischen Parlamenten erblickt.

Der Parteitag erwartet, daß die äußerst zahlreiche Beteiligung französischer Parlamentarier beider Kammern und aller republikanischen Parteien an der Berner Konferenz von dem deutschen Volke ihrer Bedeutung entsprechend als Beweis für die Friedensliebe und den Willen der Verständigung des französischen Volkes gewürdigt wird. Er hofft deshalb, daß Regierung, Bundesrat und Reichstag Eilab-Verfahren endlich die von seiner Bevölkerung verlangte volle republikanische Autonomie und staatsrechtliche Gleichberechtigung mit den übrigen Bundesstaaten gewähren und dadurch die im Interesse des Weltfriedens notwendige Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland erleichtern.

35. Hamburg III: Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion aufzufordern, im Reichstage einen Antrag auf Einführung der direkten Besteuerung durch das Volk mittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechts einzubringen. Gleichzeitig ist im ganzen Reiche eine lebhaft und intensive Propaganda für diese Programmforderung einzuleiten.

37. Berlin VI: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, in den nächsten Tagungen einen Antrag einzubringen, wonach eine Neueinteilung der Wahlkreise nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung vorzunehmen ist.

können keinem Abgeordneten zumuten, daß er etwa, wenn er zur unterlegenen Minderheit gehört hat, dennoch mit innerer Ueberzeugung und Wärme für die Auffassung der Mehrheit eintreten soll. Sie können auch nicht verlangen, daß der Berichterstatter in solchem Falle sein Amt niederlegen soll, denn die Fraktion könnte dadurch in die größten Schwierigkeiten kommen. Ich habe also meine Aufgabe darin gesehen, so objektiv wie möglich zu berichten. Der Bericht ist von den Mitgliedern der Fraktion noch ergänzt worden, so daß ich annehmen darf, daß das, was dort niedergelegt ist, über die Stellung der Fraktion zur Deckungsfrage der wirklichen Situation, wie sie damals bestand, entspricht.

Abgesehen von der Abstimmung bei der Deckungsfrage ist die Fraktion wenig angegriffen worden. Die Abstimmung der Fraktion am allerletzten Tage der Session hat das Interesse der Parteigenossen am meisten in Anspruch genommen. Ueber die Tätigkeit an diesem 104. Tage der Session ist sehr viel geredet und geschrieben worden, über die Tätigkeit an den anderen 103 Tagen fast gar nicht. Wenn wir daraus schließen dürfen, daß das, was die Fraktion an den anderen 103 Tagen gemacht hat, gut ist, könnten wir ja mit einer solchen Kritik zufrieden sein. Dadurch, daß sich die sozialdemokratische parlamentarische Arbeit auf allen Gebieten herausgehoben habe, ist der Bericht etwas ausführlicher geworden. Er umfaßt aber nicht, wie das Dresdener Parteiorgan entseht feststellte, 173, sondern nur 100 Seiten, denn 73 Seiten kommen davon auf den Bericht des Parteivorstandes. Ueber die Form des Fraktionsberichts gab es bisher in unserer Partei noch keine festen Normen. Gegen den Schluß der Session wurde der Berichterstatter ernannt und ihm wurden keine Vorschriften über die Anlegung des Berichts gemacht. Dadurch hat die Verwendbarkeit für die Praxis der Parteiarbeit nicht gewonnen, weil jeder Berichterstatter seinen besonderen parlamentarischen Reigungen freien Lauf lassen konnte. Ich habe auf jedes persönliche Gepräge des Berichts verzichtet und versucht, alles sachliche Material so zusammenzustellen, daß es leicht auffindbar und verwendbar ist. Ich gebe zu, daß ein solcher Bericht keine amüsante Lektüre für Zeitungsleser ist, aber es ist wohl auch nicht mehr berechtigt, daß der gesamte Bericht in der Parteipresse abgedruckt wird. Ich möchte anregen, daß in Zukunft nicht mehr irgend ein Mitglied der Fraktion im Laufe der Session mit der Berichterstatter beauftragt wird, sondern daß diese Arbeit dem Fraktionssekretär übertragen wird, der ja immer mit der Sammlung des Sachmaterials beschäftigt ist und so den Bericht viel leichter während der Session zusammenstellen kann. Dann kann der Bericht wenige Wochen nach Schluß der Session erscheinen und es kann darauf im Interesse der Agitation eine kleine Broschüre ausgegeben werden. Wenn wir noch ein alphabetisches Stichwortregister anfügen, wie ich es in diesem Jahre noch nachholen will, dann haben wir ein brauchbares Nachschlagewerk für die Genossen, die sich dauernd oder vorübergehend mit der Tätigkeit des Reichstages beschäftigen. Am Schluß der Legislaturperiode hat man dann für die Neuwahlen durch ein Generalregister sofort eine Uebersicht über die ganze Fraktionsfähigkeit. Da wir leider durch den Tod des Genossen Zietz die Stelle des Fraktionssekretärs neu besetzen müssen, ließe sich bei der Gelegenheit meine Anregung leicht verwirklichen. Wenn man sagt, der Bericht sollte nicht so ausführlich sein, sondern nur das wichtigste zusammenfassen, so gilt hier das alte klassische Sprichwort „Was dem einen ein Uhl ist, ist dem andern ein Nachigall!“

Für die Wimmenschiffer ist es z. B. von großem Interesse, wenn sie nach dem alphabetischen Stichwortregister unter „Wimmenschiffer“ schnell feststellen können, daß über die Arbeitszeit der Wimmenschiffer beim Etat des Reichsamts des Innern, bei einer Interpellation, bei einer Petition verhandelt worden ist und daß auch einmal eine kurze Anfrage in der Sache erfolgt ist.

Sobiel über die Form des Berichts. Nun zu den Anträgen. Die Anträge 27, 32, 33, 35 und 37 bitte ich der Fraktion zur Erwägung zu überweisen. Es handelt sich dabei um verschiedene Anregungen, und Sie müssen es der Fraktion schon überlassen, in welcher Weise sie ihnen Folge gibt. Die Initiativanträge müssen im Reichstage innerhalb der ersten zehn Tage einer neuen Session eingebracht werden, und da die ersten zehn Tage dieser Session schon seit geraumer Zeit vorüber sind, können wir jetzt überhaupt keine Initiativanträge mehr stellen. Aber vielleicht kann man diese Anregungen bei der Etatsberatung vorbringen. Die Einbringung von Delegationen nach Bern ist auf Beschluß der Fraktion erfolgt, die Fraktion hat auch die Entscheidungen der Konferenz gutgeheißen. Die Anträge 29-31, die das Fehlen der Abgeordneten bei wichtigen Abstimmungen rügen, haben einen bestimmten Fall im Auge. Wir hatten zum Etat des Reichsamts eine Resolution auf Einführung des Proportionalwahlrechts eingebracht, und es wurden 90 Stimmen dafür, 88 dagegen abgegeben. Die Resolution wäre also mit 2 Stimmen Mehrheit angenommen gewesen, wenn nicht durch Hammelsprung die Beschlußunfähigkeit festgestellt worden wäre. Am nächsten Tage mußte die Abstimmung wiederholt werden, und nun wurden 139 Stimmen dafür und 140 dagegen abgegeben, die Resolution war also mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Wir haben das bedauert, aber am ersten Tage konnte niemand voraussehen, daß es noch zur Abstimmung kommt, und am nächsten Tage fand die Abstimmung gleich zu Beginn statt, es war unmöglich, alle anwesenden Kollegen bis dahin telegraphisch zusammenzurufen. Wer gesagt hat, läßt sich heute nicht mehr feststellen. (Adolf Hoffmann: Ihr müßt Euch solidarisch erklären!) In der preussischen Landtagsfraktion ist es natürlich leichter. (Hoffmann: Wir sind immer da!) Unsere Genossen sind doch schließlich glücklicherweise nicht nur Parlamentarier, sondern sie haben auch noch einen kleinen Nebenberuf und können nicht täglich von 1 bis 7 oder noch länger im Reichstage sitzen. Verlangen Sie etwa, daß jeder Abgeordnete in jeder Sitzung von Anfang bis zu Ende im Reichstage ist? So grausam können Sie nicht sein. Dann hätten wir den ersten Massenstreik. (Heiterkeit.) Dann würden die Abgeordneten ihre Mandate niederlegen. (Zurufe: Na, na!) Das hält kein Mensch aus. Leichtsinzig verurteilt er heute keiner von uns seine Pflicht. Ich empfehle Ihnen den Antrag 30 zur Annahme und bitte, alle anderen Anträge abzulehnen.

Die kritischen Bemerkungen über die Haltung der Partei zur Wehrvorlage

waren mehr von allgemeinen Sentiments diktiert als von durchschlagenden Gründen. Auch wurde zum großen Teil nicht der parlamentarische Geschäftsgang berücksichtigt, aber den wir Sozialdemokraten auch nicht hinwegkönnen. Die Haltung der Fraktion bei der zweiten Lesung im Plenum wird ja im allgemeinen zum Teil mit sehr schmeichelehaften Worten überlamm. So schreibt die „Gleichheit“, die sonst die Fraktion hier und da aufzupft: „Erst bei der zweiten Lesung stand die sozialdemokratische Reichstagsvertretung auf der Höhe der Situation. Hier rang sie 10 Tage lang Kräfte an Kräfte mit dem tödlichen, gemaltätigen Feind des Proletariats und rief ihn durch ihre gutgewählten und meist schneidig begründeten Anträge die Maske vom Gesicht.“

Nun soll die Fraktion bei der ersten Lesung, in der Kommission und bei der dritten Lesung ihre Schuldigkeit nicht getan haben. Tatsächlich haben wir unsere Pflicht erfüllt. Es wurde ja auch nicht behauptet, daß wir in grundsätzlicher Beziehung irgend

etwas außer acht gelassen haben, aber sagt die „Gleichheit“, im ganzen hat es an dem Ton gefehlt, der die Musik macht“. Der volle Ton konnte doch nur durch die Resonanz der Massen erzielt werden, und die Massen hatten leider bei der ersten Lesung nicht das genügende Interesse, um den Kampf der Fraktion ausreichend zu unterstützen. Die gleiche Ansicht vertritt ja auch Genossin Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung“. Ueber die Kommissionsberatung sagt die „Gleichheit“: „Es ist nicht unerbittlich genug der tügerische Schein zerstört worden, als ob die dort ausgetragenen politischen und militärtechnischen Gründe für die ungeheure Heeresvermehrung die Unbeugbarkeit der sozialdemokratischen Arbeiterkraft zu mildern vermocht hätten.“ Dieser Vorwurf ist nicht genügend substantiiert. Wir haben in der Kommission das Kampffeld vorbereitet, auf dem dann in der zweiten Lesung der Kampf geführt worden ist, den auch die „Gleichheit“ anerkannt hat. Die Kommissionsberatungen geben doch kein solches Bild wie die Plenarberatungen. Die dritte Lesung hat dann durch das Ersurter Urteil eine ganz besondere Färbung erhalten. Ich bin weit davon entfernt, alles gut zu heißen, was die Fraktion getan hat. Im Gegenteil, manches wäre besser gemacht worden. Selbstverständlich muß die Kritik einsehen, damit keine beschauliche Selbstzufriedenheit bei unseren Parlamentariern einreißt. Unsere Abgeordneten sollen immer wieder genötigt werden, ihre Haltung mit der der Massen zu vergleichen und mit den Massen Fühlung zu erhalten. Soweit die Kritik aber zu irigen Schlüssen kommt, muß sie auf das berechtigte Maß zurückgeführt werden. Es fehlte dem Kampfe gegen die Heeresvorlage das notwendige Echo in den Massen. Aber sobald die Massen sich rührten, wurde der Kampf der Fraktion unmittelbar belebt und verstärkt, und als durch das Ersurter Urteil die Massen zu zorniger Empörung angefeuert wurden, da konnte die Fraktion in früherer Initiative und mit schnelleren Zupacken auch einen unmittelbaren Erfolg erzielen. Dieser Erfolg wäre ohne die Massen nicht möglich gewesen, er hat aber andererseits auch wieder aufreißend auf die Massen gewirkt. Vielleicht haben die Organisationen das Eisen, als es nach den Militärdritten recht heiß war, nicht in genügendem Maße geschmiedet. Ich hätte auch gewünscht, daß nach Schluß der Reichstagsberatungen im Hinblick auf den aufregenden und für die Partei ehrenvollen Ausgang die Parteigenossen im Lande sich mehr darum gekümmert und in Versammlungen dazu Stellung genommen hätten. Das Ersurter Urteil gibt ein Schulbeispiel dafür, wie sich der prinzipielle Kampf und der praktische Erfolg gegenseitig in die Hände arbeiten können und müssen.

Ich komme nun auf ein Urteil über die Fraktion, das, glaube ich, allein steht. Die „Düsseldorfer Volkszeitung“ schreibt über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion: „Wie sehr wir die Kritik von der Reichstagstribüne aus zu schätzen wissen, ja sie gewissermaßen als die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Fraktion betrachten, so haben und doch manche Anträge und Ausführungen unserer Genossen, die bei dieser Gelegenheit im Reichstage gemacht wurden, seltsam angemerkt. Wir halten es nicht für die Aufgabe unserer Fraktion, durch Anträge und Reden Zustände im militärischen System bereitwillig zu wahren, wodurch der Militarismus wohl den Kreisen des Bürgertums schmachhaft gemacht werden könnte, am System des Militarismus als Herrschaftsmittel der herrschenden Klassen aber nichts geändert werden würde. Wir meinen, daß wohl das Bürgertum ein großes Interesse an Anträgen hat, die das Einjährig-Freiwilligen-System die Abschaffung des Zuchthauswesens, die Beseitigung des Gardevorrechts, die Freisetzung der politischen und religiösen Genossenschaft für alle Angehörigen der Armee, die Beförderung in der Armee nach der persönlichen Tüchtigkeit betreffen, aber für das Proletariat ist die Beseitigung oder Nichtbeseitigung dieser Schönheitsfehler am Militarismus wirklich von untergeordneter Bedeutung.“ (Hört! hört!) Diese Auffassung verkennt vollkommen unsere Stellung zur Wehrfrage. (Sehr richtig.) Wir bekämpfen den heutigen kapitalistischen, imperialistischen Militarismus als die Waffe der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, wir bekämpfen aber nicht die Wehrfähigkeit des Volkes. Wir wollen ja gerade nach unserem Parteiprogramm die Volkswehr, die Miliz an Stelle des stehenden Heeres, wir wollen gerade die möglichst gute körperliche und geistige Ausbildung von früherer Jugend an, die zugleich auch die denkbar größte Wehrfähigkeit des Volkes gewährleistet. Wir können nicht durch Parlamentarismus das stehende Heer von heute auf morgen abschaffen. Wir können auch nicht in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft unsere Ideale, Forderung der Volkswehr, restlos durchsetzen, aber wir haben doch die Verpflichtung, dem heutigen Militarismus durch Kritik, durch Anträge so zuzusehen, wie es nur immer angeht, und diese Kritik und die Reformen, die wir von der heutigen bürgerlichen Gesellschaft auf dem Gebiete des Militarismus erlangen, erhalten ihre Ziele und Richtlinien durch unsere programmatische Volkswehrforderung, durch unser militärisches Endziel. Dies Endziel befähigt uns, zu den verschiedensten Einzelfragen des heutigen Militärsystems Stellung zu nehmen, Forderungen zu erheben, die eine Verringerung in der Richtung zu unserem Endziel darstellen. Ist es denn überhaupt richtig, daß das Bürgertum ein Interesse an der Beseitigung des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs hat? Nein wir haben ein Interesse daran. Wir wollen die Beseitigung dieses Klassenunterschiedes beim heutigen Militär. Auch hat nicht das Bürgertum ein Interesse an der Verklärung der Dienstzeit, die es sich ja selbst für seine Klassegenossen durch die einjährige Dienstzeit verschafft, die für die meisten jungen Leute des Bürgertums eine angenehme Abwechslung bringt. Nein, im Interesse des Proletariats fordern wir die Verklärung der Dienstzeit. Ebenso liegt natürlich die Abschaffung des Zuchthauswesens im Interesse der Proletarier. Wir wollen, daß alle Soldaten gleich sind, daß nicht ein Soldat der Bürsche des andern ist. In dem Wort „Bürsche“ liegt schon eine Herabsetzung des Arbeiters, der den bunten Rock anziehen muß. Ist es nicht etwas Entwürdigendes, wenn ein Arbeiter genötigt wird, als Bürsche bei einem blutigen Leutnant Stellung zu nehmen. Und dient ferner nicht gerade das Gardevorrecht als Stütze des Imperiums unserer imperialistischen Gesellschaft. Sollte es da nicht im Interesse der Arbeiter liegen, daß wir die Beseitigung dieser Desoration verlangen. Ebenso ist die Freiheit der politischen und religiösen Genossenschaft eine Forderung, die gerade wir Sozialdemokraten stellen, genau so wie die Forderung der Beförderung nach der persönlichen Tüchtigkeit usw. Ich könnte begreifen, wenn man sagt, Ihr habt diese Forderungen nicht ausreichend genug vertreten. Aber wenn wir darauf verzichten wollten, sie überhaupt zu erheben, würden wir unserer ganzen Militärpropaganda das Rückgrat brechen. Gerade auch die vielen Indifferenten spüren in der Regel sehr aufmerksam die Ehren, wenn ein parteigenössischer Redner über das heutige stehende Heer redet, wenn er vielleicht aus Sachkenntnis heraus erinnert an die Dinge, die sich heutzutage der Soldat beim stehenden Heer gefallen lassen muß. Gerade bei dieser Kritik können wir an persönliche Erfahrungen anknüpfen, und das ist bekanntlich die beste Antikämpfung, um zu theoretischen Auffassungen hinüber zu leiten. Ich möchte im Gegenzug zu den Parteigenossen in der „Düsseldorfer Volkszeitung“ sagen, wir müssen noch viel mehr als bisher unsere volkstümlichen Militärforderungen propagieren.

Erfurter Urteil

zurückkommen, welches mir ein Schulbeispiel zu sein scheint für die Bedeutung des Parlamentarismus für die Massen und umgekehrt der Massen für das Parlament. Jene Vorgänge in den letzten Tagen der Session haben aufgezeigt, daß selbst der deutsche Parlamentarismus mehr durchzusetzen vermag, wenn er nur den entscheidenden Willen zeigt, wenn die bürgerlichen Parteien das nötige Maß von Mut aufbringen würden. Vor dem einmütigen Willen des Reichstages beugte sich die Regierung, weil sie sich in einer Zwangslage befand. Wichtig ist für uns, daß die Fraktion bei dieser Frage das ganze Vürgerturn mit verschwindenden Ausnahmen zur Gefolgschaft gezwungen hat. Unsere wochenlangen Reden vorher fanden taube Ohren. In diesem Einzelfalle rissen wir die ganzen bürgerlichen Parteien ohne weiteres mit uns. Ich behaupte, daß das nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht durch wochenlange Debatten vorher, durch unseren jahrelangen Kampf gegen den Militarismus der Boden vorbereitet gewesen wäre. Das eine ist nicht ohne das andere denkbar. Der grundsätzliche Kampf muß in und außerhalb des Parlamentes geführt werden, aber daneben hat die Reichstagsfraktion die Pflicht, jede parlamentarische Situation und Konstellation zur Erbringung von Vorteilen auszunutzen. Diese Vorteile wirken dann wieder aufsteigend und belebend auf die Massen. In diesem Fall war es ja leider nur ein kleiner Erfolg. Den besten Beweis dafür liefert das neue Urteil. Der Parteitag wird sich, ohne daß wir eine besondere Resolution dazu zu fassen brauchen, doch einig sein in der schärfsten Beurteilung dieses neuen Erfurter Urteils. (Sehr richtig!) Absolut genommen ist es ja milder, denn zwei Jahre Gefängnis sind weniger als zwei Jahre Zuchthaus. Aber relativ genommen ist es schärfer, denn während bei dem ersten Urteil die Mindeststrafen zugrunde gelegt waren, ist man dann um das Doppelte über die Mindeststrafe hinausgegangen. Es ist geradezu unerhörte, daß wegen eines erbärmlichen Wirtschaftskrisis so namenloses Unglück über zahlreiche brave Menschen gebracht worden ist, nur weil wir in Deutschland ein rückständiges Gesetz und rückständige Bestimmungen über die Kontrollversammlungen mit uns schleppen müssen, und weil in einigen Bundesstaaten zufällig die Gendarmen als militärische Vorgesetzte gelten. Also die Gegenleistung für das Volk für die ungeheuren Opfer, die ihm bei der Militärvorlage auferlegt sind, ist sehr gering, wenn wir auch stolz darauf sein dürfen, daß dieser Erfolg durch unsere Fraktion erzielt worden ist. Aber auch er wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die Massen hinter der Fraktion gestanden hätten. Freilich war das Urteil, als es im Reichstag zur Sprache kam, den Arbeitern noch nicht bekannt. Aber trotzdem standen die Massen hinter der Fraktion. Die Fraktion lehnte sich an jenen Sonnabend mit geradezu elementarer Leidenschaft gegen dieses Urteil auf, verschwunden war die Müdigkeit, die sonst bei dritten Lesungen im Reichstag Platz greift. Verschwunden waren all die Keupferlichkeiten eines letzten Verhandlungstages im Reichstag. Die ganze gewaltige organisierte Kraft und Wucht des deutschen Klassenbewußten Proletariats, die die Gegner so oft Kampfschiff hinwegzutreiben suchen, und die ihnen doch ständig wie ein Alb auf der Brust liegt, drang an jenem Sonnabend gleichsam wie eine körperliche Macht in den Reichstag ein und diktierte diese Gesetzesreform. Daraus dürfen wir den Schluß ziehen, daß ein Parlament, dem die Massen gleichgültig gegenüberstehen, ein müßiger Zeitvertreib ist, daß aber ein Parlament, hinter dem der geschlossene Wille des Proletariats anreißend und aufsteigend steht, ein wertvolles Hilfsmittel im Klassenkampf sein kann. So darf die Fraktion von den Parteigenossen verlangen, daß die Massen Anteil nehmen an dem Kampf der Fraktion. Dann müssen aber auch die Massen über das Wesen der Sozialdemokratie unermüdetlich von den Parteiorganisationen aufgeklärt werden. Umgekehrt können aber die Genossen von der Fraktion verlangen, daß die Fraktion sich lediglich als das dienende Glied des großen Ganzen ansieht und ständig die unmittebare Fühlung mit den Wünschen der Masse aufrecht erhält. Ich spreche den Wunsch aus, daß die Debatte dieses Parteitages über den parlamentarischen Bericht diese wertvolle und notwendige Gegenseitigkeit stärken und befestigen wird. (Beifall.)

Die Diskussion.

Als erster Redner in der Debatte erhält das Wort

Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin:

Wenn die Fraktion bei all ihrem unermüdetlichen Eifer und ihrer tatkräftigen Energie für die Interessen des Proletariats, die sie von neuem als die einzigen wahren Volksvertreter erwiesen haben, nicht mehr greifbare positive Erfolge aufzuweisen kann, so liegt das an der größeren Zuspitzung der Klassengegensätze infolge des Wachstums der Partei und unserer Fraktion, die die Gegner zusammenschweift und unseren Abgeordneten eine geschlossene Heilung aller bürgerlichen Parteien gegenüberstellt. Die sozialpolitische Gesetzgebung steht völlig, das Wohnungsrecht ist noch nicht da, die Konfuzenzklauselfrage noch nicht gelöst und besonders ist gerade jetzt in der Zeit der Krise das Fehlen der Arbeitslosenfürsorge zu bedauern. (Sehr richtig!) Große Anstrengungen wird es kosten, die sozialpolitische Gesetzgebung vorwärts zu bringen. Ich erkenne gern an, daß die Fraktionsmitglieder ausgezeichnete Reden gegen den Militarismus gehalten haben, die Kritik der Lüftsdorfer Parteizeitung ist verfehlt. Besonders erfreulich ist, daß es der Fraktion möglich war, wenigstens eine kleine Willehrung des brutalen Militärstrafgesetzes zu erreichen, wenn diese Willehrung auch nicht ausreichend ist, wie das neue Erfurter Urteil beweist, gegen das wir wohl auch ohne besonderen Beschluß scharf protestieren. (Zustimmung.) Ein schärferes Auftreten der Fraktion in der Wehrvorlage wäre durchaus möglich gewesen. Wenn die Geschäftsordnung des Reichstages Obstruktion auch ausschließt, so hätten unsere Genossen doch eine Offensive nach Art unserer sechs im preussischen Landtag entfallen können.

Der Redner begründet dann den Antrag 30 von Schwarzburg-Sondershausen, daß die Fraktion verpflichtet sei, bei wichtigen Bestimmungen möglichst vollständig anwesend zu sein. Wir muten den fehlenden Abgeordneten nicht Nachlässigkeit zu, Ueberbürdung mit anderen wichtigen Geschäften war schuld. Wenn aber Schulz sagte, daß das Verlangen, daß alle unsere Abgeordneten alle Tage im Reichstag seien, einen Massenstreik der Abgeordneten zur Folge haben würde, so können wir es auf den Massenstreik ruhig ankommen lassen. (Sehr gut! Zuruf: Es finden sich genug Streikbrecher! Heiterkeit.) Besonderen hat in weiten Parteilreisen das Verhalten der Fraktion in der Kaiserfestigung des Reichstages hervorgerufen. Sie blieb dem höchsten Eröffnungsakt fern, bevor sie aber wieder den Saal betrat, war die Sitzung zur höheren Ehre des Tages auf Antrag des Reichsparteitages Schulz geschlossen worden. Als Republikaner hätten unsere Genossen eine kräftige Gegenkundgebung machen müssen, hat Wilhelm II. doch die Mitglieder unserer Partei wiederholt angegriffen. Er hat die Willehrung auf die Gefühle anderer in großem Maße vernachlässigt, deshalb brauchen auch wir keine übertriebene Schonung der Gefühle der Gegner aben. Das Verhalten unserer Parlamentarier bei höchsten Kundgebungen hat schon öfter die Empfindungen der Partei verletzt und sollte generell geregelt werden. Wir wählen unsere Abgeordneten nicht dazu, daß sie außerhalb des Sitzungssaales unsere Auffassungen vertreten, sondern daß sie es innerhalb des Saales tun, insbesondere bei höchsten Kundgebungen. Sie wissen, was in Süddeutschland öfter geschehen ist. Ich bitte unsere Parlamentarier dringend, unserer grundsätzlichen Gegnerlichkeit gegenüber der monarchischen Regierungsgestalt so scharf wie möglich bei jeder Gelegenheit Ausdruck zu geben. Etwas mehr Offensive kann der Partei nur nützlich sein. (Bravo!)

Weinleber-Hamburg:

Die Parteigenossen im Lande sind unzufrieden darüber, daß bei von unserer Fraktion selbst eingebrachten Anträgen oder Resolutionen die Fraktion an der Abstimmung nicht möglichst vollständig teilnimmt. Erwartet man von den Parteigenossen Massenaaktionen, dann ist es die verdamnte Pflicht und Schuldbiligkeit der Parlamentarier auch auf dem Posten zu sein und die Interessen des Proletariats nachdrücklich zu vertreten. Wir nageln die bürgerlichen Abgeordneten fest, wenn sie wichtige Abstimmungen versäumen oder sich davon brücken, es ist traurig, wenn wir feststellen müssen, daß auch unsere Abgeordneten nicht zur Stelle gewesen sind. Bei der Interpellationsbesprechung über das Unglück auf See „Vorussia“ war es auch so, sodas der Antrag der Besprechung der Interpellation nicht genügend unterstützt wurde. Wir hoffen beim nächsten Parteitag nicht wieder solche Beschwerden vorbringen zu müssen. Ich bin mit Ueberweisung des Antrags 35 (direkte Gesetzgebung) an Vorstand und Fraktion einverstanden. Er würde das politische Interesse der Massen heben. (Beifall.)

Stengle-Hamburg:

Es ist am ersten Tage soviel von den parlamentarischen Erfolgen der Partei gesprochen worden, daß es jetzt vielleicht als Schwarzseherei angesehen wird, wenn man sagt, die Erfolge sind gar nicht so nennenswert. Einzelne Erfolge auf parlamentarischem Gebiete sind ja da, z. B. in der Frage des Kinderzuschlags-Gesetzes (Große Deiterkeit), aber in einer etwas wichtigeren Angelegenheit, bei der Militärvorlage, ist von einem Erfolge gar nicht zu sprechen. Der ganze Verlauf der Dinge und des Eingreifens der sozialdemokratischen Fraktion erscheint mir höchst unbefriedigend. Wenn gesagt wurde, daß die Klasse angenommen habe, durch die Dedung der Kosten mit Vorkonten sei das Schlimmste überwunden, so wäre das nicht einmal wahr, wenn die Vorkonten nicht wirkliche Vorkonten wären und nicht tatsächlich zum guten Teil auf die Arbeitermassen abgewälzt werden. Das Schlimmste ist die Blutsteuer, die das Volk zu tragen hat, und ich bin überzeugt, daß es unter Aufsicht aller Kräfte vielleicht möglich gewesen wäre, die Entscheidung über die Militärvorlage soweit hinauszuschieben, daß wenigstens die diesjährige Rekrutenaufhebung sich auf das bisherige Maß hätte beschränken müssen, so daß 60 000 junge Menschen vor der Kaiserne bewahrt geblieben wären. (Sehr richtig!) Jedenfalls war es Pflicht der Fraktion, dieses Ziel anzustreben. Warum ist keine Obstruktion getrieben worden? Man hält uns die hochheilige Geschäftsordnung entgegen und den noch viel heiligeren parlamentarischen Gebrauch, aber zum Teufel, man muß sich bei derartigen wichtigen Sachen über diese papierernen und sonstigen Schranken hinwegsetzen. Wenn die Geschäftsordnung auch nicht Gelegenheit zu lärmender Obstruktion bietet, so doch zur Obstruktion durch Stellung von Anträgen und namentlichen Abstimmungen. Die Fraktion hätte in der dritten Lesung bei der Wiederherstellung der von der Budgetkommission gestrichenen drei Kavallerieregimenter namentliche Abstimmung verlangen müssen, wir wissen nicht einmal, welche Fortschrittskavalleristen hier wieder umgesehen sind. Wir können ihnen dabei garnicht entgegenreten, sie können sich immer wieder ausreden.

Als Beispiel dafür, wie die Obstruktion hätte getrieben werden können, verweise ich auf die Tätigkeit der französischen sozialistischen Kammergruppe. Man stelle dort mitunter auch etwas auffällige Anträge, aber nur als Mittel der Verschleppung der Sache, bis man in eine günstige Situation hineinkäme. Etwas Ähnliches wäre auch bei uns möglich gewesen und dann hätte sich die Fraktion mit vollem Recht sagen können: Wir haben unser möglichstes getan. Dagegen hat sie sich die Anerkennung des wackelhaftesten Teiles des Freisins gewonnen, der „Vossischen Zeitung“, die nach Schluß der Session ihre Befriedigung darüber ausdrückte, daß die Sozialdemokratie von dem Mittel der Obstruktion gar keinen Gebrauch gemacht hätte. In diesen Worten liegt die Anerkennung, daß die Obstruktion möglich sei, die Sozialdemokratie aber zur großen Befriedigung des jämmerlichsten Freisins auf dieses Mittel verzichtet habe. Auch die Chemnitzer „Volksstimme“ hätte darauf hingewiesen, wie gerade die Obstruktion hätte einsetzen sollen, nachdem die letzte Diätenrate fällig gewesen sei, denn da waren die bürgerlichen Abgeordneten von einer förmlichen Wut gegen jeden Redner erfüllt, der die Verhandlungen verlängerte und sie so zwang, länger in Berlin zu bleiben, sodas die auf den Tag fallende Diätenrate ihnen verringert wurde. Das ungeliebte Wiltonische Diätenpauschale hat uns überhaupt schon sehr geschadet. (Sehr richtig!)

Weshalb haben sich unsere Parteigenossen an den geheimen Sitzungen der Budgetkommission beteiligt? Wollten sie von Bethmann und seinen Leuten, deren Unkenntnis der weltpolitischen Situation sich doch in den letzten Jahren glänzend gezeigt hat, Aufschluß über die weltpolitische Situation haben? Oder dachte man große Geheimnisse über die militärischen Vorbereitungen anderer Länder zu erfahren? Ach, wie die Spionberichte nach dem Bedürfnis zurechtgemacht werden, das wissen wir ja. Infolge der Beteiligung an den geheimen Sitzungen konnte aber der Alerwelts-Müller-Weininger behaupten, unsere Genossen hätten in der Öffentlichkeit anders gesprochen, als vorher im Dunkel der Geheimnisung. (Lebhour: Das war Schwindel.) Gewiß, aber man mußte auf ihn gefast sein. Ich möchte also anregen, daß wir uns künftig an geheimen Beratungen nicht beteiligen. Der gute Abschluß der Militärdebatte ist dem Zufall zu danken, daß das Erfurter Urteil gerade auf die letzten Tage gefallen ist. Auf die Empörung des ganzen Volkes konnte sich die Fraktion dabei nicht stützen, denn das Urteil war eben gerade erst gefällt worden. Die Fraktion war aber von dem Vertrauen getragen, das wachte sie, hätte sie aber bei der ganzen Militärvorlage wissen müssen. Bei einem solchen Vorgehen hätte sie das Vertrauen gehabt, während jetzt die Falschheit oder preussisch gesprochen die Schlappheit große Unzufriedenheit erregt hat. (Beifall.)

Lütz-Hamburg:

Begründet den Antrag 33 (Aktion auf Verbesserung des Kinderschutzgesetzes). Als Vorsigender der Hamburger Kinderschutzkommission empfehle ich Ihnen den Antrag dringend. Das Kinderschutzgesetz hat versagt, oder aber seine Durchföhrung. Die Kinderarbeit steht noch in schönster Blüte. Das Gesetz verbietet sie nicht völlig, wie es in England und einem Teil Nordamerikas der Fall ist. Das deutsche Gesetz verbietet in gewissen Betrieben nur die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren und beschränkt die Beschäftigung von Kindern über 12 Jahren, läßt aber die schamlose Kinderausbeutung in der Land- und Forstwirtschaft und in der Hausarbeit unangefastet. Dabei handelt es sich um Hunderttausende von Kindern, die billige Arbeitskräfte für die Agrarier sein müssen. Ganz schlimm ist es, daß in einigen Gewerbeten eigene Kinder schon unter zwölf Jahren, fremde Kinder aber erst über zwölf Jahre beschäftigt werden können, und als Warenträger und Woten dürfen die eigenen Kinder ohne Rücksicht auf das Alter bei Tag und Nacht beschäftigt werden. In Hamburg wurde ein vierjähriges Kind bei der Rotportage beschäftigt, so vernichtet man die Frucht bereits auf den Palmten! Die Gewerbeinspektion kann das Gesetz nicht durchföhren und die Polizeibehörden kennen es nicht, das so einem durchlöchernten Mantel gleicht. Wir fordern ein Gesetz, das der Vernichtung von Glück und Jugendsfreude, von Leben und Gesundheit ein Ende macht. (Bravo.)

Heilmann-Chemnitz:

Im allgemeinen hat die Kritik der Fraktion gegen die Militärvorlage meine volle Anerkennung. Prinzipiell bedenklich und faktisch unrichtig erscheint mir jedoch die Zustimmung unserer Kommissionsmitglieder dazu, daß sofort in die zweite Lesung der Wehrvorlagen eingetreten und nicht zunächst die Dedungsfrage in Angriff genommen wurde. (Zustimmung.) Die Fraktion begründet dies damit, daß sonst eine Pause in den Plenarberatungen eingetreten wäre, die die Zeit für die große Militärkritik der zweiten Lesung verkürzt und auf einen Zeitpunkt

verschieben hätte, wo die Protestbewegung schon abgeflaut gewesen wäre, man hätte sich dann auf die Dedungsvorlage zurückziehen müssen. Ich behaupte, daß Scheidemann gestern nach Rantsch erklärt hat, ein gesunder Organismus könne nicht dauernd in Bewegung sein. Ein gesunder Parteiorganismus muß dauernd in Bewegung sein. (Zuruf: In Bewegung!) In diesem Falle, wo in dem Augenblicke die Bewegung vollständig abflaute, als eine große Vorlage zur Beratung stand, ist Bewegung und Aufregung ganz dasselbe (Sehr richtig!) und wenn man die Laune der Fraktion damit entschuldigt, daß man sagt, ein gesunder Organismus könne nicht fortwährend in Aufregung sein, so erklärt man die Laune der Genossen, die nicht zu entschuldigen ist. Ein gesunder Parteiorganismus muß dauernd in Aufregung sein und einen Genossen, der sich angefaßt der gegenwärtigen sozialen und politischen Verhältnisse nicht aufregt, den beneide ich nicht um seine Ruhe. (Sehr gut.) Es wäre schlimm um die Fraktion bestellt, wenn sie nicht wenigstens die Macht und die Möglichkeit hätte, ihre Anträge sachlich zu begründen. Die Gegner haben ja somieso schon geschwiegen und während der ganzen zweiten Lesung kaum ein einziges Mal auf unsere Kritik geantwortet. Es ist mit Recht darauf hingewiesen, daß das Diätengesetz es außerordentlich erschwert, eine sachliche Kritik bis zum Ende durchzuführen. Wegen Ende der Session haben wir oft geradezu beschämende Sitzungen, in denen eine ganze Reihe wichtiger Fragen im Rantsch erledigt wird. Es ist Aufgabe unserer Fraktion, mit allem Nachdruck auf eine Reform des Diätengesetzes zu drängen.

Bei den Wahlprüfungen sollte die Fraktion auch den kleinsten Schein vermeiden, als ob sie aus Fraktionsinteresse und nicht aus Gerechtigkeitsinn handelt. Bei der Prüfung der Wahl von Haupt habe ich den Eindruck gehabt, als ob wir vielleicht ein klein wenig zu weit gegangen sein könnten in der Wahrnehmung des Parteinteresses und nicht scharf genug den reinen Rechtsstandpunkt betont hätten. (Widerpruch von Stadthagen.) Wir sind reich genug, daß wir uns den Luxus der Gerechtigkeit leisten können, oder besser gesagt, es entspricht nicht dem Wesen unserer Partei, in solchen Fragen Parteilichkeit zu treiben, wir haben uns vielmehr ausschließlich als Anwälte des Rechts zu fühlen. Die Anträge, die die Fraktion tabeln wollen, weil sie bei entscheidenden Sitzungen nicht vollständig genug anwesend war, sind nicht hinreichend begründet. Man kann ja, wenn die Abstimmung keine namentliche ist, nicht feststellen, wie die Fraktion vertreten war. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß bei der namentlichen Abstimmung über die Wahl von Becker-Sprendlingen von unseren 110 Abgeordneten nur 10 Mann gefehlt haben. Soviel werden wahrscheinlich immer fehlen. Dagegen haben die Freijünglinge, obwohl es sich um einen von ihnen bestreitenen Wahlkreis handelte, so zahlreich gefehlt, daß das Mandat des Reichsdeputierten für gültig erklärt werden konnte. Ich habe den starken Verdacht, daß auch bei der Abstimmung über den Antrag betreffend das Verhältniswahlrecht manche Liberale abhichtlich gefehlt haben, um einer Entscheidung auszuweichen.

Stabbe-Hamburg:

Daß die Fraktion es bei der Beratung der Militärvorlage an der nötigen Schärfe hat fehlen lassen, lag daran, daß die Arbeiterkraft sich von vornherein mit der Vorlage abgefunden hatte. Diese Auffassung hat die Reichstagsfraktion durch ihr Verhalten bei der ersten Lesung noch verschärft. Auch die Presse hat es im wesentlichen fehlen lassen. Hätte man nicht von vornherein den Gedanken propagiert: ihr braucht ja nicht zu bezagen, dann wäre nicht eine so starke Müdigkeit unter den Genossen eingetreten. Wenn solche Vorlagen wiederkommen, muß mit größerer Macht und Wucht eingegest werden. Da ist Gelegenheit gegeben, die Massen aufzurütteln. (Bravo!)

Frau Juch-Berlin:

Wir Genossinnen begrüßen den Antrag 33, denn wir, die wir in den Kinderschutzkommissionen tätig sind, haben es schmerzlich empfunden, wie vollkommen unzulänglich das Kinderschutzgesetz ist. Wir sind bestrebt, nicht nur den Segen der Kinder, sondern auch unseren Vertretern in den Landesparlamenten und im Reichsparlament Material für eine Erweiterung des Kinderschutzes in die Hand zu geben. Das Gesetz ist nicht ausgebeutet auf die in der Landwirtschaft und der Hauswirtschaft beschäftigten Kinder, und außerdem ist die Altersgrenze zu niedrig bemessen. Wir wünschen ganz allgemein eine Erhöhung der Altersgrenze auf das 14. Jahr und eine Vereinfachung der Unterscheidung zwischen eigenen und fremden Kindern. Der Fortfall dieser Unterscheidung kann ja schon durch Polizeiverordnungen bestimmt werden, wenn bewiesen wird, daß durch die starke Verwendung eigener Kinder zur Erwerbsarbeit sich offensbare Mißstände ergeben haben. Unsere Vertreter in den Stadtparlamenten sollten ihren Einfluß dahin geltend machen, daß, so lange das Gesetz nicht geändert ist, die wichtigsten auf dem Verwaltungswege etwas mehr Schutz für die Kinder herbeigeföhrt wird. (Bravo!) Es kann ja auch sonst auf dem Verwaltungswege bereits heute der Kinderschutz erweitert werden. Die Tätigkeit unserer Genossinnen in den Kinderschutzkommissionen hat außerordentlich segensreich gewirkt. Sie hat viel dazu beigetragen, den bestehenden gesetzlichen Schutz auch wirksam werden zu lassen und hat die Kenntnisse über die Bestimmungen des Kinderschutzes in weite Kreise getragen und die Einsicht der Arbeiterklasse über die Schädlichkeit der Kinderarbeit erhöht. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie deshalb, unsere Genossen und Genossinnen in den Kinderschutzkommissionen zu unterstützen und im Parlament so zu wirken, wie es Antrag 33 wünscht. Dann würden Sie dazu beitragen, daß schon in der Gegenwart ein klein wenig mehr Lebensfreude für diese Kinder geschaffen und die heranwachsende Generation gesünder an Geist und Körper geeignet wird, in unserer Arbeiterbewegung später das Fortziehen, was wir begonnen haben. (Lebhafter Beifall.)

Hammer-Essen:

Spricht gegen den Impfschwang und vertweist auf den Rechts-wirrwarr, den das Impfgesetz zur Folge gehabt hat. Tatsache ist, daß die Impfung jahrelang sehr nachlässig betrieben worden ist und daß die verheerendsten Krankheitsübertragungen stattgefunden haben. Auch seitdem wir Kälberimpfung haben, ist diese Gefahr noch nicht behoben. Möge die Fraktion im Sinne der Impfgegner wirken, vor allem dahin, daß die Wissenschaftler eingeföhrt wird.

Darf-Breslau:

Wir in Breslau sind in der übergroßen Mehrheit auch mit der Kritik der Fraktion bei der Wehrvorlage einverstanden. Auch nach den Ausführungen von Schulz muß ich die Kritik des Breslauer Parteiorgans aufrecht erhalten, wonach der Fraktionsbericht als zu lang empfunden wird. Schulz meint, man sollte von der Tradition abgehen, den Fraktionsbericht in der Parteipresse vollständig abzu-drucken. Aber der vollständige Abdruck hat doch einen gewissen Wert, zumal er im Sommer erfolgt, wo die Zeit politisch wenig bewegt ist. Schulz regte an, daß künftig der Fraktionsbericht gewissermaßen ein Reichstagshandbuch in Lieferungen darstellen soll. Damit wäre ich einverstanden, aber daneben sollte trotzdem ein kurzer Fraktionsbericht alljährlich in der bisher üblichen Form gegeben werden.

Größe-Chemnitz:

Es ist der Werbearbeit der Partei keineswegs förderlich, wenn so, wie es besonders Stengle getan hat, auf dem Parteitag behauptet wird, aus der Arbeit der 110 sei so gut wie gar nichts herausgekommen. Das ist total falsch. Richtig ist nur, daß sich im Handumdrehen nicht grundständige Reformen ermöglichen lassen. Wer aber, wie wir, das ganze Jahr in harter Arbeit im Reichstag sitzt, der merkt, daß es vorwärts geht. Mit der Zeit summieren sich auch die kleinsten Fortschritte. Ich habe gelegentlich festgestellt, daß wir allein bei dem Kolonialrat mehr als ein Duzend praktische Reformen in unserem Sinne durchgeföhrt haben. Dann kann sicherlich auch von der Arbeit anderer Kommissionsmitglieder in gleichem Maße gesagt werden. Es ist eine total irrige Kritik, von den Ergebnissen der Fraktionsarbeit als von einem Quark zu sprechen, wie

es das Braunschweiger Parteiblat! kürzlich getan hat. Dagegen muß mit allem Nachdruck protestiert werden. Ich würde mich dafür bedanken, meine Lebensarbeit für einen Quark herzugeben. Das Recht der Kritik an der Fraktion wird kein Mensch den Genossen beizubringen wollen, aber wir Abgeordneten wollen nicht nur dazu auf den Parteitag kommen, um den Prügelknaben abzugeben, sondern ich nehme für mich das Recht in Anspruch, an der Kritik wiederum Kritik zu üben und festzustellen, daß sie vielfach weit über das Ziel hinausgeht. (Sehr richtig!) Solche Kritik, wie sie der Hamburger Karl Stubbe vorhin geübt hat, hört sich zwar sehr schön an, aber anfangen können wir damit nichts. Die Arbeitsfreudigkeit wird wahrlich dadurch nicht gehoben und wir brauchen die Arbeitsfreudigkeit. In der Anerkennung der „Gleichheit“, daß die Fraktion in der zweiten Lesung gut gearbeitet habe, liegt ein herber Tadel, als ob in der ersten Lesung mangelhaft gearbeitet worden sei. Die „Gleichheit“ hat getadelt, daß wir in der Kommission nicht genügend die Begründung zerlegt haben, die von der Regierung für die Vorlagen gegeben wurde. Zu einem erheblichen Teil haben doch aber diese Kommissionöverhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden, und die Kritiker, die an der Kommissionsarbeit herumgerörgelt haben, wissen ja gar nicht, was wir eigentlich getan haben. Auch die letzte politische Arbeit Webers wird damit herabgesetzt, denn er hat in geradezu ergreifender Weise bei den Kommissionsverhandlungen in einer Rede die Scheingründe Weimanns zerlegt. Immer wieder haben wir den Staatssekretär des auswärtigen Amtes genötigt, in der Kommission zu erscheinen, und wir haben in Tönen mit ihnen geredet, die an Verbeißt wirklich nichts zu wünschen ließen. Der Kriegsminister ist von uns in einer Weise gebimft worden, wie noch niemals einem Minister zugelegt worden ist. Unsere Tätigkeit in der Kommission waren aber Grenzen dadurch gesetzt, daß die bürgerlichen Abgeordneten nicht reden wollten. Wir haben immer allein bei den Ministern anhören müssen, um die nötigen Auskünfte in tagelangen Verhandlungen zu erreichen. Deshalb hat Stengele durchaus unrecht, wenn er sagt, wir hätten die Verhandlungen durch eine Art stiller Opposition hinausziehen lassen sollen. Man kann der Kommission eigentlich nur den einzigen Vorwurf machen, daß wir davon Abstand genommen haben, etwas gar zu laut unser eigenes Lob in die Presse zu bringen.

Wenn Stengele meint, daß es möglich gewesen wäre, die Entscheidung hinauszuziehen, dann kennt er die Stimmung in bürgerlichen Kreisen nicht. Man war ja mit dem, was die Regierung forderte, noch nicht einmal zufrieden, sondern verlangte noch mehr, namentlich die Abgeordneten aus den Grenzgebieten wollten mehr Kavallerie. Die Gegner ließen uns reden, sie selbst aber schwiegen. Eine größere Geisel, als an den vertraulichen Sitzungen nicht teilzunehmen, hätten wir gar nicht machen können. (Sehr richtig!) Es wäre verkehrt gewesen, wenn wir heftige gehalten und wenn nur die bürgerlichen Abgeordneten erfahren hätten, was wirklich los ist. Gerade auf Grund unserer Kenntnis der vertraulichen Mitteilungen in der Kommission haben wir im Plenum darlegen können, daß gar keine besonderen Gründe für die Heeresvergrößerung vorliegen. Wichtig ist es, daß wir in bezug auf die Reform des Militärstrafrechts nicht viel erreicht haben, aber bei dem Wiederzusammentritt des Reichstags werden wir weiter nach dieser Richtung hin tätig sein; wir werden weiterer Kongessionen herauszuholen suchen. Selbstverständlich können wir diese Arbeit besser leisten, je wertvollere Anregungen wir aus den Reihen der Genossen erhalten.

#### Lebedour:

Einen Antrag auf Neueinteilung der Reichstagswahlkreise habe ich bereits vor mehreren Jahren ausführlich im Reichstage begründet. Die Fraktion hat in dieser Hinsicht ihre Schuldigkeit getan; es ist aber trotzdem wünschenswert, wenn auch aus der Mitte der Genossen auf das ungebührliche Unrecht hingewiesen wird, das gerade der Sozialdemokratie durch die Aufrechterhaltung der veralteten Wahlkreiseinteilung zugefügt wird. Die Kritik an dem Verhalten der Fraktion begreifen wir mit Freuden. Wenn man einmal übers Ziel hinausgeschossen wird, so erklärt sich das daraus, daß die Genossen die allgemeine Empfindung haben, daß da etwas faul ist, aber da sie nicht selbst in den Dingen drinstecken, suchen sie die Ursachen oft an der falschen Stelle. Ich stimme Rosenfeld zu, daß die Frage der Taktik gegenüber monarchistischen und geborgenen künftig geändert werden muß. Wir haben auch in der Fraktion schon darüber gesprochen, und bei Beginn der nächsten Session werden wir die Frage gründlich erörtern. Ich hoffe, daß dann beschlossen wird, daß wir künftig im Saale bleiben, natürlich nicht aufstehen, sondern sitzen bleiben. Heilmann stimme ich darin bei, daß bei den Wehr- und Defensionsvorlagen keine Trennung hätte vorgenommen werden dürfen. Verschiedene Genossen haben instinktiv gefühlt, daß wir trotz unserer 110 Mann nicht genug erreichen könnten. Die einzelnen haben es an nichts fehlen lassen, und namentlich in den Kommissionen haben wir harte Kämpfe zu bestehen gehabt. Den geheimen Sitzungen können wir nicht fernbleiben, wenn es auch unangenehm ist, daß wir das, was wir dort erfahren haben, nicht weitergeben können. Würden wir aber nicht daran teilnehmen, dann würden wir nicht erfahren, wie die bürgerlichen Abgeordneten von den Regierungsvertretern eingefesselt werden. Während der Anwesenheit war es, wenn die bürgerlichen Abgeordneten damit renommieren haben, daß, wenn die Öffentlichkeit wüßte, was in den geheimen Sitzungen bekannt geworden sei, noch mehr Kavallerieregimenter bewilligt worden wären. Schwindl war auch die Behauptung von Müller-Reinigen, wir hätten uns in den geheimen Sitzungen anders ausgedrückt als im Plenum. Als er diese ungebührliche Behauptung aufstellte und sich auf mich bezog, habe ich ihn mit in öffentlicher Reichstagsitzung in meiner gewohnten Höflichkeit (Große Heiterkeit) und mit einer Schärfe, die ich sonst gar nicht gewöhnt bin (Große Heiterkeit), vorgenommen, und da hat der Mann, dem sonst die Rede wie Wasser aus dem Munde läuft, nicht zu antworten gewagt. Trotzdem ist in der freisinnigen Presse dieselbe Behauptung wiederholt worden. Wir haben uns im Plenum natürlich genau so ausgesprochen wie in der Kommission. Wenn wir nicht so haben wirken können, wie wir es gerne wollten, so liegt das daran, daß seit den Kämpfen um den Postarat die bürgerlichen Parteien, die freisinnigen voran, die Taktik des Loschweigens uns gegenüber befolgen. Es ist ungeheuerlich, wie diese Gesellschaft aus Angst vor der Sozialdemokratie das parlamentarische System verflümmert. Eines der wesentlichsten Verschärfungsmittel für diese Verflümmung des Parlamentarismus ist das infame Diätengesetz, das nichts weiter als ein Korruptionsfonds ist, der darauf hinausläuft, daß den Abgeordneten eine Prämie dafür bezahlt wird, daß sie sobald wie möglich die Verhandlungen abbrechen. (Sehr richtig!) Wir sind damals dumm genug gewesen, diesem infamen Gesetz zuzustimmen, weil wir dessen raffinierte Wirkungen nicht durchschauen haben. Da sehen wir, was wir für naive Menschen sind. (Heiterkeit.) Die letzte Rate von 1000 Mark wird am 1. Mai gezahlt, gleichviel ob man nur noch eine Stunde oder noch 100 Tage sitzt, und deshalb wird systematisch darauf hingearbeitet, wenn der 1. Mai gekommen ist, möglichst bald Schluss zu machen. Das ist die Methode der bürgerlichen Abgeordneten, daß sie möglichst rasch die parlamentarische Arbeit einzustellen versuchen. (Heiterkeit.)

#### Adolf Hoffmann-Berlin:

Dem Wunsche, daß die Fraktion anständig bezahlet wird, werde ich, soweit es in meinen schwachen Kräften steht, willfahren. (Heiterkeit.) — Roske: Wir rezandieren uns auf dem Preussentag! Darin stimme ich Lebedour bei, daß es eine Torheit wäre, an den geheimen Sitzungen nicht teilzunehmen, denn wenn wir nicht wissen, wie die Regierung die bürgerlichen Vertreter eingefesselt hat, dann können wir sie nachher auch nicht formgerecht tadeln. (Heiterkeit.) Die Tatsache, daß bei der Abstimmung über die Resolution betreffend das Proportionalwahlrecht ein Teil unserer Abgeordneten gefehlt hat, so daß sie mit einer Stimme abgelehnt wurde, ist doch nach außen hin als Mamage empfunden worden. In der preussischen Landtagsfraktion ist es etwas glücklicherweise bisher noch nicht vorgekommen. Wenn Sie immer nur

prozentual so anwesend wären wie wir (Heiterkeit), wir sind mit wenigen Ausnahmen immer da. Wir sind sogar so eifrig, daß einer von uns in seinem Eifer versäumt hat, zur Wahl zu gehen. (Heiterkeit.) Vor dem Waffensirei der Abgeordneten, die mit ihrer Mandatsniederlegung drohen, habe ich keine Angst. Ich bin überzeugt, daß für diesen Waffensirei die Waffens noch nicht reif sind. Es besteht vielmehr eine Furcht der Parlamentarier, die mit Hilfe der Dämpfung geboren sind (Heiterkeit), vor einem Verlust ihres Mandats und im Volke herrscht die Ansicht, daß solche Abgeordneten immer erwägen, ob sie im Falle einer Auflösung auch wieder gewählt werden. Richtig ist es auch, daß die jetzigen Diäten wie Sprengpulver wirken. Das war ja die Absicht bei Einbringung des Diätengesetzes. (Sehr richtig!) In der Wehrvorlage hätte die Fraktion aggressiver vorgehen müssen, dann hätte sie die Massen auf die Beine gebracht. Wir haben so oft erklärt, daß der Parlamentarismus allein uns nicht zum Ziele führen könne, sondern daß er dazu diene, die Massen in Bewegung zu setzen, und nun sagt man umgekehrt, die Massen hätten ihre Schuldbiligkeit tun müssen, um die Abgeordneten vorwärts zu schieben. Man sollte sich doch freuen, wenn aus den Massen heraus gedrängt wird. Ich meine nicht wie Roske, die Fraktion soll weiter arbeiten mit unermüdlicher Geduld, sondern wir bitten sie, mit recht großer Ungeduld weiter zu arbeiten. (Bravo!)

#### Grumbach-Colmar

Spricht für den Antrag 34. Gegenüber der Kruppelosen Hege, die von beiden Seiten zwischen Frankreich und Deutschland betrieben wird, müssen wir mit allen Mitteln ankämpfen. In einer Schrift „Frankreichs Ende im Jahre 1917“ finden sich 2. V. folgende ganz unfahrbare Sätze, die unerklärlicherweise von ersten französischen Blättern ernst genommen sind. Es ist da die Rede davon, daß der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland zu Ende ist, Deutschland hat gesiegt: „Endlich war Frankreich verblutet, das Land entvölkert, die Saat vernichtet... die leeren Kasernen wurden mit deutschen Truppen belegt, französische Soldaten und Partisanen gab es nicht mehr.“ Selbst George Clemenceau schreibt in seinem Blatt „L'Homme Libre“ vom 27. Juli 1913 über die angebliche Stimmung der Massen der deutschen Bevölkerung Frankreich gegenüber: „Die Deutschen hassen uns so, daß sie es an allen Ecken ihrer Presse hinausstreuen, daß man sich zum Vernichtungskriege gegen uns vorbereiten muß, und wir haben mit einem plötzlichen Angriff stets zu rechnen.“ Wenn so ein führender Politiker der äußersten bürgerlichen radikalen Linken schreibt, kann man sich vorstellen, wie die wahre Situation entsteht wird. Auf der andern Seite müssen wir auch protestieren gegen die Hege, die von der pangermanistischen Presse gegen die Fremdenlegion betrieben wird — die wir gewiß keinen Grund haben, zu verteidigen —, nicht etwa, um diejenigen zu warnen, die sich verleiten lassen könnten, zur Fremdenlegion zu gehen, sondern um auf den Scheiterhaufen der Hege gegen Frankreich neues Brennmaterial zu tragen. (Sehr richtig!) Wir wünschen, daß sich Deutschland und Frankreich politisch und wirtschaftlich ergänzen. In diesem Sinne entstand die Berner Konferenz, auf der Weber unter jubelndem Beifall die Stellung der deutschen Delegierten darlegte. Nach der Konferenz hat man in der französischen Presse behauptet, die 20 sozialdemokratischen Delegierten hätten nicht die Gesamtpartei hinter sich. Ohne weiteres feststellbar ist, daß die gesamte Fraktion die Delegierten nach Bern entsandt hat. Heute gilt es zu zeigen, daß die Gesamtpartei, die 4 1/2 Millionen Parteigenossen, hinter den Delegierten stehen, die auf zukünftige Berner Konferenzen hoffentlich gehen werden. Sollen diese Konferenzen wirklich praktische Arbeit leisten, so muß ein inneres deutsches Problem, die elsass-lothringische Frage, gelöst werden. Gerade in letzter Zeit wird dort eine unbegreifliche Politik getrieben, die den Anschein erweckt, als ob die Regierung systematisch darauf hinarbeite, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich nicht erfolgt. Wir verlangen nichts als Gleichberechtigung mit allen deutschen Bundesstaaten. Wir bekämpfen den Nationalismus mit aller Schärfe. Aber wir verzichten keine Sekunde auf unsere Forderung der republikanischen Autonomie, der vollen Gleichberechtigung im deutschen Reich. Unsere Resolution soll einerseits eine Demonstration nach Frankreich hinüber sein und sagen: Alles, was über die Waffens in Deutschland gegen Frankreich, ist beispiellose Lüge und Verdrehung, ist von Leuten geschrieben, die eigentlich wegen dieser Anreizung zum Massenmord ins Zuchthaus gehörten. (Sehr richtig!) Ein großer Teil des Bürgertums denkt ebenso. Weiter ist die Resolution ein Protest gegen die Schandpolitik, die in den letzten Monaten wieder getrieben wird, und die Ankündigung von Ausnahmegesetzen in Elsass-Lothringen. Wir bitten den Parteitag, uns darin zu unterstützen, daß wir den schärfsten Kampf gegen die elsass-lothringische Regierung, die solche Ausnahmegesetze plant, aufnehmen. (Bravo!)

#### Fritsch-Liegnitz:

Die Abstimmungen über die Gültigkeitserklärung des Mandats von Wehr-Spendlingen und über die Einführung der Proportionalwahl, bei denen es sich nur um eine einzige Stimme handelte, werden der Fraktion eine Lehre sein. Bei der Wehrvorlage hat die Fraktion auch beantragt, alle landesrechtlichen Vorschriften aufzuheben, durch welche die Erstellung von Turnunterricht von der politisch oder religiösen Gesinnung der Lehrer und Schüler abhängig gemacht wird. Der Antrag ist leider nicht angenommen worden, aber da die Landtagsfraktion zu schwach ist, muß die Reichstagsfraktion gegen die kaiserliche Kabinettsorder von 1884 energisch Sturm laufen. Wir haben in Liegnitz ein geradezu erschütterndes Vorkommnis in dieser Beziehung. Unser Arbeiterturnverein Liegnitz bekam eines schönen Tages in der Turnstunde den Besuch der Polizei. Wenige Tage später kam von der Regierung ein Strafmandat gegen den Turnwart und den Gastwirt des Gewerkschaftshauses über 150 M. Geldstrafe oder 3 Wochen Haft; dagegen wurde Beschwerde erhoben, denn ein gerichtliches Urteil ist dazu nicht zu ermöglichen. Am folgenden Tage kam aber die Polizei wieder, und so ging es 7 Tage in jeder Turnstunde fort. Es kamen 7 Strafmandate von je 150 M., ehe die erste Beschwerde erledigt werden konnte. Die Strafmandate wurden zusammen also 21 Wochen Haft aus. Inzwischen wurde noch ein weiterer Turnwart bestraft, so daß in kurzer Zeit 16 Strafmandate erlassen wurden, immer mit der Höchststrafe von 150 M., zusammen also 2300 M. Geldstrafe oder 48 Wochen Haft. (Wulruf.) Der erste Turnwart, der natürlich die Strafe nicht bezahlen konnte, mußte 6 Wochen im Gefängnis sitzen. Der zweite hatte 7 Strafmandate abzusitzen, also 21 Wochen Haft. Als der Mann 4 Wochen im Gefängnis saß und der erste bereits seine 6 Wochen herunter hatte, haben wir in öffentlicher Versammlung gegen eine derartige brutale Handlungsweise protestiert, und die Folge war, daß selbst der Stadtrat von Liegnitz ins Gefängnis ging und zu dem Inhaftierten sagte, ob er nicht ein Gnadenersuch um Verkürzung der Haft einreichen wolle. Ich selbst fragte den Regierungsrat, der die Strafmandate unterzeichnet hatte, ob der Mann seine 21 Wochen Haft absitzen solle. Da sagte er mir der größten Genüßsuche: Jawohl, dagegen ist nichts zu machen. (Lebhaftes Wulruf.) Der Fall muß im Reichstag zur Sprache gebracht werden. Er muß der Fraktion den Anstoß geben, nochmals einen energischen Vorstoß gegen die Kabinettsorder von 1884 zu unternehmen, die längst ins Altertumsmuseum gehörte. (Bravo!)

#### Söllmann-Münch:

Schulz hat einen wesentlichen Teil seines Berichtes der Entschuldigung der Reichstagsfraktion über die Abstimmung der Proportionalwahl gewidmet. Seine Gründe konnten freilich nicht genügen, und Heilmann hat eigentlich die Fraktion viel besser verteidigt. In den Massen hat diese Abstimmung große Zustimmung erregt, das konnte ich selbst bei einem Vortrag vor deutschen Arbeitern in London beobachten. Ich bin aber nicht dafür, daß wir deshalb Anträge annehmen, die den Anschein erwecken könnten, als bestände ein allgemeines Mißtrauen gegen die Fraktion. Wir können im Gegenteil feststellen, daß die Wählermassen mit geradezu rückendem Vertrauen an der Fraktion hängen. Das

solte für die Fraktion eine Mahnung sein, dafür zu sorgen, daß solche Vorläufe, wie sie hier kritisiert wurden, sich nicht wiederholen. Mit diesem Wunsch können wir es aber beenden lassen und wir brauchen keine besonderen Anträge dazu anzunehmen. Wegen die Neben unserer Genossen gegen die Wehrvorlage läßt sich zwar nichts einwenden, aber jeder drauhen im Lande hat wohl das Gefühl gehabt, daß schärfer hätte aufgetreten werden müssen. In Militärtagen vermischen wir am meisten unseren Weibel, dessen Reden zu diesen Fragen nie wieder erreicht worden sind. Erst durch das Schreckensurteil von Erfurt hat die Fraktion den Ton gefunden, den sie schon bei der Einbringung der Wehrvorlage hätten finden müssen. In der Frage des Militarismus muß eine bessere Erziehung der Massen und auch unserer Parteigenossen einsehen.

Wir wollen den jungen Leuten den Militärdienst nicht verzeihen, sondern nur der bürgerlichen Refrutesurfürsorge entgegenzutreten. Die „Arbeiterjugend“ ist glänzend redigiert, aber nicht geeignet für Kinder von 14 bis 16 Jahren. Wir sollten besondere Nummern bei der RefrutesEinstellung massenhaft verteilen.

#### Vorsitzender Bod

macht dem Parteitag, der sich von den Plätzen erhebt, die traurige Mitteilung von dem Ableben des Genossen Quack, des Führers der englischen Bruderpartei. Quack war steter Gast der deutschen Parteitage und hat auch noch am Chemnitzer Parteitag teilgenommen. In Stuttgart wurde er feierlich wegen einer Rede ausgewiesen. Der englischen Bruderpartei ist die herzlichste und innigste Teilnahme der deutschen Genossen ausgesprochen worden.

#### Berten-Düsseldorf:

Leider war der Bericht der Fraktion über ihre Stellung zum Petroleummonopol sehr dürftig. Da wäre mehr Aufklärung am Platze. Im Wahlkreis Düsseldorf wurde am 27. April eine Resolution angenommen, in der die Fraktion aufgefordert wurde, schärfere Mittel bei der Bekämpfung der Wehrvorlage zur Anwendung zu bringen. Da wir in Düsseldorf außerordentlich höflich sind, war die Resolution so abgefaßt, daß sie niemanden verletzen konnte. Es wurde hervorgehoben, daß die Reden bei der ersten Lesung sehr gut und eindrucksvoll gewesen seien, daß wir aber eine schärfere Kampfesweise gegen die Wehrvorlage wünschten. In der Fraktion wurde dann erklärt, daß die Düsseldorfser ja mit der Haltung der Fraktion einverstanden seien, daß man also nicht länger darüber zu beraten brauche, was weiter zu geschehen habe. Das Mittel der Obstruktion hätte angewendet werden müssen. Ebenso wie 1902 die bürgerlichen Parteien sich von den Zwirnsfäden der Geschäftsordnung nicht abhalten ließen, ihren Willen durchzuführen, ebenso dürfte für unsere Parteigenossen die Geschäftsordnung nicht ein unüberwindliches Hindernis sein. Man sagt, der mangelhafte Versammlungsbesuch habe der Fraktion den Glanz genommen. Die fortwährende Wiederholung dieses Entschuldigungsgrundes wirkt nicht sehr imponierend. Der Militarismus kann nicht umgewandelt er muß beseitigt werden. Aus der häßlichen Raupe des Militarismus wird der schöne Schmetterling der Miliz einst kommen. Der Militarismus aber gehört zu jener Sorte von blutsaugenden Insekten, die keine Metamorphose durchmachen, die man vernichten und totschlagen muß, wenn man sie loswerden will. (Sehr richtig!) Es ist zu verstehen, wenn die Fraktion versuchte, das Los unserer Klassenossen beim Heere zu mildern. Wir begrüßen da die scharfe Kritik an den Soldatenmishandlungen, die Herbeiführung von Milderungen der Strafbestimmungen, die Erhöhung der Soldatenlöhne. Alle anderen Reformwünsche wären aber nur eine Erleichterung des Militarismus für die bürgerliche Gesellschaft, an dem Wesen des Militarismus würde nichts geändert werden. Darum dürfte der prinzipielle Kampf gegen den Militarismus bei der Wehrvorlage nicht vernachlässigt werden. In dieser Beziehung hat die Fraktion nicht das geleistet, was verlangt wurde.

Darauf vertagt sich der Parteitag auf Nachmittag.

#### Nachmittagsitzung.

Bod. Bod teilt folgendes Telegramm der Vertrauensleute der Hamburger Metallarbeiter mit: „Laut Bericht des „Hamburger Echo“ hat Genosse Bauer bei seinen Ausführungen über den Streik der Metallarbeiter wesentlich unwahre Ausführungen gemacht. Es muß ihm bekannt sein, daß der Verbandstag der Metallarbeiter die Resolution, durch welche unser Streik anerkannt werden sollte, mit 76 gegen 67 Stimmen abgelehnt hat. Außerdem haben in letzter Zeit Metallarbeiterversammlungen im Binnenlande und ihre Sympathie ausgesprochen.“

Der von Blume-Hamburg erhaltene Bericht der Mandatsprüfungskommission gibt als anwesend 15 auswärtsige Gäste, 10 Mitglieder des Parteivorstandes, 7 Mitglieder der Kontrollkommission, je 1 Vertreter des „Vorwärts“, des Parteigeschäfts Auer u. Co., Hamburg, des „Wahren Jakob“, Stuttgart, der „Neuen Zeit“, den Kontrolleur der Parteigeschäfte, ferner 387 Delegierte, darunter 37 Frauen, endlich 84 Reichstagsabgeordnete, also zusammen 500 Parteiteilnehmer an, wovon 488 stimmberechtigt sind. Sämtliche Mandate werden zunächst bis auf zwei gültig erklärt. Die Wahlproteste gegen die Delegierten Hüneke-Robe (19. Hannos. Wahlkreis) und Sprenger-Kornwestheim (2. Württemberg. Wahlkreis) werden entsprechend dem Kommissionsantrag als unerheblich und unbeschädlich zurückgewiesen.

Blume-Hamburg erucht im Auftrage der Kommission den Parteivorstand darum, Vorfrage zu treffen, daß die Formulare für die Mandate auch die Angabe der Wohnung des Delegierten enthalten. (Zustimmung vom Parteivorstand.)

Bod. Bod teilt mit, daß der erkrankte Genosse Weibel, Mitglied der Kontrollkommission, auf dem Wege der Genesung von seiner schmerzhaften Erkrankung ist und dem Parteitag zu seinen Arbeiten gutes Gedeihen wünscht.

In der fortgesetzten Debatte über den Fraktionsbericht tritt Anriem-Münch

für den Antrag 33 ein, dessen warme Befürwortung von verschiedenen Seiten ein Beweis der großen Liebe und Sympathie für die proletarische Jugend ist. Die reichstatistischen Erhebungen über die Überanreizung der Jugend unter 12 Jahren hat bisher kein Resultat ergeben. Es stellt aber seit, daß mehr als eine halbe Million Kinder im Alter von 8-12 Jahren und 146 000 Kinder unter acht Jahren in Deutschland beschäftigt sind. In Asien und Afrika kämpft die Reichsregierung gegen die Sklaverei und in Deutschland selbst haben wir

#### große Kinder-Sklavemärkte!

(Sehr richtig!) Am Bodenfer verschauern jährlich Tausende von Arbeiterkindern auf dem Sklavenmarkt (Hört! Hört!) und dann erklärt man noch, es sei eine schöne Einrichtung, daß es den Kindern möglich sei, zum Unterhalt der Familie etwas zu verdienen. Die ungeheure Schädigung dieser Kinder in der endlosen landwirtschaftlichen Arbeit ist klar. Und das nennt man eine Wohltat! Der Beschluß unserer Münchener Generalversammlung für diesen Antrag wurde von den „Christlichen“ Vätern bei zwei bairischen Wahlen benutzt, um die Bauern gegen Sozialdemokraten scharf zu machen, die angeblich nicht mehr wollten, daß die eigenen Kinder durch die eigene Familie in der Landwirtschaft beschäftigt würden. Das ist eine Verleumdung und Irreführung. Wir Sozialdemokraten haben nichts dagegen, wenn die eigenen Kinder in eigenen Haushalten kurze Zeit, in den eigenen Gärten der eigenen Landleute beschäftigt werden, aber sie dürfen nicht länger von Maschinen verkrüppelt werden. Die herrschende Gesellschaft schreit Jeder und Wardis über den Gebrauchs der Arbeiterfrau, aber sie rührt keinen Finger, wenn die Geborenen verkrüppelt und verkrüppelt werden. (Sehr wahr!) Der papierne Aiderschuh, den wir jetzt haben, genügt nicht. In Döpreußen werden Kinder von früh 6 bis abends 7, 8 Uhr zum Rübenzupfen benutzt, und die Schulen werden deshalb geschlossen. Die Folge dieser Arbeit sind Rückenverkrümmungen, der Umgang mit den Aernchten und Wägen schädigt die Kinder auch moralisch. Ist es

doch in Voralberg und Tirol vielfach vorgekommen, daß Mä-  
chen von 15 Jahren geschwängert in die Heimat zurück-  
gekommen sind, das schreit zum Himmel. Statt daß die Kreise, die  
die christliche Liebe in Erbpacht genommen zu haben behaupten,  
hier vorzugehen, um in ihren Gemeinden Abhilfe zu schaffen, mar-  
schieren sie bei der Kinderübernahme voran. Tragen sie durch An-  
nahme unferes Antrages dazu bei, daß der Staat unsere Kinder  
zu schützen gezwungen wird, dann werden wir ein geistig und  
körperlich kräftiges Volk bekommen. (Bravo.)

#### Dr. Frank - Mannheim:

Die Fraktion wird es als eine ihrer ersten Pflichten ansehen,  
den geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen und eine **energische  
Verstärkung des Kinderhauses** verlangen. Im nächsten Winter  
dürften nicht wieder alle Kräfte der Fraktion zur Abwehr neuer  
Forderungen des Militarismus in Anspruch genommen werden,  
sondern den Hauptteil ihrer Tätigkeit dürfte die **sozialpolitische  
Arbeit** bilden. Mit der bisher geübten Kritik kann die Fraktion  
im allgemeinen zufrieden sein, denn der Ton war meistens nicht  
unfreundlich. Berechtigt ist der Wunsch, daß unsere Reichstags-  
abgeordneten in Berlin anwesend sein sollen, und die Fraktion  
wird aus den hierzu gestellten Anträgen sicherlich die Pflicht ab-  
leiten, künftig noch mehr darauf zu achten, daß keiner fehlt. Damit  
man aber nicht glaube, wir hätten eine Fraktion von Schwanzern,  
will ich feststellen, daß wir den Vergleich mit den bürgerlichen  
Fraktionen auf jeden Fall aushalten können, und daß beim Besuch  
der Sitzungen die sozialdemokratische Fraktion im  
Vergleich zu anderen an erster Stelle steht. Übrigens  
ist unter den Kritikern vielleicht mehr als einer, der sich an die  
Drohtschläge und fragen könnte, ob er als Mitglied einer Stadt-  
vertretung oder einer Parteiförperschaft niemals eine Sitzung ver-  
säumt hat. (Sehr richtig!) Wir haben in der Fraktion nicht  
lauter Leute ohne Beruf, sondern der größte Teil der Mitglieder  
hat eine berufliche Tätigkeit auszuüben, sei es im Dienste der  
Arbeiterbewegung oder sonst.

Aus der Kritik gegenüber der Militärvorlage muß man  
lernen, aber es ist nicht immer leicht, denn die einzelnen Forde-  
rungen widersprechen einander nicht selten. (Sehr richtig!) Sten-  
gele hätte mehr Anträge gewünscht, die Düsseldorf Genossen wieder  
weniger Anträge. Die Begründung des Düsseldorf Antrages klingt  
recht fest und deratet. Gewisse irrtümliche totgegebene An-  
schauungen tauchen alle paar Jahre wieder auf, wie Wasserleichen.  
Wie können Genossen in einem so großen Ort glauben, es gebe  
in Widerspruch mit unserer grundsätzlichen Stellung zum Militar-  
ismus, wenn wir Reformanträge stellen? Das ist die alte An-  
schauung, die früher nicht begriffen hat, daß wir bei aller grund-  
sätzlichen Bekämpfung des Kapitalismus sozialpolitische Anträge  
stellen müssen, die scheinbar die Stellung des kapitalistischen Systems  
stärken, in Wirklichkeit aber vor allem die Arbeiterklasse stärken.  
(Sehr richtig!) Der Düsseldorf Redner hat unseren Antrag  
auf Abschaffung der Garde bemängelt. Man würde doch den Kopf  
schütteln, wenn wir auf allen Gebieten die Durchführung der  
verfassungsmäßigen Gleichberechtigung verlangen, und gerade die  
Abschaffung des Standesvorrechts nicht, das in dem Gardeprinzip  
zum Ausdruck kommt. (Sehr richtig!) Auch gegen unseren Antrag  
auf Aufhebung des Einjährigen-Vorrechts kann doch ein Sozial-  
demokrat nichts sagen. Mehr als tausend aufreizende Reden wird  
es gewiß haben, daß die bürgerlichen Parteien, die unseren An-  
trag auf einjährige Dienstzeit ablehnten, einige Stunden darauf  
vom der Aufhebung des Sonderrechts für die Söhne der Be-  
sitzenenden nichts wissen wollten. (Sehr gut!)

Wir sollten im Winter mit unserer Tätigkeit dort fortfahren,  
wo wir im Sommer aufgehört haben. Dazu ist allerdings nötig,  
daß wir von den Genossen im Lande besser unterstützt werden.  
So werden im Herbst die Debatten über den Militärdrohstoff  
wiederzukommen, wir werden von der Regierung Auskunft verlangen,  
insoweit sie der Resolution des Reichstages haltzugeben hat. Da  
sollten wir nicht bloß durch Volksversammlungen, sondern auch durch  
Vorlesungen derjenigen Genossen, die unter dem Militärdrohstoff  
sich haben, auf den Rathhäusern unterstützt werden. (Sehr  
richtig!) Man rüge, daß wir keine Obstruktion aus Rücksicht  
auf die Zwirnsfäden der Geschäftsordnung getrieben hätten. Die  
Geschäftsordnung kann von der Mehrheit wohl als Zwirnsfäden  
behandelt werden, aber für die Minderheit ist sie mehr, da kann sie  
zum eisernen Hindernis werden. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß  
die Vorwürfe wegen der Haltung der Fraktion zur Militärvorlage  
zurücktreten müssen hinter der unbestreitbaren Tatsache, daß der  
Kampf in dem einen Punkt unseres Verhältnisses zu Frankreich  
besser und planmäßiger geführt wurde als in früheren Jahren.  
Vom ersten Tage an haben wir Wert darauf gelegt, Hand in  
Hand mit unseren französischen Kameraden den Kampf zu führen.  
Der in Gemeinschaft mit den Franzosen der Öffentlichkeit  
Ausruf war eine ausgezeichnete Waffe gegen den Militarismus  
haben und drüben und machte die bekannten Behauptungen  
zu schanden, daß die Franzosen bessere Patrioten seien als  
wir oder — wir bessere Patrioten als die Franzosen, wie man das  
in Paris vorzubringen gewohnt war. Auf derselben Linie bewegte  
sich der Versuch, durch die Berner Konferenz für eine Ver-  
einbarung der beiden großen Völker zu demonstrieren und es wird  
die Genossen vielleicht interessieren, daß diese Konferenz nicht die  
letzte gewesen ist. Es sollen aufs neue die Parlamentarier der  
beiden Länder zusammengerufen werden, soweit sie der Ueber-  
zeugung sind, daß das Interesse der beiden Völker streng und unab-  
weiskbar verlangt, daß zusammengebeachtet wird und nicht gegen-  
einander. Streitfragen, über die eine Verständigung nötig und  
möglich wäre, sind genug vorhanden und ich bin überzeugt, daß das,  
was in Bern unter der hervorragenden Mitwirkung unseres Vebel  
geschaffen wurde, eine wertvolle internationale Neubildung sein  
kann. (Beifall.)

#### Cohen - Neuf:

Zweifellos hat die Fraktion manchen Fehler begangen und das  
ist auch gar nicht so schlimm; die Genossen hätten allen Anlaß,  
einer Fraktion besonders auf die Finger zu sehen, die sich ein-  
bildet, keine Fehler zu machen. Eine Anzahl Fehler müssen Sie  
der Fraktion schon zugestehen, erst wenn die Fehler das Maß des  
Erlaubten überschreiten, haben Sie bloß das Recht, ihr so den Kopf  
zu waschen, wie es einige Hamburger heute schon getan haben.  
Wenn Begriffe fehlen, dann stellt ein Wort zur rechten Zeit sich  
ein. Was heißt es, wenn Stengele verlangte, daß die Fraktion  
mit Aufbietung aller Kräfte hätte arbeiten sollen? Sogar Rosa  
Luxemburg hat in der Leipziger Volkszeitung geschrieben, daß  
nicht die Fraktion schuld sei, wenn so wenig geschieden ist, sondern  
die Gesamtpartei, die in dem Wafeler Kongress den Höhepunkt des  
Kampfes gegen den Militarismus erlebt hat, statt umgekehrt den  
Kampf von dort seinen Ausgang nehmen zu lassen. Mit Unrecht  
stellt uns Genossin Luxemburg die französischen Genossen als Vor-  
bild hin. Die Einführung des dritten Dienstjahres in Frankreich  
ist doch wohl etwas mehr als die Forderung von 138 000 Mann,  
und ich glaube, wenn man bei uns die dreijährige Dienst-  
zeit wieder einführen wollte, dann würde man  
wohl etwas ganz anderes erleben. Wir täuschen uns,  
wenn wir glauben, daß die Waffen der Arbeiter solche Antimiti-  
laristen sind, wie wir es wünschen. (Sehr richtig!) Das ist  
bedauerlicherweise nicht der Fall; es mag ein Mangel an  
sozialistischer Erziehung sein, aber er liegt vor und es  
ist etwas Wahres an dem, was Koske sagte, daß sich  
in den Grenzbezirken die Leute, auch zu uns gehörende  
Arbeiter, vor dem Feind fürchten. Wird die Frage in  
den Volksversammlungen so gestellt, dann gibt es genug  
sachliche sozialistische Agitatoren, die darauf nichts zu sagen  
wissen. Nach dem Ruf, den Genosse Hoffmann gemacht, hätte ich  
mir vorgestellt, daß er die Fraktion gründlich verbaute würde.  
(Abolf Hoffmann: Daran ist doch keine Anlaß schuld!) Ich  
bin etwas enttäuscht. Auf das schärfste protestiere ich da-  
gegen, daß Genossen, die durch die Dämpfungspolitik in den Reichs-  
tag gewählt sind, manchmal geneigt seien, sich in ihren Abstim-  
mungen nach der Dämpfungsmethode zu richten. Das muß ein

komischer Sozialdemokrat sein, der glaubt, daß ein Ab-  
geordneter so etwas täte. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Den Tadel Heilmanns an der Fraktion — nach den Kritiken  
in der Chemnitzer „Vollstimme“ hatte ich viel mehr erwartet —  
kann ich als berechtigt nicht anerkennen. Die Tatsachen haben das  
Gegenteil davon bewiesen, daß die sofortige zweite Lesung den  
Kampf abgestumpft hätte. Soll es das A und O der Bekämpfung  
des Militarismus sein, daß die Entscheidung um 2 Tage hinaus-  
geschoben wird? Kann man eine Militärvorlage nicht ebenso scharf  
bekämpfen, wenn sie von der Dedungsbehörde getrennt ist? Ich  
bin überzeugt, daß anfangs eine ganze Reihe bürgerlicher Abge-  
ordneter sich vorgenommen hatte, auf unsere Angriffe überhaupt  
nicht zu reagieren, aber die Wucht der Angriffe war so groß, daß  
sie gar nicht anders konnten, sie mußten erwidern. Die Zusim-  
mung zur sofortigen zweiten Lesung gab uns eine Frist für den  
Kampf! In bezug auf das Eintreten für Reformen stimme ich  
Frank zu. Selbst Genossin Luxemburg gibt zu, daß die Beschrän-  
kung der Dienstzeit auf ein Jahr auf dem Wege unserer Militä-  
forderung liegt. Allerdings hätte die Fraktion alles aufbieten  
sollen, um womöglich wegen der Dedeursvorlage eine Reichs-  
tagsauflösung herbeizuführen. Ich weiß, daß mancher da  
nicht zugestimmt hätte, aber ich glaube nicht, daß es sozial-  
demokratische Abgeordnete gegeben hätte, die die Auflösung  
aus Angst um ihre Mandate vermeiden wollten. (Sehr  
richtig!) Aber es lag wohl keine Möglichkeit vor, die Auflösung  
herbeizuführen. In einer Polemik gegen den „Vorwärts“ hat die  
Genossin Luxemburg behauptet, daß die Militäz in den inneren  
der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzulebenden Wider-  
forderungen gehört. Ich meine, daß die Bekämpfung der Militäz  
im kapitalistischen Staat überhaupt nicht möglich ist. Ich finde  
diese Ideologie gar nicht luxemburgisch, sondern sie nähert sich  
bedenklich der von Genossin Luxemburg bekämpften Ideologie von  
Jaures. Ich will daran nur beweisen, wie sich auch eine sehr  
kluge Frau irren kann, denn die Reichstagsfraktion hat gerade in  
dieser Frage das Menschlichste getan. (Beifall.)

#### Widj-Rühlhausen i. Ess.:

Die Aufrüttelung der Volksmassen ist deshalb nicht eingetreten,  
weil wir jahrzehntlang nur immer einzelne Nebelstände im Mil-  
tarismus hervorgehoben und die grundsätzliche Bekämpfung des  
Militarismus dabei nicht genug in den Vordergrund gehoben  
haben. Für die hierbei auftretende Unklarheit ist die Masse sehr  
empfindlich. Wenn es richtig ist, daß die Volksbewegung deshalb  
ausblieb, weil das Volk wußte, daß russische Soldaten an der Grenze  
stehen, dann ist das ein Beweis dafür, daß wir nicht genügend Er-  
ziehungsarbeit geleistet haben. Ich kann nicht verstehen, daß in der  
Kommission der Regierungsvorlage auf Verstärkung des  
Kriegsschatzes die Zustimmung der Genossen Südekum  
und Koske fand. Das verriet die Masse nicht. Den  
Herrschenden muß gesagt werden, daß wir die Waffen so  
erziehen, daß sie Putzwecken, die die Herrschenden veranstalten  
wollen, mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die Öffentlichkeit  
ist etwas Schönes, aber wir brauchen sie nicht zu überreiben, wie  
es von unseren Genossen im Reichstage beim Regierungsjubiläum  
geschehen ist. Wir müssen auch in solchen Dingen der bürgerlichen  
Gesellschaft gegenüber eine klare Stellung einnehmen. Für die  
deutsche Partei ist das eine Lebensfrage, daß wir auch dem Aus-  
lande gegenüber keinen Zweifel lassen über unsere unbedingte  
Gegnerhaftigkeit gegen den Militarismus. (Bravo!)

#### Staeffer-Berlin

begründet den Antrag Nr. 37 (Neueinteilung der Reichstags-  
wahlkreise nach dem letzten Volkszählungsergebnis). Daß unser  
Proportionalwahlrechtantrag eine so große Stimmzahl erlangt  
würde, daß wohl die Fraktion selbst nicht vermutet. Ein Antrag  
auf Neueinteilung der Wahlkreise aber wäre als  
leichter durchführbar und zweckmäßiger mit ungeheurer Mehrheit  
angenommen worden. Das Fehlen der Reichstagsmitglieder ist  
auch bei uns sehr bemängelt worden. Verfolgt man den Gedanken  
weiter, daß viele unserer Abgeordneten außerhalb des Reichstags  
im Dienste der Arbeiterbewegung tätig sein müssen, dann kommen  
wir zu bedenklichen Schlüssen. Kommt es einmal zum Massenstreik,  
dann wird auch in den Parlamenten mit aller Schärfe gekämpft  
werden müssen, und dann kann es kommen, daß der größte Teil  
der Abgeordneten durch die wirtschaftlichen Kämpfe draußen fern-  
gehalten wird. Man muß in Zukunft dafür sorgen, daß die  
Reichstagsabgeordneten nicht außerhalb des Parlaments in den  
Organisationen zuviel beschäftigt sind. Ich sage nicht, daß wir die  
Gewerkschafts- und Genossenschaftsangehörigen nicht mehr mit  
Mandaten betrauen sollen, aber es darf nicht durch Aemterhäufung  
entweder der wirtschaftliche oder der parlamentarische Kampf  
leiden. Auch die Hummel in den Stadiparlamenten beweist,  
daß wir einzelne Personen mit zuviel Arbeit belasten. Sehen Sie  
sich in Zukunft bei der Kandidatenaufstellung immer die Genossen  
vorsichtig darauf an, ob sie Zeit genug haben, die Aufgaben zu er-  
füllen, die wir ihnen anvertraut haben. (Bravo!)

Ein von Schrader-Dannover beschriebener Antrag auf  
Schluß der Debatte wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.  
Alara Zetkin: Ich habe meine wiederholt zitierten Aus-  
führungen gegen das Verhalten der Genossen in der Kommission  
nicht leichtfertig gemacht, sondern auf Grund der vorliegenden Be-  
richte. Waren sie unrichtig, so soll die Reichstagsfraktion für gute  
Berichte sorgen, damit man nicht den Eindruck der Schwäche be-  
kommt, sondern einen klaren Einblick hat in die Tugenden der  
Parlamentarier, die nicht wie die Weibchen im Verborgenen blühen  
und duften sollen. (Heiterkeit und Beifall.)

Abolf Hoffmann-Berlin erklärt, durch den Schluß der Debatte  
nicht das gekommen zu sein, die veräuserte Verhaunung der Fraktion  
nachzuholen. Ich habe nicht gesagt, daß die durch Dämpfung ge-  
wählten Abgeordneten dadurch zu einer anderen Haltung bestimmt  
werden, sondern daß sich die Meinung breit gemacht hat, daß man  
eher als vor dem Abgeordnetenstreik Furcht davor haben müsse,  
daß die durch Dämpfung Gewählten sehr leicht dazu kommen  
könnten, nicht in der richtigen Weise zu stimmen. Auch in der  
Berichterstattung wurde ja gesagt, daß wir bei einer Auflösung  
wahrscheinlich nicht in derselben Zahl wiedergewonnen wären. Das  
bestätigt, was ich gesagt habe. Die Abstimmung über die Ver-  
haltensmaßnahme hätte ganz gut durch einen Antrag auf namentliche  
Abstimmung auf einen anderen Tag verschoben werden können.

#### Deinrich Schulz-Berlin (Schlußwort):

Die Abtrennung der Dedungsvorlagen vom Fraktionsbericht  
war sehr zweckmäßig, denn sonst hätten wir wahrscheinlich eine  
reine Dedungsdebatte gehabt, während wir so fördernde Kritik  
und Anregungen gehört haben. Gätte Genosse Heine den Lieg-  
niger Turnbereinfall gesagt, so hätte er ihn sicher vorgebracht.  
Die reiche Unterstützung, die der Antrag 33 gefunden hat, wird  
den Eifer der Fraktion in dieser Richtung beflügeln. Vielleicht  
läßt sich die Sache in Form einer Resolution beim Reichsamt  
des Innern zur Abstimmung bringen. Der Bericht über das  
Petroleumgeschäft ist doch nicht dürftig, wie hier behauptet  
wurde. Er enthält nur nicht die Stellungnahme unserer Fraktion,  
weil diese erst nach der dritten Kommissionslesung festgelegt worden  
ist. Bemerkungen möchte ich zu einer an mich gelangten Anregung,  
daß es nicht möglich ist, daß in jeder Session jeder Abgeordnete  
einmal zum Wort kommt. Man darf also den Genossen, die nicht  
zum Reden gekommen sind, nicht vorwerfen, daß sie ihre Schuldig-  
keit nicht getan hätten. Unter Umständen wird der Reichstags-  
fraktion auch durch Schweigen genügt. Ich kann im Namen der  
ganzen Reichstagsfraktion sprechen, wenn ich erkläre, daß das, was  
Heilmann gegen ihre gewissenhafte Stellung bei der Prüfung  
von Wahlen gesagt hat, nicht nur vollkommen überflüssig,  
sondern in gewissem Maße sogar schädlich gewesen ist. Es  
konnte nach außen der Eindruck erweckt werden, als ob unsere  
Fraktion bei der Prüfung von Parteimandaten es an der nötigen  
Gewissenhaftigkeit hätte fehlen lassen. Ganz besonders im Falle  
S a u p t haben wir den Reichstagspunkt gewahrt. Ungerechtigkeiten

sind aber im Falle Haupt von gegnerischer Seite begangen worden.  
Mit Heilmann bedauere ich, daß der von ihm verlangte Luxus der  
Berechtigkeit von Haupt im Falle Beder an falscher Stelle aus-  
gesprochen worden ist. Ich frage die Mitglieder der Seniorenlösung,  
ob sie nicht dringend verlangen haben, daß alle Wahlprüfungen zur  
Entscheidung kämen. Aber die bürgerlichen Abgeordneten haben  
erklärt, sie könnten sich im Hinblick auf die Militärvorlage dabei  
nicht aufhalten.

Die Frage der monarchischen Rundgebungen wird  
von der Fraktion bei ihrem nächsten Zusammentreten in Ruhe und  
Gründlichkeit erörtert werden. Wir konnten eine Reihe von Uebel-  
ständen feststellen, bei der keiner von uns  
entsprechend dem Fraktionsbeschluss anwesend war und in der dann  
ohne unsere Anwesenheit die Beratung beschlossen wurde. Es  
könnte aber auch einmal etwas Besseres beschloffen werden. Die  
Fraktion wird also ihre Auffassung in dieser Frage revidieren.  
Niemand verlangt, daß unsere Abgeordneten auch anwesend sein  
sollen, wenn erste Partei- oder Gewerkschaftsangelegenheiten sie  
fernhalten oder wenn sie durch Krankheit oder durch ihren bürger-  
lichen Beruf verhindert sind. Nach den Listen über die nament-  
lichen Abstimmungen aber waren unsere Genossen fast vollständig  
vertreten. Im Lande sagt man, daß die Abgeordneten sich zu  
wenig um ihre Kreise kümmern, und man sagt: was braucht ihr  
110 alle im Reichstag zu sein? Weigert man sich, in den Wahl-  
kreis zu kommen, so werden einem von den Wählern Barmärkte  
gemacht. Geht man aber in den Wahlkreis und verläßt dadurch  
eine Reichstagsitzung, so wird einem auf dem Parteitag der Kopf  
gewaschen. Ueberspannen Sie also den Bogen nicht und verlangen  
Sie von unseren Abgeordneten nicht, im Reichstag ununterbrochen  
anwesend zu sein, wie hier gefordert worden ist. Sie wissen ja  
nicht, was für ein Opfer es ist, wenn man von der ersten bis zur  
letzten Minute im Reichstag sein soll. Kennen Sie Erberger,  
den Marxenden und rasselnden Nebenmörder, den Polizei-  
präsidenten des Grafen Westarp, die schickintigen Wibe Certeis, die  
Cedereien eines Werner-Berdsch und Rumm oder das pastorale  
Pathos eines Biemer? Würde es sich nur um die Reden von  
Parteigenossen handeln, dann wäre es etwas anderes. Hier auf  
dem Parteitag, der nur sechs Tage dauert und wo nur wohl-  
überlegte, glänzende Reden von Sozialdemokraten gehalten werden  
(Heiterkeit), sieht man auch viele, die nicht da sind. Im Reichstag  
nun gar sechs bis acht Monate die Reden von Bürgerlichen an-  
hören, das hält kein Viech aus. (Heiterkeit.)

Wir müssen alles tun, um das unwürdige Diktat  
gesetz zu reformieren. Natürlich sind wir durch dieses fortum-  
weirnde Gesetz in keiner Weise beeinträchtigt worden. Ich bestreite,  
daß die Taktik bei der Behravorlage lau und schleppend war. Die  
Kritiker haben ihr Urteil nicht begründet. Selbstverständlich haben  
wir auch die Obstruktion erzwungen, und gerade hierbei war  
Vebel's Einfluß entscheidend. Aus seiner reichen parlamenta-  
rischen Erfahrung und seiner Kenntnis der Geschäftsordnung hat  
er den Nachweis geführt, daß an eine Obstruktion nicht zu  
denken sei. Eine namentliche Abstimmung über die Kavallerie-  
regimenter hätte die Entscheidung nur um eine Stunde hinaus-  
geschoben. Lange Reden? Die Fraktion tat, was sie konnte.  
Koske sprach 4 1/2 Stunden, das ist keine Kleinigkeit. Wir sollen  
die Zwirnsfäden der Geschäftsordnung wie 1902 zerreißten? Da-  
mals änderte eine bürgerliche Mehrheit die Geschäftsordnung. Was  
sollen wir 110 gegen 287 machen? Vebel hat den Reformierer  
der Fraktion gerügt. Wir sind uns grundsätzlicher über die Be-  
deutung des Militarismus einig. Unsere Reformanträge aber haben  
wir so einzurichten, als ob wir am morgigen Tage unsere Forde-  
rungen durchzuführen vermögen. Eine grundsätzliche Kritik kann  
nur an das Vorhandene anknüpfen und sagen, wie es besser sein  
soll. Heilmann hat seine Stimme gegen das Verhalten der  
Fraktion nach Beendigung der ersten Lesung der Behravorlage in  
der Kommission erhoben. (Vedebour ruft: Mit Recht!) Genosse  
Vedebour gehört darin zu einer unbedeutenden Minderheit der  
Fraktion. Vorsicht ist der bessere Teil der Tapferkeit. Heilmann  
hat vorsichtig gemeint, wenn die Fraktion durch ihre Taktik den  
kleinen Gewinn erzielt, die Regierung zur Annahme einer Reichs-  
erbschafts- oder Reichsvermögensteuer zu veranlassen, dann mag  
der Erfolg der Taktik ihr Verhalten rechtfertigen. Damit hat er  
seine Kritik selbst desavouiert. Ueber die Taktik hat die Fraktion  
stundenlang sehr heiß, aber sehr sachlich diskutiert. Es handelte  
sich dabei nicht um die alten Richtungsunterschiede, die sonst wohl  
eine Rolle gespielt haben. Nach Vedebour besteht das Gefühl in der  
Partei, daß etwas faul sei, aber auch Vedebour hat nachgewiesen,  
daß diese Richtung nicht auf die Fraktion zurückzuführen sei,  
sondern daß sie eine Folge der Verflüchtigung des bürgerlichen  
Parlamentarismus wäre. Das können wir ruhig anerkennen.  
Aber die Fraktion ist nicht schuld, und durch sie allein sind diese  
Nebelstände nicht zu beseitigen, sondern nur durch unsere ganze Partei-  
tätigkeit kann das versucht werden. Die Fraktion hat für ihre zu-  
künftige Tätigkeit durch die Diskussion reiche Anregung erhalten  
und wird ihre Arbeit mit verstärktem Eifer fortsetzen.

Heilmann-Chemnitz (persönlich): Meine Worte über die Wahl-  
prüfungen waren außerordentlich vorsichtig formuliert. Es ist mir  
nicht eingefallen, der Fraktion irgendeine Ungerechtigkeit vorzu-  
werfen. Ich habe als bekannt vorausgesetzt, daß die Konservativen  
mitten in einer Debatte beantragten, die Prüfung der Wahl  
Haupt auf die Tagesordnung zu setzen. Dagegen haben wir mit  
Recht gestimmt, weil wir den Gegnern einen solchen Gefallen nicht  
zu tun brauchen, und schon gar nicht mitten in einer anderen  
Debatte. Ich kann nicht finden, daß die Warnung, sorgfältig auch  
auf die Vermeidung des Scheiterns einer Ungerechtigkeit zu achten,  
ungeeignet sein könnte, unsere Fraktion irgendwie zu diskreditieren.  
In meiner Absicht hat das jedenfalls nicht entfernt gelegen.

Birkholz-Hamburg zieht den Antrag 28 zugunsten des An-  
trags 29 zurück.

Die Anträge 27, 32, 33, 35 und 37 werden der Fraktion  
zur Erwägung überwiesen, die Anträge 29 und 30 werden  
abgelehnt, die Anträge 31 und 34 angenommen. Damit  
ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Auf Vorschlag des Bureaus wird darauf der Antrag 104\* zur  
Debatte gestellt.

#### Genossin Reike-Begehd:

Die Internationale Frauenkonferenz in Kopenhagen hat den  
Wunsch geäußert, daß alljährlich in den Ländern, wo von einer  
proletarischen Frauenbewegung gesprochen werden kann, ein  
Frauentag abgehalten werden möge. Deutschland hat diesem  
Wunsch Rechnung getragen und hat durch die Erfolge seiner  
Frauentage Vorbild für die anderen Länder gewirkt. Die  
Frauentage haben nicht nur dort, wo sie gut vorbereitet waren, zur  
Gewinnung neuer Mitglieder geführt, sondern auch dazu, daß wir  
die organisierten Genossen disziplinieren konnten. Diese Fort-  
schritte konnten nur durch die Unterstützung der Genossen erzielt  
werden. Wir halten an der alljährlichen Wiederholung des Frauen-  
tages nicht unbedingt fest, aber die 27 weiblichen Delegierten sind  
der Ueberzeugung, daß wir 1914 den Frauentag abhalten müssen,  
damit dann auf der Internationalen Konferenz in Wien eine  
internationale Verständigung der Frauen erfolgen kann. Die  
Frauentage brauchen nicht an einem bestimmten Tag überall statt-  
zufinden; vielmehr muß uns eine ganze Woche zur Auswahl zur  
Verfügung stehen mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die die  
Referenten, die Lokalfrage und sonstige örtliche Verhältnisse be-  
treffen. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. (Beifall.)

\* Der Parteitag beschließt für das Jahr 1914 die Abhaltung  
eines Frauentages. Er gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß bei  
guter Vorbereitung die agitatorischen und organisatorischen Er-  
folge die aufgewendete Mühe belohnen werden. Außerdem darf  
nicht das gute Beispiel vergessen werden, daß der Frauentag der  
deutschen Sozialdemokratie ein ermutigendes Vorbild für andere  
Länder ist, wo die proletarische Frauenbewegung noch der Stärkung  
bedarf.  
Johanna Reike und Genossen.

(Schluß in der 2. Beilage.)

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Helene Brandenburg-Hamburg:

Wir gehen bei unserem Antrag davon aus, daß die Jugendbewegung von den Frauen unterstützt werden muß, daß sie ohne unsere Unterstützung nicht die notwendigen Fortschritte machen kann.

Auer-München:

Gewiß muß die Agitation unter den Frauen und den Jugendlichen noch bedeutend mehr gefördert werden, aber ich halte es für verfehlt, wenn wir uns heute schon einen Beschluß auf etwas binden, was wir vielleicht auszuführen nicht in der Lage sind.

Minna Reichert-Berlin:

Ich bitte, diesem Antrag nicht stattzugeben. Mit solchen Ueberweisungen an den Parteiaussschuß haben wir nicht allzu gute Erfahrungen gemacht. Worin hat der Mißerfolg des Frauentages im vorigen Jahre gelegen? (Zuruf: War es denn ein Mißerfolg?)

Ludwig Hagen:

Es wäre sehr zweckmäßig, wenn die Genossen sich ein klein wenig die Philisterhaftigkeit der Bürgerlichen abgewöhnen und die Frauenbewegung etwas mehr beachten würden. Rauscher von uns, der sich mühselig mit den Genossen abquält, weiß gar nicht, welche Hilfe er bekommen würde, wenn der Frauen- und Jugendbewegung mehr Aufmerksamkeit gewidmet würde.

Kaule Sieb-Verlin:

Es ist gefagt worden, an vielen Orten und von vielen Genossen würde die Frauenbewegung nicht genügend unterstützt. Zu einem Urteil darüber ist wohl diejenige am kompetentesten, in deren Händen alle Fäden zusammenlaufen. Und da muß ich hier sagen, daß ich bei meiner Tätigkeit, wenn ich Anregungen gegeben habe, in den verschiedensten Bezirken bis heute noch nirgends auf Widerstand gestoßen bin.

büßen, und das Interesse an dieser Demonstration für die Gleichberechtigung der Frauen könnte schwinden, weil man immer dieselbe Tagesordnung auf den Frauentagen haben müßte. Dieser Grund hat obenhin betrachtet etwas für sich. Aber wir haben auf unseren Frauentagen bisher schon und werden auch weiterhin nicht nur die Forderung des Frauenwahlrechts erörtern, sondern die politische Situation berücksichtigen.

Mara Jettin:

Ich möchte der Anregung beitreten, die von der Genossin Jich bereits ausführlich begründet worden ist, daß der Parteitag sich heute lediglich im Prinzip für die Veranlassung eines Frauentages im Jahre 1914 ausspricht, daß er aber die Durchführung des Beschlusses dem Parteivorstand und dem Parteiaussschuß überträgt.

Helene Gröndberg:

Wenn der Parteiaussschuß beschließen hat, daß ein Frauentag im kommenden Jahre nicht stattfinden soll, dann weiß ich nicht, welche Gründe ihn dazu geführt haben. (Zuruf: Das stimmt ja nicht!)

sein. Er hat bei uns zum dritten Male stattgefunden. Das erste Mal fand die Versammlung am Sonntagvormittag in einem Saale statt, der 2500 Personen faßt; der Saal war gestopft voller Frauen. Im zweiten Jahre hat der Besuch etwas nachgelassen. Im dritten Jahre hatten wir beantragt, es sollten zehn Versammlungen stattfinden, und zwar am Montag abend. Die Genossen waren zum Teil dagegen, aber alle zehn Versammlungen waren überfüllt.

Genossin Wrensdorf-Lichtenberg:

Es ist ein verkehrter Standpunkt, wenn der Parteiaussschuß den Frauentag mit der Begründung ablehnt, daß durch die wiederholte Abhaltung keine Wirkung abgesehen würde.

Kosmann-Ulm:

Man soll für irgend welche Gruppen keine Extrawürste braten, am wenigstens für das weibliche Geschlecht, das ja sehr leicht geneigt ist, die ganze Hand zu nehmen, wenn man ihm den kleinen Finger reicht. Ich beurteile es, wenn man innerhalb unserer Organisation eine Sonderorganisation der Genossinnen schaffen will.

Adolf Hoffmann-Berlin:

Nachdem die Genossinnen Jich und Jettin in begeisterten Worten für die Sache der Frauen eingetreten sind, hätte ich eigentlich nicht nötig, hier noch etwas zu sagen. Ich will nur auf einen Mißstand aufmerksam machen, der uns schwer schadet, weil er viele Frauen von uns zurückhält.

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag 104 wird zugunsten des Antrages 7 zurückgezogen. Der Antrag Gröndberg, der Parteitag möge im Prinzip die Abhaltung eines Frauentages im Jahre 1914 zustimmen und die praktische Durchführung dem Vorstand und Ausschuss überlassen, wird angenommen.

Darauf verlagert der Parteitag die Verhandlungen auf Donnerstag. Schluß 6 Uhr.

Richtigstellung. In dem Bericht über die Sitzung des Parteitag vom Montag heißt es in meiner Rede: „Über im Pressebureau sitzen nur drei Redakteure, deren Arbeitszeit 13 Stunden beträgt und die im Sommer nur alle fünf Tage einen freien Tag haben.“

Soziales.

Wie man die Arbeitslosigkeit aus der Welt schafft, dafür hat die Polizei in Schweinfurt ein verblüffend einfaches Mittel entdeckt. Mitte Juli beschuldigte ein 20jähriger Arbeiter, sich auf die Wanderschaft zu begeben, er kam aber von diesem Vorjah wieder ab und erhielt 14 Tage später von der Polizei den Auftrag, sich um Arbeit zu bemühen.

„Sch. B., Arbeiter, wohnhaft in Schweinfurt, ist nach einer Anzeige des Stadtmagistrats hier vom 18. August beschuldigt, bis zum 2. August 1913 nach Verzicht seines bisherigen Unterkommens innerhalb der ihm vom Stadtmagistrat Schweinfurt unter dem 28. Juli gesteckten Frist sich ein anderweitiges Unterkommen nicht verschafft und sich dadurch gegen die Vorschriften des § 361 Z. 8 Strafgesetzbuch verkehrt zu haben.“

Aus Industrie und Handel.

Der Arbeitsmarkt im August.

Nach vorläufiger Mitteilung des kaiserlichen Statistischen Amtes auf Grund der Berichte für das Reichsarbeitsblatt war der Beschäftigungsgrad im allgemeinen ausreichend. Die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes im August zeigte sich gegenüber dem Vormonat nicht in einheitlichem Sinne verändert.

Die an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Krankenkassen hatten am 1. September 1913 5 296 645 beschäftigte Mitglieder oder 19 105 mehr als am 1. August 1913, und zwar hat die Zahl der männlichen Mitglieder um 0,23 Proz., die der weiblichen um 0,67 Proz. zugenommen.

Nach den Berichten von 15 größeren Arbeiterfachverbänden zusammen 1,7 Million Mitgliedern waren Ende August 1913 14 984 oder 2,6 Proz. der Mitglieder arbeitslos gegenüber 2,6 Proz. Ende Juli 1913 und 1,60 Proz. Ende August 1912.

Bei 300 öffentlichen Arbeitsnachweisen mit 141 939 Vermittlungen kommen im August auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 167, bei den weiblichen 98 Arbeitsgelegenheiten.

entsprechenden Ziffern des Vormonats waren 174 und 103. Hiernach hätte der Anbruch männlicher wie weiblicher Arbeitssuchender nachgelassen. Ein solches Nachlassen pflegt alljährlich vom Juli zum August einzutreten.

Die Berichte von industriellen Firmen und Verbänden über die Lage des Arbeitsmarktes im August lauten verschieden. Ueberwiegend günstig sind die Berichte aus dem Kohlen- und dem Eisenbergbau, aus der Automobil- und der elektrischen Industrie.

Von 233 Firmen ist die Arbeiterzahl angegeben. Es ist also eine Vermehrung gegen den August 1912 um 6,47 Proz. eingetreten, während für den Juli eine Zunahme gegenüber dem Vorjahre um 5,20 Proz. und für den Juni eine solche von 6,52 Proz. zu verzeichnen war.



Gewerkschaftliches.

Ausländische Arbeiter als Lohnrücker.

In einem Beleidigungsprozeß, den die Halzziegelabrik Ludowici in Fodgrim (Pfalz) gegen den Genossen Steffen als Verantwortlichen unseres Pfälzischen Parteiorgans angestrengt hatte, wurde die traurige Lage ausländischer Arbeiter, die zum Zwecke der Lohnrückerei nach Deutschland importiert werden, in trauerlicher Weise beleuchtet.

In der Verhandlung wurde u. a. auch ein Vertreter des Betriebes zeugeneidlich vernommen. Dieser sagte aus, daß die galizischen Arbeiter nur eingestellt worden seien, weil die Firma einen Streik befürchtete. Weiter befandete der Zeuge, daß sich die Firma um die Entlohnung dieser galizischen Lohnrücker überhaupt nicht kümmere.

Die Firma umgeht mit diesem Vertrag, den sie mit den beiden Arbeitervermittlern abschloß, unzweifelhaft das gesetzliche Verbot des Trudsystems. Im übrigen ist hier wieder eine treffliche Illustration dazu gegeben, wie es bei uns bis auf die Knochen patriotischen Unternehmern mit dem von ihnen immer so sehr betonten Schutze der nationalen Arbeit in Wirklichkeit aussieht.

Das Urteil lautete wegen formaler Beleidigung auf 50 M. Geldstrafe oder zehn Tage Haft und Veröffentlichung des Urteils in der „Pfälzischen Post“.

Berlin und Umgegend.

Tariffbewegung der Autogenschweißer.

Die im Deutschen Metallarbeiterverbande organisierten Autogenschweißer sind in eine Tariffbewegung eingetreten. Bisher bestand für sie noch kein Tarif, da das Verfahren des Autogenschweißens erst seit einigen Jahren in Anwendung kommt und die Branche der Autogenschweißer darum noch jung ist.

Kleines feuilleton

Der Kontrollierte. Da ist die Berliner Straßenbahn... Aber es wird ja auf den anderen Bahnen nicht viel anders sein... Also da sitzen nun die Leute da und träumen und glocken und unterhalten sich und manche lesen — Auf einmal betritt ein uniformierter Mann den Wagen und sagt: „Die Fahrkarte bitte!“

Schuldlos wählt alles in den Taschen. Alle reichen das schändliche Papier dem Beamten hin. Nur einer hat seinen Fahrschein verloren.

Es ist doch ein Bedientenbott, das deutsche. Denn nun sehen alle den Mann an, als ob er ein Verbrechen begangen habe. Denn sie blicken sich ein, der Beamte kontrolliere sie. Dabei ist der Beamte höflich und tut eigentlich nichts, was diesen Aberglauben verstärken könnte.

Sie blicken sich. Sie bekommen einen roten Kopf. Der Herrler einen dunkelroten. Er entschuldigt sich. Er sagt nicht: „Ich hab ihn verlegt, ich werde meine halbes nachbezahlen.“ Er fühlt sich ertappt. Man sollte nicht denken, einen Erwachsenen vor sich zu haben, der vielleicht eine Frau hat, Kinder, die er ernähren soll, Angehörige, die er anschnauzt.

Eine Kleinigkeit, eine Belanglosigkeit, gewiß. Aber doch wieder eine einfache Beobachtung des täglichen Lebens, die zeigt, wie hier der Einzelne gar nicht erst mag, zu sagen: „Gottlob! Hier bin ich!“

Theater.

Deutsches Künstler-Theater Soziale: „Wilhelm Tell“ von Schiller, inszeniert von Gerhart Hauptmann. Die alte Garde Brahms, Hauptmanns, des Naturalismus, sieht auf neuem Grund um neue Vorbeeren. Der Kranz, den sie sich im ersten Vortrage geholt hat, ist nicht in allen Blättern grün, aber ein Siegeskranz ist es.

Schmerzen der Gastwirte.

In der Nr. 431 der „Berliner Volks-Zeitung“ vom 14. September d. J. ist in einem Versammlungsbericht des Vereins der Saalbesitzer von Berlin und Umgegend die Mitteilung enthalten, daß die Kellnerstreiks der letzten Zeit das Polizeipräsidium veranlaßt hätten, gegen den sogenannten „Koten Kellnerverband“ vorzugehen.

Wir begreifen den Schmerz des Herrn Volter, der als Vorsitzender obigen Vereins seinen Mitgliedern diese Mitteilung machte. Jenen Herren ist es unverständlich, daß die Gastwirte sich um Selbsthilfe griffen, als die Unternehmer freiwillig zur Verbesserung der miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht das geringste tun wollten.

Und weil nun die Gastwirtsgehilfen nicht mehr nach der Pfeife der Arbeitgeber tanzen wollen, deshalb das Bestreben, der Bewegung der Gastwirtsgehilfen mit allen scharfmacherischen Mitteln Einhalt zu gebieten. Eines dieser Mittel wird wohl auch das Antikambrieren beim Polizeipräsidium sein, was ja mit Deutlichkeit aus dem ominösen Versammlungsbericht hervorgeht.

Im übrigen sind wir an Erlasse und Verbote vom Polizeipräsidium her hinreichend gewöhnt, so daß auch eine etwaige derartige Mißleistung gegen unseren Arbeitsnachweis uns in unserem Fortschritt nicht aufhalten kann. Im Gegenteil, sie würde uns das beste Agitationsmaterial bieten.

Interessant ist diese Scharfmacherei um so mehr, als die Mitglieder des Saalbesitzervereins missant Herrn Volter vorwiegend auf die Loyalität der Arbeiter angewiesen sind. Zur Beruhigung wollen wir Herrn Volter und seinem Anhang aber noch mitteilen, daß der Arbeitsnachweis nicht das Objekt ist, an dem der Verband zu Grunde gehen würde. Im Gegenteil, wir sind immer bereit, die Verbandsarbeitsnachweise zu gunsten gemeinsamer paritätischer Nachweise aufzugeben.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Dreißerverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Stettiner Hafenarbeiter sind gestern in den Ausstand getreten, da die städtischen Körperschaften nicht alle von ihnen gestellten Forderungen bewilligt haben. Im Freiheitskreis sind von 900 Arbeitern etwa 600 ausständig. Die Verwaltung kann augenblicklich nur die dringendsten Schiffsabfertigungen vornehmen, hofft aber, in etwa zwei Tagen den gesamten Bedarf an Arbeitskräften gedeckt zu haben.

Die Bauarbeiter in Hadmersleben (Regierungsbezirk Magdeburg) streiken schon seit drei Wochen die Bauarbeiter wegen Nichtbezahlung der tariflich festgelegten Löhne. Viele der Streikenden arbeiten abjährlich zur Zeit der Zuckerkampagne in den Zuckerrübenfabriken des Ortes und der Umgegend. In diesem Jahre — die Kampagne hat vor wenigen Tagen begonnen — werden die Arbeiter meistens von den Zuckerrüben zurückgewiesen. Inzwischen ist anzunehmen, daß sich die Zuckerrüben nicht aus purer Liebe zu einem tarifbrüchigen Bauunternehmertum der Gefahr aussetzen werden, die Kampagne nicht durchführen zu können.

Ein Nachspiel zum Oberlausitzer Braunkohlenarbeiter-Streik

bildete ein Schadenersatzprozeß, der sich bis jetzt vor dem Landgericht Baunzen hingezogen hat. Im Sommer 1911 streikten mit den übrigen Bergarbeitern des Reviers auch die des Braunkohlen- und Brickettenwerks Herules in Girschfelde. Hier wurde der Kampf besonders scharf geführt, da der bekannte Direktor Faber alles daran setzte, damit die Bergarbeiter im Kampf unterliegen sollten.

Den Kern der Regiererei, die Hauptmann leitete, verrät die Art, wie die Hauptgestalten der schweizerischen Volksbewegung angepaßt sind. Das Ganze sollte ein Ausdruck urchimlicher Lust werden, die schwer und allmählich in Bewegung gerät und dann mit entschlossenem Ungestüm losrast. Nicht im pathetischen Ausdruck, der, rühmlich auf eine Einheit gebracht, überall aus der Masse auflodert, soll diese Leidenschaft versinnlicht werden.

Die hinführenden Sätze Schillers wurden sinngemäß in Teile zerlegt gesprochen, und nicht zum Schaden des Dichters: soweit die Arbeit gelingen konnte, wurde der Dichter reicher lebendig, als ihn die frühere Art, seine Verse zu sprechen, ausschöpfen konnte. In horrigem Wuchs erstand so der Staufacher Otto Berthold, dieser Bauernkoloss, dem sich die Runge nur schwer, aus stotterndem Suchen zum Worte löst, dann der Tell Heinrich Rarrs, diese bergmächtige, im ersten Auftreten fast überzahlbare wirkende Gestalt, in der Besonnenheit und innerer Sicherheit sich paaren, beide die eigentlich tragenden Quadern der Inszenierung, beide herausgearbeitetes Individuum und zugleich Massenelement in vollendet verkörperter Erschlossenheit, beide neue Gebilde auf altem Grunde.

Die Grundstimmung, die das Werk durch die Aufführung empfangen sollte, wurde schnell durch die ersten Szenen festgelegt. Der Aufbau ging auf gigantische Formen aus. Die Bergmassen, Mattensflächen, Felsstücke, Räume, Häuser, alles suchte die maßige Pracht. Im Kaiserlichen war in einzelnen Wichtigen stierend mitlungen. Einiges — die Dämme der Apfelschuhzene — wirkte unfertig und konnte nur der Arbeit nach, die nichts als das Wesentliche geben wollte, gelten. Höchstes erreichte die Darstellung in der ersten Staufacherzene und dann bis zur Rützigzene hin. Die Massen-szene des Zwingersbaus war überwältigend entwickelt, und dies Urteil

Fabers Verhalten große Erbitterung geltend gemacht hatte erscholl, nachdem Faber mit seinen Streikbrechern schon zirka 80 Schritte weit entfernt war, ein Jurat. Das gab Veranlassung zu dem Kommando: „Alle Mann zurück, haut ein!“ Die Polen, die mit Ämtelein, Drahtseilenden und Schlagringen ausgerüstet waren, stürzten zurück und hieben auf alles ein, was sich ihnen in den Weg stellte. Eine ganze Anzahl Personen wurde schwer verletzt. Unter anderen erhielt ein Arbeiter eine acht Zentimeter lange Schlagwunde am Kopf, ein zweiter hatte Stichwunden im Arm und in der Brust, und dem Bergarbeiter Hoffmann aus Seitendorf wurde das rechte Auge ausgeschlagen. Das alles geschah in wenigen Minuten. Als Faber dann bei seiner Kolonne wieder angelangt war und mit den Worten: „Aufhören, gut nun!“ die Ruhe wieder herstellte, da hatte ein unbeteiligter Bildhauer die Gewißheit erlangt, daß Faber das erst erwähnte Kommando gegeben hatte, wenn er ihn auch schon vorher an der Stimme erkannt hatte.

Hoffmann, dem der Bergarbeiterverband Rechtschutz gewährte, klagte nun gegen Faber auf Zahlung von 1500 M. Schmerzensgeld und 800 M. jährliche Rente, weil er dauernd zum Krüppel geworden war und als Bergarbeiter gar keine und sonstwie nur schwer Arbeit finden würde. Faber wurde der Anklage zur Körperverletzung beschuldigt. Der Verletzte hatte zwei Zeugen zur Seite, die bestimmt aussagten, das Kommando habe Faber gegeben. Auch Hoffmann war bereit, zu beschwören, daß er Faber an der Stimme bestimmt erkannt habe, er kam aber nicht zum Schwur. Der Beklagte brachte ebenfalls eine Anzahl Zeugen, teils polnische Arbeiter, teils Angestellte des Heruleswerkes. Ihre Aussagen standen im Gegensatz zu den Aussagen des Zeugen Hoffmann.

Hiernach sah das Gericht die Sachlage nicht für geklärt an und schob Faber den Eid darüber zu, daß er das Kommando nicht gegeben habe. Faber leistete trotz der bestimmten Aussagen der Hoffmannschen Zeugen den Eid und nun stellte sich das Gericht auf den Standpunkt, daß Faber die Äußerung nicht getan habe.

Was den Unbeteiligten merkwürdig berühren dürfte, ist die Tatsache, daß man Hoffmann nicht schwören ließ, ja ihn nicht einmal zur Gerichtsverhandlung zuließ, während Faber, der doch ein großes Interesse an dem Ausgang des Streites hatte, zum Schwur zugelassen wurde. Das Gericht unternahm in der Begründung für die Abweisung der Klage sogar noch einen besonderen Rechtfertigungsversuch für Faber.

Der Metallarbeiterstreik in Achersleben.

Der vor einigen Wochen in der Maschinenbauanstalt A.-G. zu Achersleben ausgebrochene Streik der Former wächst sich ansehnend zu einem härtnächtigen Arbeitskämpfe aus. Die Ursache des Streiks lag darin, daß die Betriebsleitung wegen der Einführung von Prehluststempeln die Akkordlöhne um 10 Proz. herabsiezen wollte, welchen Prozentanteil die Arbeiter für zu hoch hielten. Verhandlungen mit der Direktion sind bisher ergebnislos gewesen, vielmehr hat der Streik dadurch eine Ausdehnung erfahren, daß sich die im mechanischen Betriebe beschäftigten Arbeiter mit den Streikenden solidarisch erklärten. Dreher, Schlosser, Zuger haben infolgedessen ebenfalls die Arbeit niedergelegt und die im Betriebe beschäftigten Holzarbeiter haben sich gleichfalls schon mit der Frage beschäftigt, ob sie einen Solidaritätsstreik führen sollen. Die Zahl der Streikenden beträgt gegenwärtig rund 800. Die Firma bemüht sich, die Streikenden durch Arbeitswillinge zu ersetzen. Sie hat auch schon einige arbeitswillinge Elemente gefunden, mit denen sie bisher aber eigentlich nur — Betriebsstörungen erzielt hat. Die Streikbrecher fühlen sich natürlich, wie überall, so auch hier, als Herren der Situation, sobald es bereits zu provokatorischen Revolverschreien gekommen ist. Einer dieser Burischen begleitete seine auf offener Straße verübten Heldentaten mit dem Ausrufe: „Wir Streikbrecher werden euch schon noch blaue Bohnen zu kosten geben!“ Der Betriebsleitung ist, wie sie bereits öffentlich behauptete, viel daran gelegen, unorganisierte Arbeiter zu bekommen, die sich dann zu einem gelben Werkverein zusammenschließen könnten. An der Solidarität und der Ruhe der Streikenden werden die Pläne der Unternehmer sowohl wie die Provokationen der Arbeitswillingen zu schanden werden.

gilt fast ebenso sehr auch für die Rützig- und Apfelschuhzene. In der Art wie in der Apfelschuhzene und später in der hohlen Gasse mit fröhlicher Betonung das fommische Element vor und neben erschütternde Tragik gesetzt war, spürte man, daß Künstlerkraft am Werke war. In der hohlen Gasse freilich verlagte ihre Sicherheit. Hier war das nicht überwinden, was Eugen Kilian gerade in bezug auf diese Szene Regie für kleine Kinder genannt hat. Für den Schlusssatz wurde keine Lösung gefunden, die befriedigen konnte. Auf die Parcellidzene mochte die Regie nicht verzichten und das apothetische Schlußbild wirkte verfehlt: man fand sich im Aufbau nicht zurecht.

Den Fehler gab, in dickerer Farbe gehüllt, Emanuel Reicher. Er zeichnete ein Bild kalter Ruhe. Aber nur in einigen Augenblicken zog er mit, am stärksten während der Frage nach Tels zweitem Pfeil. Zum Bedeutenden der Aufführung gehörte Oskar Sauer's Attinghausen. Unzulänglich war Annie Ernsts Armgart; ihr fehlt die Leidenschaft, die die Armgart-Worte zum Rotschrei eines ganzen Volkes macht. Die Gattin Tels in der Darstellung von Irma Strunz war eine Lösung, die zugleich eine Erlösung ist von der Erinnerung an den Nihwuchs, den die Bühnen früher dieser Gestalt aufzwangen. Die Aufführung wurde mit stürmischem Beifall bedacht. Hauptmann wies die Beifallsgeber, die sich an ihn wenden wollten, mit energischer Handbewegung nach der Bühne. Und das war gut so.

Notizen.

Theaterchronik. Das Theater des Westens will dem Villetzschendenhandel und dem sogenannten Vereinsbilletverkauf entgegengetreten. Die Eintrittspreise sollen bedeutend herabgesetzt werden. — Im Neuen Volkstheater geht am Sonnabend „Der ledige Hof“ von Ludwig Anzengruber zum erstenmal in Szene.

Kunstchronik. Auf dem Ersten Deutschen Herbstsalon, veranstaltet von der Zeitschrift „Der Sturm“, Potsdamer Straße 75, wird zum Gedächtnis von Henri Rousseau „Le Douanier“ eine Kollektion seiner Werke ausgestellt. Diese Bilder sind sämtlich im Privatbesitz und bisher in Deutschland noch nicht gezeigt. Die Eröffnung des Herbstsalons findet am 20. September, 10 Uhr morgens statt.

Druckmaschinen-Ausstellung. Im Berliner Buch-gemeinschafts-Verlag, Deffauer Straße 2, ist zurzeit eine größere Anzahl geschmackvoll ausgestatteter moderner Druckmaschinen für den Geschäfts-verkehr ausgestellt. Der Buchgewerbeausschuss ist täglich von 11—2 Uhr mittags geöffnet; den Besuchern stehen die Bibliothek und die Sammlungen der Berliner Typographischen Gesellschaft während dieser Zeit bei freiem Eintritt zur Verfügung.

Felix Holländer, der vor einigen Monaten von Reinhardt schied, um die Leitung des Frankfurter Schauspielhauses zu übernehmen, hat seinen Posten plötzlich verlassen. Ein ehelicher Konflikt wird als Ursache genannt. Als er nach Frankfurt ging, schien er sich von vornherein die Brücke zur Rückkehr zu Reinhardt freihalten zu wollen. Er wird aber die Brücke nicht benutzen.

Eine gemeine Verleumdung.

In Köln wurden am 27. Juni sechs Hafnarbeiter verhaftet, weil man sie für verdächtig hielt, bei der Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft Früchte gestohlen zu haben.

Als hiesige Teilhaber kommen ausschließlich sozialdemokratisch organisierte Hafnarbeiter, Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, in Frage, die seit langer Zeit das Bestreben hatten, das Privateigentum abzuschaffen.

Aus den sechs Verhafteten wurden gleichzeitig 17 gemacht. Jetzt verhandelte die Strafkammer in Köln gegen die angeblichen Diebe. Sie wurden sämtlich auf den Antrag des Staatsanwalts hin freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen, weil sich ihre völlige Unschuld herausstellte.

suchungshaft zu behalten! — Trotz dieser glänzenden Rehabilitierung der Verhafteten ist hundert gegen eins zu wetten, daß sie für die künftigen Wähler, die die Verleumdungen gierig aufnahmen, nicht existieren wird.

Witterungsübersicht vom 17. September 1913.

Table with 4 columns: Stationen, Temperatur, Windrichtung, Windstärke. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Saporanda, Petersburg, Seilly, Aberdeen, Paris.

Wetterprognose für Donnerstag, den 18. September 1913.

Zunächst ziemlich trübe und regnerisch bei mäßigen südwestlichen Winden und etwas niedrigerer Tagestemperatur; später wieder langsam aufklarend.

Marktpreise von Berlin am 16. September 1913, nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums. Weizen (mitgel.), gute Sorte 17,00—17,30, mittel 16,00—16,00, geringe 15,00—15,00.

Rindfleisch (Kleinb.) 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, an. Rows include Wasserstand, Remei, Mühl, Regel, Jüterburg, Reichel, Thorn, Ober, Ratibor, Straßburg, Wärlitz, Schrimm, Landtsberg, Rehe, Borsdamm, Elbe, Reitmer, Dresden, Harze, Magdeburg.

+) bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel. In der preussischen Reichel ist starkes Steigen zu erwarten.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 8. Berl. Reichstagswahlkreis. Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unsere Genossin, Frau Elise Sickert...

Sozialdemokratischer Wahlverein Spandau. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Heizer Wilhelm Stephan...

Am 16. September verschied nach kurzem Leiden mein herzenguter Mann, unser guter, treuer, sorgender Vater, der Schuhmacher Wilhelm Wolf...

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufs-Deutsh. Geschäftsstelle Groß-Berlin. Bezirk Spandau. Am Montag, den 15. September, verstarb unser Mitglied Wilhelm Stephan...

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schuhmacher Wilhelm Wolf...

Am Montag verstarb unser Kollege, der Schmied Hermann Schuster im Alter von 72 Jahren.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Wilhelm Wolf...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied August Käppler...

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 5. Berl. Reichstagswahlkreis. Am 15. d. Mts. verstarb unser Genosse Franz Margraff...

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, Schwiegervaters und Großvaters...

Am 15. d. Mts. verschied nach kurzem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter Frau Hulda Müller...

Wanderkarten hält stets vorrätig Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Laden)

Danksagung. Sagen hiermit allen Bekannten und Kollegen für die Teilnahme an der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters Karl Haase...

Orts-Krankenkasse der Gastwirte und verwandten Gewerbe zu Berlin. Rassenlokal: Kohstr. 29/30.

Bekanntmachung. Die Zulassung der untergeordneten Klasse als besondere Ortskrankenkasse ist durch Entscheidung des Königl. Oberverwaltungsamtes Groß-Berlin...

Orts-Krankenkasse für das Barbiergewerbe Berlin. Bekanntmachung. Laut Beschluß des Königl. Oberverwaltungsamtes Groß-Berlin...

Orts-Krankenkasse der Kupferschmiede zu Berlin. Laut Beschluß des Königl. Oberverwaltungsamtes Groß-Berlin...

Wald- u. Landparzellen. Wer solche billig erwerben will, beschaffe zuerst das neu erschlossene Gelände der Kolonie Neu-Döberitz...

Freireligiöse Gemeinde Jugendweihe der Kinder von Mitgliedern der freireligiösen Gemeinde. Am Sonntag, den 21. Sept., vorm. 10 1/2 Uhr, bei Lipps, Am Friedrichshain 16.

Bekanntmachung. Zwischen dem Arbeitgeberverband im Rohrlegergewerbe von Berlin und Umgebung einerseits und a) dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband...

Orts-Krankenkasse der Posamentiere, Seiler, Seidenknopf- und Bandmacher. Bekanntmachung. Durch Beschluß des Königl. Oberverwaltungsamtes Groß-Berlin...

Deutscher Bauarbeiter - Verband. Zweigverein Berlin. — Sektion der Gips- u. Zementbranche. Betonbaubranche: Zementierer, Einschalter u. Hilfsarbeiter.

Orts-Krankenkasse der Nader u. Siebmacher zu Berlin. Bekanntmachung. Laut Beschluß des Königl. Oberverwaltungsamtes Groß-Berlin...

Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Laden) Ansichtskarten vom Riesengebirge, Harz, Sächsische Schweiz, Dresden, Berlin in reicher Auswahl.

Ulster-stoffe, Anzugstoffe, Palototstoffe, Reste Meter 5.-, 6.-, 7.- Mk. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.

### Partei-Angelegenheiten.

#### Au die Bildungsausschüsse und Organisationsleitungen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß es sich nicht empfiehlt, bei den jetzt in allen Organisationen beginnenden Vorträgen und Kursen schulpflichtige Kinder zuzulassen. Die Langeweile, die sich bei den Kindern mit Sicherheit einstellt, läßt sie unruhig werden und verursacht somit Störungen. Die Möglichkeit von Störungen durch die Anwesenheit der Kinder wird noch erhöht bei Lichtbildervorträgen, da die Dunkelheit des Saales die Kinder ängstlich macht. Sehr dringend müssen wir jedoch davor warnen, Kinder in die Vorträge über die Abstammungslehre, die in den nächsten Monaten in ziemlich großer Zahl gehalten werden, mitzunehmen. Das Thema läßt sich gar nicht behandeln ohne die Erörterung und bildliche Darstellung der embryonalen Entwicklung, und es ist uns bekannt, daß die Polizei den Veranstaltern solcher Vorträge und den Vortragenden Schwierigkeiten macht, wenn Kinder zugegen sind. Dazu kommt noch, daß sich die Kinder vor den oft nicht sehr anmutigen Bildern fürchten.

Wir ersuchen die Organisationen, diese Winke zu beachten; wir würden diese Zeilen nicht schreiben, wenn wir nicht Beobachtungen gemacht hätten, die uns solche Veröffentlichung ratfam erscheinen ließen. Wir benutzen auch diese Gelegenheit, um erneut auf die Abendprechstunde im Sekretariat (Sonntags von 5-8 Uhr) hinzuweisen.

Der Bezirks-Bildungsausschuß Groß-Berlin, Lindenstr. 2, Hof I.

**Lausitz.** Der Bildungsausschuß veranstaltet am Sonntag, den 20. September, im Lokal Siegel (Zum Seydlitz), Koller-Wilhelm-Str. 84, einen heiteren Abend, bestehend aus Rezitationen und Liedern zur Laute. Anschließend gefälliges Beisammensein mit Tanz.

**Trebbin.** Am Sonntag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhause: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kaffe und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Der politische Massenstreik. 3. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 4. Parteiangelegenheiten.

### Berliner Nachrichten.

#### Berliner Obdachlosenabend in agrarischer Beleuchtung.

Ueber die Frequenzziffern des Obdachlosenabends der Stadt Berlin, die wir in Nr. 242 aus dem Bericht der Obdachverwaltung wiedergaben, äußert sich auch die „Deutsche Tageszeitung“. Sie nennt es erfreulich, daß das Obdach im letzten Jahre — ähnlich wie im vorletzten — fast 1 1/2 Millionen Besucher gehabt hat. Daran knüpft dann das Agrarierblatt die folgenden Ausführungen:

„In welchem Maße graffiert gegenwärtig in Berlin wieder das Bettelwesen! Der Arbeitsmangel trägt ja auch mit dazu bei. Indessen haben die Abteilungen von jeder einen sehr erheblichen Prozentsatz der Bettler gestellt. Der gesamte Norden Berlins, der ja außer dem habsburgischen Ast bekanntlich noch ein großes privates Obdach, die sogenannte „Wiesenburg“, beherbergt, ist geradezu überflutet von Stralochern, Tagesdieben und Bettlern. Die Hausbesitzer wissen ein Lied davon zu singen, wie schwer es ihnen in dieser Gegend gemacht wird, überhaupt anständige Mieter zu bekommen.“

Das ist der bekannte Ton, den die „Deutsche Tageszeitung“ liebt, so bald sie auf das Thema Großstadtelend kommt. Arbeitslose gelten ihr als Tagesdiebe, in Obdachlosen sieht sie Stralocher — wer will von dem sozialen Empfinden agrarischer Goldschreiber anderes erwarten!

Festnageln möchten wir noch eine kleine Probe der Gewissenhaftigkeit, mit der das Blatt über die Höhe der dem Obdach entfallenden Verpflegungskosten berichtet. Die Notiz fährt fort:

„Schon mit Rücksicht auf die steigenden Verpflegungskosten ist Berlin so ziemlich an der Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt. Sie sind in sechs Jahren (von 1906 bis 1912) pro Kopf und Tag von 49 auf 60 Pfennig gestiegen.“

Diese Zahlen können nur auf die Abteilung für nächtlich Obdachlose bezogen werden; denn nur von ihr und ihren 1 1/2 Millionen Besuchern ist die Rede, während über die Abteilung für obdachlose Familien kein Wort gesagt wird. Aus dem Bericht der Obdachverwaltung, den die Notiz ausdrücklich als Quelle nennt, ist zu ersehen, daß vom Etatjahr 1906 bis zum Etatjahr 1912 die Verpflegungskosten pro Kopf und Tag in der Abteilung für Familien sich von etwa 47 Pf. auf 90 Pf. gesteigert haben. Die „Höhe“ dieser Kosten erklärt sich daraus, daß die Inassen des Familienobdach in ihm nicht nur bei Nacht, sondern auch am Tage verweilen und volle Verpflegung erhalten. Daß die Steigerung des Kostenbetrages hauptsächlich auf die Lebensmittelverwertung zurückzuführen ist, weiß die „Deutsche Tageszeitung“ so gut wie wir — aber hierüber wird gerade sie wohlwollend schweigen.

Wie hoch sind nun die Verpflegungskosten in der Abteilung für nächtlich Obdachlose? Die nur über Nacht beherbergten Obdachlosen erhalten weiter nichts als am Abend und am anderen Morgen je 200 Gramm Brot und 1/10 Liter Roggenmehlsuppe pro Kopf. Die Kosten dieser Verpflegung sind in dem Bericht genau bis aufs Laufendhölchen des Pfennigs, für die beiden letzten Jahre gar bis aufs Jehntausendstel des Pfennigs pro Portion angegeben. Die Abrundung auf Jehntel ergibt pro Portion Suppe und Brot in 1906-1912: 5,4 Pf., 6,6 Pf., 5,5 Pf., 5,5 Pf., 5,6 Pf., 5,6 Pf. Wer am Abend und am Morgen seine Portion beanspruchte, hat z. B. in 1912 bei jedem Nachtquartier für 11,2 Pf. „verschlemmt“.

Bei fast 1 1/2 Millionen Besuchern habe die Verpflegung in 1912 pro Kopf und Tag 90 Pf. gekostet, liest man in der „Deutschen Tageszeitung“. Ueber 1 Million Mark mühte dann Berlin aufgewendet haben, um „Stralocher, Tagesdiebe und Bettler“ zu bewirten! In Wirklichkeit hat die Verpflegung der über Nacht Beherbergten nicht mehr als 106 292 M. erfordert. Was mögen die Junker, die aus ihrer „Deutschen Tageszeitung“ sich „Belehrung“ über die Reichshauptstadt holen, bei dem von ihr verappten Unsinn gedacht haben?

#### Zwei Personen in einem Brunnenschacht ersticht.

Ein schweres Unglück hat sich am gestrigen Nachmittag im Depot II der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft in der Marienburger Straße 41-46 zugetragen. Bei der Reparatur einer Brunnenanlage wurden dort zwei Monteur durch giftige Gase getötet. Im einzelnen wird uns über das Unglück folgendes gemeldet:

Auf dem Hof des zweiten Omnibusdepots in der Marienburger Straße 41-46 befindet sich seit etwa sieben Jahren eine große

Brunnenanlage. Der Brunnenschacht ist etwa 30 Meter tief. Da sich gestern an dem Schöpfwerk der Anlage ein Defekt herausstellte, so wurden von der Zentralwerkstatt die beiden Monteur Bahn und Kergard nach dem Depot geschickt, um die Reparatur vorzunehmen. Als erster stieg Kergard in den Brunnenschacht hinab, einige Minuten später folgte Bahn. Als dieser den ersten Robest erreicht hatte, sah er zu seinem Schrecken, daß sein Kollege auf dem zweiten tiefer gelegenen Robest umgefallen war. Bahn stieg sofort wieder empor und alarmierte die Angestellten des Depots. Ehe diese Mannschaften aber an dem Brunnenschacht kamen, war der Monteur Bahn schon wieder in den Schacht hinabgestiegen, um seinen Kameraden zu retten. Aber auch er verlor in einer Tiefe von etwa zehn Metern das Bewußtsein und kam nicht wieder ans Tageslicht. Inzwischen war die Feuerwehr zu Hilfe gerufen worden. Es rückte der 17. Löschzug an und sofort wurde mit dem Rettungsdienst begonnen. Nachdem mit Hilfe einer Dampfspritze frische Luft in den Schacht gepumpt worden war, wurde ein Oberfeuerwehrmann angefordert und, mit einem Atmungsapparat ausgerüstet, in den Schacht geschickt. Der Oberfeuerwehrmann drang bis zu den beiden Verunglückten vor und es gelang ihm auch, beide anzufassen. Dann kehrte er an die Oberfläche zurück und die beiden Monteur wurden an den Seilen herausgezogen. Sie waren beide leblos, doch stellten die Samariter der Feuerwehr sofort Wiederbelebungsvorhaben mit Sauerstoff an. Nach einstündigen Bemühungen wurden die Versuche aber abgebrochen, da ein hinzugerufener Arzt bei beiden Personen den Tod festgestellt hatte. Die Leichen wurden dem Schauhaus überwiesen. Man nimmt an, daß sich in dem Brunnenschacht Sumpfgase gebildet hatten.

Die Eröffnung der Wilmerdorfer Schnellbahn soll, wie berichtet wird, am 12. Oktober erfolgen. Am 11. Oktober wird der Bahnhof Wittenbergplatz, der neue große Zentralbahnhof für die Berliner, Charlottenburger und Wilmerdorfer Untergrundbahn betriebsfähig hergestellt sein.

Ein unaußgeklärter Todesfall beschäftigt die Kriminalpolizei. Der Arbeiter Wilh. Rabad, der im Hause Friedenstr. 41 bei seinen Eltern wohnte, verließ am 8. September die Wohnung, um an seine Arbeitsstelle (Siemens-Schuckert, Franklinstraße) zu gehen. Als er am Abend nicht heimgekehrt war und sich am folgenden Morgen nicht sehen ließ, wurden seine hochbetagten Eltern unruhig. Schon am Vormittag wurde dann sein Verschwinden aufgeklärt. Ein Schuttmann überbrachte den Eltern die Nachricht, daß Rabad am Abend im Krankenhaus Moabit eingeliefert worden sei. Im Krankenhaus erhielten die Angehörigen, als sie den Kranken besuchten, vom Wartepersonal den Bescheid, zwei Schutleute hätten Rabad hierher gebracht. Rabad selber konnte ihnen keine Auskunft geben, weil er wie bestimmungslos dalag. Im Gesicht bemerkte man Spuren von Verletzungen, die er erlitten zu haben schien. Nach einer Angabe der Pflegermeister wäre er als betrunken eingeliefert worden. Am folgenden Tage, 10. September, erhielt die Familie vom Krankenhaus die schriftliche Mitteilung, daß Rabad an „Herzschwäche und Altersschwäche“ gestorben sei. Rabad war erst 48 Jahre alt, von „Altersschwäche“ kann daher wohl nicht die Rede sein, und bei der Arbeit soll niemand an ihm, der als tüchtiger Arbeiter galt, etwas Derartiges bemerkt haben. Die Angehörigen trafen sofort Vorbereitungen für das Begräbnis. Aber noch an demselben Tage kam vom Krankenhaus ein Rohpostbrief mit der Meldung, das Begräbnis könne noch nicht erfolgen, da „nachträglich ein Schädelbruch ärztlicherseits festgestellt“ worden sei, der die Anzeige an die Staatsanwaltschaft nötig gemacht habe. Inzwischen hat die Kriminalpolizei gearbeitet, ohne daß bisher bekannt geworden wäre, was sie ermittelt hat. Sie scheint es auch nicht für nötig gehalten zu haben, durch Mitteilung an die Presse die Aufmerksamkeit auf diesen Todesfall zu lenken. Wir erinnern uns wenigstens nicht, daß uns eine Notiz darüber zu Gesicht gekommen wäre. Inzwischen ist die Leiche freigegeben worden. Sie wird am 19. September beerdigt.

#### Durch elektrischen Strom getötet.

Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich in dem Betriebe der Zentrale Oberspre der Berliner Elektrizitätswerke in Oberschöne-weide zugetragen. Dort werden zurzeit in dem Kabeleller des Werkes Malezarbeiten ausgeführt, mit deren Überwachung der Monteur Paul Wagner aus der Frickenstr. 4 beauftragt worden war. Infolge einer unvorsichtigen Bewegung kam W. dem Hochspannungsschalter zu nahe und wurde von dem 20 000 Volt starken elektrischen Strome getroffen. Der Monteur stürzte sofort bestimmungslos zu Boden und verstarb nach wenigen Minuten, ehe ärztliche Hilfe herbeigeholt werden konnte.

Im Hochbahnhof „Gleisdreieck“ wird demnächst eine bemerkenswerte Aenderung vor sich gehen. Bei Anlage der jetzigen Kreuzungsstation mußte, wie erinnerlich, das eine der nach der Stadt führenden Gleise vom alten Viadukt an der Lindenwalder Straße nach außen auf 10 eiserne Stützen gelegt werden, die zwischen den Bögen der Potsdamer Ringbahn und dem fiskalischen Gelände am Dienstgebäude der Eisenbahndirektion fundiert werden. Auf diesem provisorischen Gleis fahren noch heute die Hochbahnzüge von Gleisdreieck nach Leipziger Platz usw. Inzwischen ist der tiefergelegte Bahnkörper der Hochbahn, die sich von hier aus nach der Köpenicker Brücke am Hochbahnhof senkt, fertiggestellt worden, so daß auch das erwähnte Stadtleis in seiner endgültigen Lage in Benutzung genommen werden kann; es wird zu diesem Behufe, vornehmlich schon in der Nacht zu Sonntag, an den umgestellten Bahnkörper angeschlossen werden, so daß die Gleise nach und von der Stadt wieder dicht nebeneinander liegen. Die hohen schief gespreizten Eisengerüste, die in der Zufahrtsstraße zu den vermieheten Viaduktbögen kaum verunsahend, aber doch verkehrsstörend wirkten, werden dann beseitigt werden. Mit der einseitigen Einstellung des direkten Zugverkehrs von Osten nach Westen ist übrigens das Gleisdreieck als solches keineswegs aufgehoben worden; es besteht vielmehr noch heute die Möglichkeit, ohne umzuweichen vom Osten über das Gleisdreieck nach Westen zu fahren. Diese Gleisverbindung mußte einweilen noch aufrecht erhalten werden, um die Betriebsmittel den Werkstätten an der Warschauer Brücke und in Westend zuführen zu können.

Ein unaußgeklärter Selbstmord wird aus der Invalidenstraße gemeldet. Der 39 Jahre alte Prokurist Mag. G., der als Junggeselle in der Ritterstraße wohnte und als Prokurist in einem hiesigen Bankgeschäft eine Vertrauensstellung besaß, erhielt gestern von dem Geschäftsinhaber den Auftrag, nach Breslau zu fahren. Er besaß sich nach dem Schlesischen Bahnhof, verabschiedete sich dort von seiner Frau, die ihn begleitete hatte, und fuhr auch ab. Aber schon auf der nächsten Station stieg er wieder aus, lehrte nach Berlin zurück, begab sich in ein Hotel in der Invalidenstraße und schoß sich dort eine Kugel in das Herz, so daß er auf der Stelle verschied. Die Tür hatte der Lebensmüde von innen verriegelt. Der Geschäftsinhaber, bei dem der Verstorbene das größte Vertrauen genoss, kann sich dessen Selbstmord nicht erklären. Er prüfte sofort Wäcker und Kasse nach und fand nicht eine Spur irgendeiner Unregelmäßigkeit.

Diphtherie und Scharlach treten jetzt auch in Tegel auf. Zum Glück handelt es sich aber nur um leichte Fälle. Die Webberden haben unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um eine Ausbreitung der Krankheiten zu vermeiden. Grund zu ersten Befürchtungen liegt nicht vor.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin und Umgegend. In der letzten Ausschusssitzung gedachte der Vorsitzende zunächst in warmen Worten des verstorbenen Genossen A. Debel. Das Stiftungsfest soll wieder in der Weise gefeiert werden, wie im Vorjahre. Außer den sich meldenden Vereinen werden ein Opernsänger (Tenor), ein Cellist und ein Pianist mitwirken. Um das Programm einheitlicher zu gestalten, sollen die mitwirkenden Vereine sechs Lieder, darunter drei Volkslieder, einbringen. Hierfür wird der Vorstand unter Mitwirkung des musikalischen Beirats des Bildungsausschusses das Programm feststellen. Diejenigen Vereine, welche gewillt sind, zum Stiftungsfest mitzuwirken, werden ersucht, sich bis zum 28. d. Mts. beim Vorsitzenden zu melden. — Bei genügender Beteiligung soll auch in diesem Jahre wieder ein Kursus in der Chorführerschule abgehalten werden; doch wurde darauf hingewiesen, daß der Gau außer der Miete für das Schulkolal keinen Zuschuß leistet. — Sodann werden die Vereine nochmals ersucht, die noch ausstehenden Fragebogen umgehend an den Vorsitzenden einzusenden. Auch wurden die Vereine darauf hingewiesen, um allen Weiterungen aus dem Wege zu gehen, Vorträge mit den Dirigenten nur schriftlich unter Ausschluß der Anhängen abzusprechen. Das Vorgehen der beiden Vereine „Richt-Georgina“ und „Reutköpfer Männerchor“, die beide öffentliche Konzerte veranstaltet haben, wurde den großen Vereinen zur Nachahmung empfohlen, doch soll auch hierbei ein gewisses Maßhalten empfohlen und hauptsächlich Volkslieder zum Vortrag gebracht werden. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß von einer Musikalienhandlung, Grüner Weg 17, beim Eiseil der Sattler Streifbächer vermittelt worden sind. Dem Arbeiter-Samariterbund wurden 150 M. und dem Arbeiter-Schwimmerbund 75 M. für ihre Mitwirkung beim Sängerefest bewilligt. Von den Revisoren wurde bemängelt, daß noch mehrere Vereine die Billets vom Sängerefest nicht abgerechnet haben; die Vereine werden aufgefordert, umgehend abzurechnen. Die Adresse des Vorsitzenden Paul Kupfer ist vom 1. Oktober ab O. 84, Petersburger Str. 66.

Bermittelt werden seit Montag, den 15. September, das 11 Jahre alte Mädchen Erna und der 12 Jahre alte Willi der Stiefischen Eheleute. Das Mädchen trug ein blaues Kleid, braune Strümpfe und schwarze Schuhe, der Knabe blaue Hosen, ein blaues Hemd, braune Strümpfe und schwarze Schuhe. Personen, die Angaben über den Verbleib der beiden Kinder machen können, werden gebeten, dies entweder bei Wilhelm Stief, Berlin SW 61, Teltower Str. 29, oder auf dem Polizeibureau zu melden.

Unbekannte Leiche. Am 10. September d. J. wurde aus dem Hundsbühlhofen am Wilhelmufer, gegenüber dem Bahnhofsamt Leichter Bahnhof, die Leiche eines unbekanntem etwa dreißig Jahre alten Mannes gefunden. Größe: 1,64, Haar und Schmirrbart dunkelblond. Bekleidung: Marengojackettanzug, Malloshomb, weiß und blau gestreiftes Vorwand, schwarze wollene Strümpfe, schwarze neue Schmirnstiefel. Auf dem rechten Unterarm der Leiche ist ein Herz tätowiert, sonstige Kennzeichen sind nicht vorhanden. Die Leiche mag ungefähr acht Tage im Wasser gelegen haben. Spuren äußerer Gewalt waren an derselben nicht sichtbar. Mitteilungen, welche zur Identifizierung der Leiche dienen könnten, nimmt jedes Polizeirevier sowie die Kriminalpolizei, Zimmer 349 zu den Akten 3090 IV 55. 13, entgegen.

Der Verband Volksgesundheit, Ortsverein Berlin, veranstaltet am Freitag, den 19. September, abends 1/9 Uhr, im Gewerkschaftshaus einen Lichtbildervortrag über „Der Samariter im Hause, auf der Straße, in der Werkstatt“. Referent: Genosse R. König-Dresden. Einlädt wird derselbe durch über 80 Lichtbilder, teils in natürlichen Farben koloriert und hergestellt nach den besten anatomischen Präparaten, Modellen und Verbänden. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pf.

Eine traurige Überraschung wurde gestern abend der Frau des Tischlers Behn, wohnhaft Wolliner Straße 3, zuteil. Als sie gegen 9 Uhr von ihrem Blumenhandel nach Hause kam, fand sie in der zur Wohnung gehörigen Stube keinen Einlaß. Als die Stube dann geöffnet wurde, sah sie, daß sich ihr Mann darin erhängt hatte. Wiederbelebungsbemühungen blieben erfolglos. Der Verstorbene hinterläßt außer seiner Witwe neun Kinder. Wie wir erfahren, soll Arbeitslosigkeit den Mann zu der Verzweiflungstat getrieben haben.

### Vorort-Nachrichten.

#### Lichtenberg.

Der Lichtenberger Polizeipräsident scheint nach dem Ruck zu zeigen, in der Anfertigung von Ablehnungsbescheiden als ein Meister von Genialität betrachtet zu werden.

Darauf läßt wenigstens ein Antwortschreiben schließen, das der Vorsitzende der Freien Turnerschaft Lichtenberg auf sein Gesuch, aus Anlaß eines zu Sonntag, den 14. September, arrangierten volkstümlichen Wettrenns nach Steuerschiffen, Frankfurter Chaussee 128, marschieren zu dürfen, erhalten hat.

Wir geben dieses Polizeidokument in seinem Wortlaut hier wieder:

Die Erlaubnis zur Veranstaltung eines öffentlichen Aufzuges der „Freien Turnerschaft Lichtenberg“ am Sonntag, den 14. d. M., von Friedricksfelde her durch die Frankfurter Chaussee bis zum Vereinslokal von Steuer muß ich gemäß § 7 des Vereinsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 wegen Gefahr für die öffentliche Sicherheit versagen.

Die verhältnismäßig große Zahl der Teilnehmer an diesem Aufzuge, dem sich erfahrungsgemäß eine große Anzahl von Passanten hinzugesellt, unter denen sich häufig zu Ausschreitungen neigende Elemente befinden, würde die Sicherheit des auf sich schon am Sonntagabend gesteigerten Verkehrs gefährden. Hinzu kommt, daß der Aufzug bei einbrechender Dunkelheit stattfinden soll, wodurch gleichfalls bei dem Zusammenströmen der Menschenmassen Unglücksfälle Vor sich zu gehen leicht wird.

Um jene Zeit pflegen ferner die zahlreichen Besucher der in jener Gegend besiegenden Kirchhöfe letztere zu verlassen und die ordnungsmäßige Abwicklung des Verkehrs zu erschweren.

Wenn schon die oben angeführten Tatsachen das Verbot des Aufzuges aus Gründen der öffentlichen Sicherheit rechtfertigen, so kommt zurzeit noch der Umstand hinzu, daß die Pfalter- und Strakenbahngleicharbeiten an der Friedricksfelder Brücke zwischen der Sudrun- und Stegriedstraße eine weitere Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, wie sie der geplante Aufzug zur Folge haben würde, darstellen und das Verbot des Aufzuges zur Notwendigkeit machen.

Die öffentliche Sicherheit, das Hinzugesellen einer großen Anzahl von Passanten, unter denen sich häufig zu Ausschreitungen neigende Elemente befinden, Gefährdung des am Sonntagabend gesteigerten Verkehrs und zu befürchtende Unglücksfälle — wer zweifelt nun noch daran, daß die Lichtenberger Polizei von rührender Fürsorge um das Heil und das Wohl der Einwohner erfüllt ist. Wie rücksichtslos handelt dieselbe Polizei doch, wenn es sich um die Abwicklung irgendeiner patriotischen Feier größeren Kalibers handelt. Wahrlich, die Lichtenberger Patrioten hätten nunmehr allen Anlaß, sich über die ihnen zuteil gewordene ungleiche Behandlung des Polizeipräsidenten zu beschweren.

Gründe ausreichender Gerechtigkeit sollten den Dichtenberger Polizeipräsidenten veranlassen, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit patriotischen Vereinen dieselbe Fürsorge angedeihen zu lassen. Denn von solchen Veranstaltungen kann der Polizeipräsident doch nur seine Kenntnis haben, wenn er meint, daß sich erfahrungsgemäß eine große Anzahl von Passanten hingeeilt, unter denen sich häufig zu Ausschreitungen neigende Elemente befinden. Umzüge von Arbeitervereinen sind bisher so selten genehmigt worden, daß sie das Objekt der polizeilichen Erfahrung nicht sein können.

Arbeitervereine trifft also der Vorwurf des Dichtenberger Polizeipräsidenten nicht. Besser wäre es, wenn der Polizeipräsident sich in späteren Ablehnungsbescheiden mehr gerader Wege bedienen und den Vertretern von Arbeitervereinen mitteilen würde, daß, weil wir in Preußen, dem Lande der Junkerkraft leben, die Polizei nur Umzüge von sogenannten „Patrioten“, nicht aber von Arbeitervereinen genehmigen darf.

In übrigen sei mitgeteilt, daß der Turnverein jetzt wegen seiner Zugehörigkeit zum Arbeiter-Turnerbund als politischer Verein erklärt worden ist.

Am Sonnabend, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, hält der Verein in Steuers Festfälle sein Stiftungsfest ab, unter Mitwirkung des „Dichtenberger Männerchors“. Die Dichtenberger Arbeitererschaft ist hierzu herzlich eingeladen.

## Neufölln.

Zur Vorbereitung der Delegiertenwahlen für die Neuföllner Handwerkerkrankenkasse finden zwei große öffentliche Mitglieder- Versammlungen statt, und zwar: Donnerstag, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr in der „Neuen Philharmonie“ zu Berlin, Köpenicker Straße 98 und Freitag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr in den „Bürgerhäusern“ zu Neufölln, Bergstr. 142.

In beiden Versammlungen sollen nach Erörterung der Frage: „Was ist zu tun, um unsere Krankenkasse zu einem segensreichen Institut auszubauen?“ die Kandidaten für die bevorstehenden Delegiertenwahlen aufgestellt werden. Im Interesse der Herbeiführung geordneter Zustände sind diese Wahlen von außerordentlicher Wichtigkeit, der Besuch der angelegten Versammlungen daher dringend zu empfehlen.

Vollständige Vorträge über Rechtsfragen des täglichen Lebens veranstaltet die Öffentliche Rechtsauskunftsstelle der Stadt Neufölln im Winterhalbjahr 1913/14. Geplant ist eine Besprechung der wichtigsten Rechtsverhältnisse des Bürgerlichen Gesetzbuches, des gewerblichen und kaufmännischen Dienstvertrages und der Sozialversicherung (Invaliden- und Hinterbliebenen-, Kranken-, Unfall- und Angestelltenversicherung). Die Vorträge sind unentgeltlich und finden jeweils Freitag, abends 8 1/2-9 1/2 Uhr, im alten Stadtverordneten- Versammlungssaal zu Neufölln (Eingang: Altes Rathaus) statt. Der erste Vortrag am 3. Oktober wird die „Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der Reichsversicherung“ (Vortragender: Magistratsassessor Lange, Neufölln) behandeln.

## Charlottenburg.

Die Einführung des neuen Oberbürgermeisters Dr. Scholz soll in der Sitzung der Stadtverordneten vom 15. Oktober erfolgen.

Elternverein für freie Erziehung. Sonntag, den 21. dieses Monats, findet ein großer Familienausflug nach dem Restaurant Waldkater (Inhaber Friß Schön), Tegeler Weg, statt. Treffpunkt 2 Uhr nachmittags vor dem Kaiser-Friedrich-Denkmal (Luisenplatz). Abmarsch pünktlich 2 1/2 Uhr. Auch Nichtmitglieder und deren Kinder können daran teilnehmen.

In dem gestrigen Bericht über die Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung ist in der fünften Zeile durch Fortlassung des Wortes nicht vor „zu befrachten“ der Sinn in das Gegenteil gekehrt. Es muß heißen . . . des Winters nicht zu befrachten.

## Nieder-Schönhausen.

Der Polizeikampf gegen die Arbeiterjugend war das Thema einer überfüllten Protestversammlung, in der Genosse Peters (proch. Wie der Vorsitzende mitteilte, machte sich die Versammlung dadurch notwendig, daß zwei öffentliche Jugendversammlungen durch die Polizei aufgelöst wurden.

Genosse Peters schilderte in seinem großzügig angelegten Referat den kleinlichen Polizeikampf gegen die moderne Jugendbewegung in Preußen-Deutschland. Wenn es anders werden sollte, müssen wir vor allem dafür Sorge tragen, daß der schändliche § 17 des Reichsvereinsgesetzes verschwinde.

Genosse Hellrich berichtete in der Diskussion von einer Unterredung mit dem hiesigen Amtsvorsteher, die er aus Anlaß der Ruhearbeiten der Polizei bei der letzten Jugendversammlung mit diesem hatte. Der Herr war der Meinung, daß schon aus der Einladung zur Versammlung, in der es heißt: „Jugendliche, demonstrieren für eure gute Sache“, klipp und klar hervorgehe, daß diese Versammlung eine politische sein müsse. Hellrich berichtete weiter, wie sich die Polizei gar nicht scheue, dem Gastwirt, bei welchem die letzte Jugendversammlung stattfand, vorzubereiten, daß die wirtschaftlichen Schäden zu drohen, wenn er und sein Lokal zu dieser Versammlung zur Verfügung stelle. — Der nächste Redner, Gemeindevorsteher Genosse Kubig-Pantow, unterzog dann die Tätigkeit des Polizeiwachmeisters Förster einer ätzenden Kritik. Mit beißender Satire schilderte er die Kopfschüttigkeit dieses Herrn bei der letzten Versammlung.

Genosse Hiege teilte den Versammelten mit, wie der jüngst zum Kirchenpatron ernannte Herr Freese, der Inhaber der „Konstitutionellen Fabrik“, „Jugendpflege“ treibe. Ein bei ihm eingetretener junger Mensch von 18 Jahren sei von ihm aufgefordert worden, dem Jungdeutschlandbunde beizutreten. Die Uniform werde er ihm liefern. Als sich der junge Mensch geschämt habe, in dieser Uniform auf die Straße zu gehen, soll Herr Freese von ihm verlangt haben, dann aber wenigstens der gelben Organisation beizutreten. Als Arbeitslohn besäme der junge Mann 9 M. die Woche.

Nachstehende Resolution kam einstimmig zur Annahme: „Die am Dienstag, den 16. September, im Lokal „Schwarzer Adler“ tagende öffentliche Versammlung protestiert auf das schärfste gegen das Vorgehen der hiesigen Polizei gegen die proletarische Jugendbewegung. Sie verurteilt dieses um so mehr, da gewisse Vereinigungen, wie Pfadfinder usw., unter dem Schutze der Behörden sich der größten Freiheit erfreuen. Die Versammelten erwarten, daß das Vereinsgesetz gleichmäßig für alle Jugendlichen und Bürger angewendet wird.“

## Notawes.

Einen zweiten Verkaufsstand für Seefische hat die Gemeinde jetzt bei dem Kaufmann Hans, Priesterstr. 58, dem auch im vorigen Jahre der Verkauf übertragen war, eingerichtet. Zum Verkauf kommen in diesem Geschäftslokal jeden Mittwoch von nachmittags 3 Uhr ab sowie auf dem Donnerstagmarkt: Schellfisch (pro Pfund 20 Pf.), Kabeljau, Schollen, Goldbarsch, Seelachs und Seehecht (pro Pfund 15 Pf.). Der Seefischverkauf bei dem Händler Hiegener, Großbärenstr. 31, findet Dienstag nachmittags von 3 Uhr ab und Mittwoch vormittags statt.

Das Betreten der Ruthewiesen ist, wie einzelne Tafeln darauf hinweisen, bei Strafe verboten. Dies scheint jedoch vielen noch unbekannt zu sein, denn immer wieder hört man von Bestrafungen

von Personen, die von Gendarmen oder Polizeibeamten auf den Wiesen angetroffen wurden. So erhielten letzten wieder einige Arbeiter, die bei der an einem der letzten Sonntage von der Polizei veranstalteten Razzia als unbefugte Angler am Ruthewiesener oder auf dem angrenzenden Wiesengelände sich aufhielten, je ein Strafmandat wegen Betretens fremden Eigentums. Erholungssuchende werden daher gut tun, für ihre Spaziergänge andere, weniger kostspielige Ziele zu wählen.

## Spandau.

Die Revolveraffäre in der Wilhelmstraße, bei der der Polizeibeamte Büchel, der vielen Parteigenossen noch von dem Reichlichen Volkst bekannt ist, angeblich in der Notwehr den Arbeiter Komowski erschoss, ist immer noch nicht aufgeklärt. Nach der ersten polizeilichen Meldung hatte der Beamte in der Nacht zum Sonntagabend den Arbeiter Komowski auf dem Exerzierplatz festgenommen, der dort mit einem Revolver geschossen hatte. Auf dem Wege zur Wache sollte er die Flucht ergreifen haben und nach seiner Wohnung Wilhelmstraße 152 geflüchtet sein. Dort soll er bei seiner abermaligen Verhaftung auf den Beamten eingedrungen sein und ihn sogar an die Kehle gefaßt haben, so daß derselbe in der Notwehr drei Schüsse abgegeben, von denen der dritte, ein Bauchschuß, den unmittelbaren Tod herbeigeführt habe. Nach einer anderen Meldung soll der Erschossene, der ausländischer Pole ist, der deutschen Sprache nur in geringem Maße mächtig gewesen sein. Als er in der betreffenden Nacht vom Exerzierplatz, wo er geschossen hatte, bereits zu Hause angelangt war, habe er dem Beamten auf dessen Klopfen sofort geöffnet. Es ist nun möglich, daß er die Aufforderung des Polizeibeamten, seine Waffe herauszugeben und mit zur Wache zu gehen, nicht richtig verstanden habe, denn er zog sich aus dem Korridor in die Wohnstube zurück. Hier fielen dann nach einem Handgemenge die Schüsse, die der Beamte auf Komowski abgab. Nach einer Meldung des „Spandauer Tageblatts“ hat der Beamte sogar vier Schüsse abgegeben, wovon einer in das Schulterblatt, zwei in die Brust und der vierte in den Unterleib gedrungen seien. Die eingeleitete Untersuchung wird ergeben, ob der Polizeibeamte die Grenzen der Notwehr nicht überschritten hat.

## Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Spandau. Heute Donnerstag, den 18. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, im neuen Rathaus.

Mariendorf. Heute Donnerstag, den 18. September, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Kaiserstraße.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Gerichts-Zeitung.

### Der „große Coup“.

Wegen eines nur zum Teil geglückten „großen Coups“ stand gestern der noch jugendliche Kaufmann Hermann Fischer unter der Anklage der schweren Urkundenfälschung und des Betruges vor der dritten Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Baumgarten. Der Angeklagte hatte durch empfehlende Vermittelung eines kaufmännischen Vereins eine Ausschließung im Bureau der Equitable-Gesellschaft erhalten und war im Laufe der Zeit mit den geschäftlichen Gepflogenheiten der letzteren vertraut geworden. Die Equitable-Gesellschaft hat bei einer Filiale der Dresdner Bank in der Französischen Straße ein großes Depot und steht mit der Bank im Kontokorrentverkehr, so daß sie bei vorkommenden finanziellen Transaktionen entsprechende Zahlungsanweisungen an die Bank gelangen läßt. Der Angeklagte glaubte Grund zu der Annahme zu haben, daß er am 1. Juli d. J. entlassen werden würde, und strebte nun danach, zu einer größeren Summe Geldes zu kommen, um event. ins Ausland zu gehen. Dazu ergann er sich den folgenden Plan: er ließ mit einer kleinen Einlage bei einer Filiale der Diskontogesellschaft ein Konto auf seinen Namen einrichten und verstand es, diesem Konto eine recht große Summe zuzuwenden. Er benutzte einen günstigen Augenblick, um sich ein Formular für Geldüberweisungen der Equitable-Gesellschaft anzuzeigen, fälschte darauf die Unterschriften und brachte so eine Urkunde zustande, durch welche die Dresdner Bank angewiesen wurde, von dem Guthaben der Gesellschaft den Betrag von 35 000 Mark an die Filiale der Diskontogesellschaft auf das Konto Fischer zu überweisen. Der Angeklagte hob dann, um nicht Aufsehen zu erregen, zunächst die Summe von 3500 M. ab. Seinen Arbeitskollegen hatte er vorher mitgeteilt, daß er von der Afrikanischen Diamantgesellschaft angeheilt worden sei und ins Ausland gehe. Er ging aber nicht ins Ausland, sondern nach Breslau, wo er lustige Tage in der Jubiläums-Ausstellung und im Anschluß daran an Stätten, wo man sich nicht langweilt, verlebte. Inzwischen war sein Streich bekannt geworden, es wurde ein Steckbrief hinter ihm erlassen und er kam gar nicht in die Lage, noch weitere Gelder abzuheben. Er behauptet freilich, daß er von Anfang an nur die Absicht gehabt habe, sich die 3500 M. zu verschaffen, um ins Ausland zu gehen. Er sei dazu nicht gekommen, weil er in lieberliche Gesellschaft geraten und das Geld wie Wasser durch ein Sieb gekommen sei. Er verstand es, sich noch bis zum 11. Juli verborgen zu halten, dann aber war das Geld ausgebraucht und er stellte sich selbst der Polizei. Der Angeklagte war in vollem Umfange geständig, so daß nur der Kriminalkommissar Riemann und der Prokurist Erich Winter ganz kurz vernommen zu werden brauchten. Der Staatsanwalt betonte, daß es sich hier um ein mit größtem Raffinement ausgeführtes Betrugsmandat und um eine recht hohe Summe handle und beantragte gegen den Angeklagten 2 Jahre Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Georg Cohn hielt mit Rücksicht auf das Geständnis und die offenbare Reue, die der Angeklagte über seine Tat empfinde, ein milderes Strafmaß für angemessen. Der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft.

### Ein „Hausfriedensbruch“ im Straßenbahnwagen

bildete den Gegenstand einer Anklage, welche gestern unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Wehling das Schöffengericht Berlin-Schöneberg beschaffte. Angeklagt wegen Hausfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung war der Lagerverwalter Paul Piniella. — Der Angeklagte, welcher in Schöneberg beschaffte ist, wollte am Abend des 14. Mai d. J. mit der Straßenbahnlinie 89 nach seiner Wohnung in Neufölln fahren. Nachdem mehrere besetzte Wagen vorübergefahren waren, sprang er schließlich auf den Anhängerwagen dieser Linie auf, auf dessen Vorderperson schon eine überzählige Person stand. Der Schaffner des Anhängers forderte ihn mehrmals auf, den Wagen zu verlassen. Der Angeklagte weigerte sich mit dem Bemerkung, daß auf dem Hinterperron des ersten Wagens sogar neun Personen hängen. Dieser Hinweis hatte zur Folge, daß sich nun auch der Schaffner des ersten Wagens einmischte, der den Angeklagten schließlich packte und gewaltfam von dem Vorderperron herabzog. Hierbei soll P. dem Schaffner einen Fußtritt gegen den Leib versetzt haben. — Auf Grund der Novelle zum Strafgesetzbuch, nach welcher jetzt auch eine Bestrafung wegen Hausfriedensbruchs in einem dem öffentlichen Verkehr dienenden umschlossenen Raum erfolgen kann, wurde gegen P. Anklage erhoben. — Vor Gericht bestritt der Angeklagte sich strafbar gemacht zu haben. Ihm sei leider nicht möglich gewesen sich wegen des Aufschlusses der Türen zu wehren, als ihm der Schaffner von dem Wagen heruntertrieb, sich schon im Besitz eines Fahrscheins befunden habe. Rechtsanwalt Dr. Jaffé wies auf einen kürzlich veröffentlichten Artikel hin, in welchem ausgeführt worden war, daß das Publikum bei den augenblick-

lichen Bestimmungen tatsächlich von der Gnade des Schaffners abhängig sei, wenn er nicht schon vorher recht auffällig noch ein Fahrpfeifenknallen bereithalte. Wenn es richtig ist, daß sich auf dem Hinterperron des ersten Wagens neun Personen befunden hätten, so mußte der Angeklagte die ihm zugefügte Behandlung als eine große Ungerechtigkeit empfinden. — Das Gericht ließ diese Mißverhältnisse auch gelten und verurteilte den Angeklagten zu der niedrigsten gesetzlichen Strafe von je 3 M. Geldstrafe.

## Preisrätsel in Zeitungen als Mittel zur Gewinnung von Kunden.

Wegen öffentlicher Auslosung beweglicher Sachen ohne Obri- gkeitsverleihung und zugleich wegen Vergehens gegen § 33 des Reichs- stempelgesetzes von 1909 ist vom Landgericht 11 in Berlin am 3. März der Buchhändler Artur Helbig in Friedenau zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden. Der Angeklagte veröffentlichte im Jahre 1910 in einer größeren Reihe von Provinzialzeitungen Preis- rätsel leichtester Art (z. B. Zent = Weg) und machte bekannt, daß jeder Einsender der Lösung, der zugleich 30 Pfennige mitsende, ein Soldatenalbum oder dergleichen erhalte. Die Rätselloser wurden dann auch eingeladen, Kunden zu werden, und jeder, der 1,20 M. einsandte, erhielt außer einem Postkartenalbum einen Sammel- buch und eine Anweisung, wie er neue Kunden zu gewinnen habe. Darauf hand den Einsendern die Aussicht offen, sehr erhebliche Preise bei einer Auslosung zu erhalten, mindestens aber einen Trostpreis. Das Gericht hat in dem Preisrätsel eine öffentliche Auslosung erblickt, zu welcher der Angeklagte keine obrigkeitliche Erlaubnis hatte. Wenn auch in den 1,20 M. scheinbar der Gegenwert für die Druckkosten liegt, so ist darin gleichzeitig der Einsatz für die Auslosung zu sehen. Die Revision des Ange- klagten wurde vom Reichsgericht verworfen, da die von dem Ange- klagten bestand einwandfrei festgestellt sei.

## Aus aller Welt.

### Zu Tode gebetet.

Ein unglaublicher Fall des krassesten Aberglaubens hat sich in Wernegrün im sächsischen Vogtlande ereignet. Der dort bei seinen Eltern wohnende 24-jährige Sieder Kurt Lücke hatte vor einigen Tagen einen Ausflug zu Rad unternommen, von dem er abends in der Dunkelheit zurückkehrte. In unmittelbarer Nähe der elterlichen Wohnung stieß der Radfahrer mit einem Fuhrwerk zusammen. Bei diesem Zusammenstoß erlitt der junge Mann lebens- gefährliche innere Verletzungen. Es gelang ihm aber noch das elterliche Haus zu erreichen. Dann brach er betäubt zusammen. Die Deichsel des Wagens war ihm in den Unter- leib gedrungen. Die Eltern des Schwerverletzten, die der Siede- ler Arzt, sondern suchten ihr Heil bei den Gesundheitsfürsorgern. Der Vater ließ noch am selben Abend sechs Beischwestern in sein Haus kommen, zu welchen sich auch noch eine Nonne derselben Seite gesellte. Tag und Nacht, vier Tage und vier Nächte saßen nun die Gesundheitsfürsorgern abwechselnd am Krankenlager des Schwerverletzten und verrichteten unter allerlei Zeremonien und Hols- polus Gebete. Auch die Eltern des Kranken nahmen an diesem Unfug der sieben Gesundheitsfürsorgern teil, so daß mandmal nicht weniger als fünf Personen der Gesundheitsfürsorgern Seite am Lager saßen und beteten. Aber das Wunder blieb aus. Mittlerweile hatte der Gemeindevorstand Kenntnis von dem Treiben der Gesund- heitsfürsorgern erhalten. Er begab sich in das Haus des bereits mit dem Tode ringenden jungen Mannes. Die Gesundheitsfürsorgern fand er wieder an der Arbeit. Er machte aber kurzen Prozeß und trieb die Beterinnen zum Tempel hinaus und machte dann die Eltern des Kranken darauf aufmerksam, daß sie sich eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung ziehen würden, wenn das wüste Treiben des Gesundheitsfürsorgern fortgesetzt werde. Dann holte der Gemeindevorstand Fleumigst einen Arzt herbei, der aber nur konstatieren konnte, daß es mit dem Kranken zu Ende gehe. Auf dem Wege nach dem Krankenhaus verschied der junge Mann nach qualvollen Leiden.

### Bier-Hochtouristen tödlich verunglückt.

Wie ein Telegramm aus Bern meldet, unternahm eine aus drei Herren und einer Dame bestehende Touristenkolonne am letzten Freitag eine Besteigung des Biz di Ballü in der Berningruppe. Die Kolonne war zuletzt am Sonn- abend früh gesehen worden und wurde seitdem vermisst. Nachdem die am Montag aufgebrochenen Rettungskolonnen wegen des Schneesturms unrichtiger Dinge hatten umkehren müssen, brachen am Dienstag zwei neue große Führerkolon- nen zur Suche nach den Vermissten auf. Dabei wurden dann alle vier Touristen tot in einer Gletscher- spalte gefunden. Die Leichen sind geborgen worden. Die Toten sind zwei Herren und eine Dame aus Samaden und der etwa dreißig Jahre alte Kurgast Franz Milczewski aus Berlin.

### Endlich mal ein warmer Regen.

Im Leitartikel der „Dresdener Volkszeitung“ über die Er- öffnungssitzung des Parteitagess lesen wir folgende schmeichelhafte Anerkennung:

„Aus allen Reden rang sich empor der heiße Wille zum Vorwärts. Und dieser selbe Wille zum Vorwärts soll den ganzen Deutschen Parteitag erfüllen.“

In weiser Voraussicht dieses durchaus berechtigten Verlangens hat unser Verlag dafür Sorge getragen, daß alle Delegierten während der Dauer des Parteitagess ein Exemplar des „Vorwärts“ erhalten.

### Keine Notizen.

500 000 Mark unterschlagen. Wegen Betrügereien in Höhe von 500 000 Mark sind in Hamburg der Oberinspektor Sibbers und der Stauer John Stehr von der Hamburg- Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft verhaftet worden. Abzug eines Militärflugzeuges. Am Mittwoch vormittag stürzte in der Nähe des Flugplatzes Buchheim ein Militärflugzeug ab. Die Insassen, zwei Offiziere, wurden dabei verletzt.

Paß in der Spielhalle. In der vergangenen Nacht drang ein kürzlich entlassener Beamter des Casinos in San Sebastian während eines Festes in den Spielraum und feuerte fünf Revolver- schüsse auf den Kasino-Direktor Bouelle ab, der schwer verwundet zusammenbrach. Unter dem Publikum entstand eine Panik. Der Täter ließ sich widerstandslos fesseln.

Drei Personen ertrunken. Der Oberschwizzer der Kolonial- schule in Widenhausen, Guger, unternahm mit seinen beiden Kindern eine Bootsfahrt auf der Berra. Dabei stürzte sein sieben Jahre altes Töchterchen aus dem Kahn und wurde von der Strömung fortgerissen. Bei dem Bemühen, das Kind zu ergreifen, beugte sich Guger aus dem Boot heraus, dieses schlug um und alle Insassen ertranken.

## Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“. Nr. 36-39. Das Abonnement auf die wöchentlich erscheinende „Kommunale Praxis“ beträgt pro Quartal 3 M. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postanstalten und Zeitungs- spezialitäten entgegen. Die Nummern 38 und 39 sind als Doppelnummer erschienen und bringen ausführliche Arbeiten über die Tätigkeit der Ge- richtlichen in den Städten und Landorten, in denen die Sozialdemokratie in der Praxis besteht. Die Doppelnummer ist im Buchhandel zum Preise von 1 M. erhältlich. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.